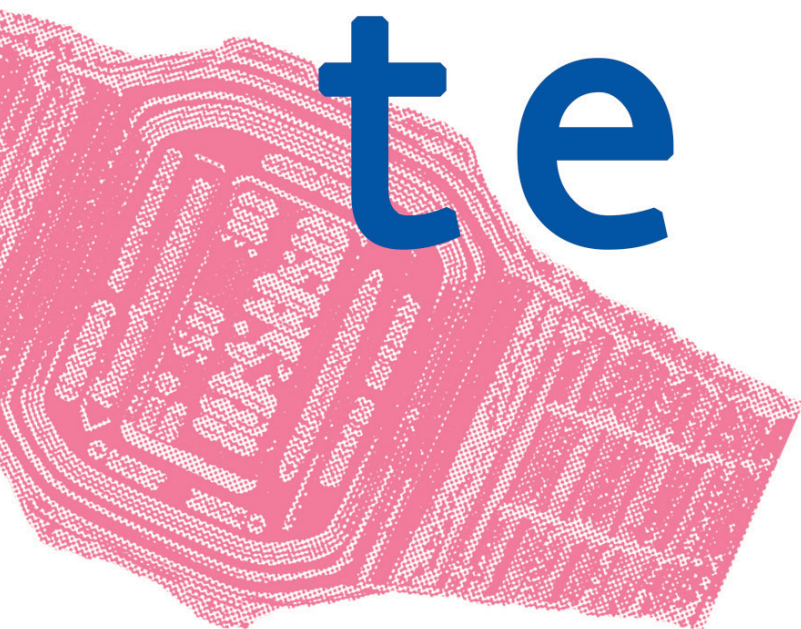


# Antifa Debatte

:// 2025  
2. erweiterte Auflage



Ostdeutschland  
Strategie  
Vermittlung  
Kritik



---

2. Erweiterte Auflage  
200 Stück  
März 2025  
indexDRUCK Leipzig

Zusammen getragen und gedruckt durch  
**alea** • antifaschistisch & autonom

---

[:// alea-le.org](http://alea-le.org)

# :// Inhaltsverzeichnis

Einführung in die Debatte .....	S.4
alea • antifaschistisch & autonom	
Zeit zu handeln! .....	S.10
Zeit zu handeln - Bündnis	
Antifa: Denken und Handeln .....	S.13
Antifas aus Ostdeutschland	
Anmerkung zu dem Kommentar von .....	S.22
„Ostdeutsche Antifas“	
NRW- Antifas	
Anmerkung zur Anmerkung von „NRW- Antifas“ .....	S.25
Andere Antifas aus Ostdeutschland	
Eine marxistische Verteidigung des „Aufrufs“ .....	S.28
Joséphine Babeuf	
Fröhlich in den Untergang .....	S.34
Antifas aus Ostdeutschland	
Kommunistische Partei und revolutionäres .....	S.44
Klassenbewusstsein - Antwort auf alea und die	
„Ostdeutschen Antifas“	
Joséphine Babeuf	
Wieder eine Antwort auf Josephine Babeuf .....	S.51
Antifa aus Ostdeutschland	

---



## Einführung in die Debatte

In diesem Sommer ist durch den Aufruf „Zeit zu handeln“ einiger westdeutscher Antifagruppen und der NEA aus (Ost-)Berlin eine Debatte über die aktuelle Lage rund um die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie die allgemeine Verfasstheit der antifaschistischen Bewegung entstanden. Wir halten die Debatte für richtig und wichtig und sehen sie als Voraussetzung für unsere eigene Politik an.

alea • antifaschistisch & autonom

In diesem Sommer ist durch den Aufruf „Zeit zu handeln“ einiger westdeutscher Antifagruppen und der NEA aus (Ost-)Berlin eine Debatte über die aktuelle Lage rund um die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie die allgemeine Verfasstheit der antifaschistischen Bewegung entstanden. Wir halten die Debatte für richtig und wichtig und sehen sie als Voraussetzung für unsere eigene Politik an. Dabei teilen wir nicht nur die Kritik der „Ostdeutschen Antifas“, sondern fühlen uns mit den Gedanken unserer Genoss:innen besonders verbunden. Des Weiteren denken wir ebenfalls, dass die Uhr nicht auf 5 vor 12 steht, sondern die Geisterstunde längst geschlagen hat und nun die von der bürgerlichen Gesellschaft totgeglaubten Gespenster der Vergangenheit – die faschistischen Bewegungen weltweit – quicklebendig sind und versuchen, nach der Macht zu greifen. Dies müssen sie allerdings derzeit noch gegen die Mehrheit der Bevölkerung und große Teile des deutschen Kapitals vorbringen. Die Bedrohung des Faschismus ist jedoch nicht einzelnen Akteuren wie der AfD zuzuschreiben. Eine Analyse muss über die oberflächlichen Erscheinungen hinausgehen, sich in ihren Gegenstand

vertiefen und nachvollziehen, welche gesellschaftlichen Kräfte derzeit wirken. Allerdings zeigt sich – auch in der Antifa-Debatte – etwas Allgemeines, nämlich eine Art Stillstand des Denkens. Wichtig, so scheint es, ist nicht mehr die kritische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, mit dem Ziel, diese verstehen und verändern zu können, sondern ein abgestumpftes und zwanghaftes „Weiter So“.

### Die Bürgerlichen

Schon Anfang dieses Jahres wollten die bürgerlichen Großdemonstrationen ein solches „Weiter So“ vermitteln. Die Menschen gingen auf die Straße, aus Empörung vor dem schlimmeren Morgen, das so nahe am Heute ist, dass die kollektive Verdrängungsleistung nicht mehr ausreichte, ihre eigene Geschichte zu bändigen. Das aus der bürgerlichen Gesellschaft erst entstehende Grauen der faschistischen Bewegungen und ihrer faktischen Regime drängt sich denen auf, die nicht bereit sind, die willkürliche Vernichtung hinzunehmen oder mit vermeintlicher Stärke über diese Bedrohung

hinwegzutäuschen. Denn das Tabuisieren der Faschisten bedeutet eben, ihre Voraussetzungen nicht verstehen zu können. Das Tabu zielt darauf ab, dass faktisch Vorhandene aus dem eigenen Denken und Geworden-Sein aus der Welt auszuschließen. Es darf nicht benannt werden, wird aus dem Selbst ausgeschlossen, um der Furcht nicht zu erliegen, als Fremdes gesetzt und so der kritischen Erkenntnis entzogen. Die Bürgerlichen zeigen mit den Fingern auf die Anderen, doch ihre eigene Zurichtung und das stets vorhandene Potenzial der Massen zum Pogrom werden verkannt. Die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft bedeuten schon heute für viele das reale Grauen. Deswegen bedeutet ein „Weiter So“ nicht nur die eigene Unfähigkeit zur Reflexion zu fixieren, sondern auch eine Zustimmung für das falsche Ganze. Aber der Schrecken, der von jenen ausgeht, die sich offen lossagen von der Vernunft und die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit über Bord zu werfen bereit sind, bedeutet einen qualitativen Unterschied zum Bestehenden. Daher war es richtig, Anfang dieses Jahres mit auf die Straße zu gehen gegen die Selektionspläne der AfD, jedoch in einer kritischen Distanz zum Gestus aus Empörung und vermeintlicher Menschenliebe der bürgerlichen Mitdemonstrierenden. Der Antrieb, so scheint es, war für viele der Teilnehmenden ein Arrangement mit der eigenen misslichen Lage und zugleich ein Zeichen des Mitgefühls. Denn ein „Weiter So“ ist immerhin nicht der sich formierende Faschismus. Die Reste der Zivilgesellschaft erledigen dabei eben jene Aufgabe, die ihnen schon immer zufiel, nämlich die blinde Verteidigung des Status Quo. Die in diesem Winter gemeinsam vorgetragenen Ständchen sind die Überreste des Aufstandes der Anständigen und das bürgerliche „Weiter So“ entspricht der Art ihrer Arbeitsorganisation. Die Einzelnen wissen nichts über die niemals enden wollende Produktion von Gütern, die trotz ihrer „schier unendlichen“ Masse einen so großen Teil der Menschen unbefriedigt zurücklässt. Die Form des Denkens entspricht und entspringt dabei der Produktionsform, doch entfaltet sie darüber hinaus ihre eigene Qualität.

## Die Antifa

Die Stoßrichtung des „Zeit zu handeln“-Aufrufs, der Anmerkungen der Antifas aus NRW sowie die marxistische Verteidigung des ursprünglichen Aufrufs von Joséphine

Babeuf gegen die Kritik der Ostdeutschen Antifas, mit ihrem „Jetzt“, „Schließt euch zusammen“ oder „Folgt uns“, gleicht dabei dem „Weiter So“ der bürgerlichen Großdemonstrationen Anfang des Jahres 2024. Dabei gehen diese aber nicht ineinander auf. Versucht die marxistische Verteidigung noch eine inhaltliche Bestimmung anhand der marxischen Kritik der politischen Ökonomie darzustellen, so setzen die anderen beiden Texte Phrasen an die Stelle der Bestimmung des Problems und verzichten gänzlich auf Reflexion und Kritik. Am Ende steht auf der einen Seite die avantgardistische und auf der anderen die unreflektierte Darstellung einer Zukunftsvision. Sie entsprechen dabei dem „Weiter So“ der bürgerlichen Gesellschaft, die immer ein „Jetzt“ kennt, aber keine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und dem Geworden-Sein der Dinge. Die Einen, ganz Lenin folgend, setzen auf Gehorsam und Selbstzwang und verkenne dabei die Partikularität des marxistischen Versuchs, die Wirklichkeit zu erfassen. Dabei betreiben sie eine ökonomistische Reduktion der marxischen Dialektik und erkennen im Proletariat immer noch das revolutionäre Subjekt, welches es vielleicht in seinen Anfängen noch zu sein vermochte, aber heute keinerlei Anzeichen für die nötige Bildung eines Klassenbewusstseins – sprich autonomen Selbstbewusstseins – aufzeigt. Der Fokus liegt bei der Analyse dabei auf dem Problem der Ausbeutung. Gänzlich unbeachtet bleiben die Konsequenzen, welche die Auseinandersetzung von Lukács über Kritische Theorie hin zur neuen Marx-Lektüre um den Begriff des Werts und der Nachvollzug seiner Formanalyse ergab. Die Fortsetzung des herrschaftlichen Denkens, gesetzt durch die Idee des Selbstzwangs und der Disziplin, führte in der Geschichte unter denen, auf die sich das avantgardistische Politikverständnis des Textes von Joséphine Babeuf bezieht, zu den stalinistischen Schauprozessen. Wird der Umstand für die Möglichkeit von Faschismus und Stalinismus nicht in die Reflexion des eigenen Denkens aufgenommen, scheint kein Bruch mit dem Bisherigen möglich. So wird sich keine wirkliche revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse einstellen, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen“ mehr ist.

Die Partikularität der modernen Wissenschaften folgt einer Logik, die immer nur das erfassen kann, was schon

vorher bekannt war. Das Fremde wird dem bestehenden Denken einverleibt, verliert dadurch seine Autonomie und wird zum schon Gewesenen. Aber eine Revolution, in der die Menschen eine gemeinsame und vernünftige Form des bewussten Umgangs miteinander und mit der Natur praktisch verwirklichen, braucht eine Kritik des Partikularen, dessen Verwirklichung universell zu sein in der Lage wäre, als ihren Anfang. Dieser Anfang ist eben nicht einfach das Proletariat, sondern der Zusammenschluss der vereinzelt Einzelnen unter Voraussetzung der Reflexion und Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, in dem Wissen um ihr Geworden-Sein und die Bedingungen ihres Scheiterns, unabhängig ihrer gesellschaftlichen Lage. Dabei ist diese anfängliche Setzung keine willkürliche, sondern entspringt dem Wunsch nach einem anderen Morgen. Es ist die Kritik der herrschenden Denkform und Ideologien sowie ihrer materiellen Voraussetzungen. Diese Kritik kann keine statische sein, denn die Veränderungen in den Erscheinungsformen faschistischer Bewegungen führen dazu, dass die Theorie, soll sie das Zutreffende wirklich abbilden, immer aufs Neue vollzogen werden muss. Der Vollzug, die Arbeit am Begriff und die Bestimmung der Wirklichkeit, mit dem Ziel sie verändern zu können, sind ebenso partikular; eben geknüpft an den jeweilig konkreten (Nach-)Vollzug durch die Einzelnen. Eine Avantgarde-Theorie aber versucht, dieses Problem zu umgehen, und bedarf deswegen der Propaganda und Manipulation. Sie belässt ihre Anhängerschaft, die um ihre Abhängigkeit nicht wissen mag, in Scheinselbstständigkeit. Wie sich dabei aber das von der „marxistischen Verteidigung“ geforderte Klassenbewusstsein entfalten soll, bleibt der Phantasie der ML'er überlassen. Mangelt es doch an einer Erklärung, wie aus der Methode der Manipulation ein kritisches Ich sich entfalten und gemeinsam mit anderen organisieren soll. Die wahnhaften Züge innerhalb der aktuellen K-Gruppen zeigen dabei ohnehin an, dass nicht einmal die Avantgarde diesen kritischen Reflexionsprozess vollzogen hat, das Klassenbewusstsein also nicht einmal bei denen, die es vermitteln wollen, in Grundzügen entfaltet ist. Mit ihren selbstgegläubten, einfachen Antworten zielen die neuen K-Grüppchen, auf jene, welche von den Bedingungen des Faschismus nichts wissen wollen. Sie teilen dabei die Starrheit ihres Denkens, das sich vorgefertigt über die Dinge legt, anstatt diese sprechen und somit

in Bewegung kommen zu lassen, mit den bürgerlichen Kräften. Sie bekämpfen die Faschisten nur insofern, als dass sie ihnen die Anhängerschaft streitig machen wollen. Denn das Einzige was ihnen nach ihrer eigenen „Analyse“ fehlt, ist eine Gefolgschaft. Die Qualität einer spezifischen historischen Situation braucht nach diesem Denken eben keine weiteren Erklärungen.

So stehen wir derzeit umstellt von den Bürgerlichen, von denen, die Theorie nicht als Teil einer politischen Praxis betrachten, und jenen, die in Hamas und Co. einen politischen Verbündeten erkennen, auf Demonstrationen. Ob diese dabei organisiert sind aus der Zivilgesellschaft, nur getarnt als solche, oder aus Autonomem und linksradikalen Strukturen, ist egal. Überall, so scheint es, weiß man genau, was zu tun ist. Der Fehler liegt immer bei denen, die einfach nicht hören wollen, den Unmoralischen und Unreflektierten, oder aber an der Finesse der faschistischen Demagogen und ihrer Strategien. Der Zusammenhang zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Faschismus bleibt dabei allen gleichermaßen verdunkelt. Werfen doch alle immer wieder nur ein kleines Licht auf das, dessen Erhellung seine Bekämpfung erst ermöglichen würde.

Wir führen die Auseinandersetzung über den Faschismus und seine Grundlagen nicht um ihrer Selbstwillen, sondern für das Leben (<https://knack.news/10044>). Und wir führen sie nicht mit irgendjemandem, sondern mit denen, die im Faschismus, so unscharf der Begriff von ihm aktuell auch sein mag, eine drohende Gefahr sehen. Gerade deshalb versuchen wir durch die Kritik derer, mit denen wir schon demonstrieren, etwas über den Gegenstand zu formulieren, dessen Bekämpfung seiner Kenntnis bedarf. Denn die Verwirklichung einer Gesellschaft, in der der Einzelne nicht mehr Angst haben muss, unterzugehen im Bekannten, um den Preis seiner eigenen Bedeutungslosigkeit und Ersetzbarkeit, ist die Aufgabe einer antifaschistischen Praxis. Da die Möglichkeit der Vernichtung um der Vernichtung willen ein Teil der Geschichte ist, drängt kritische Reflexion darauf, die Geschichte, die bisher nicht von und durch den Menschen, sondern über ihn sich vollzieht, selbst zu schreiben. Es ist eine Aufgabe, die erst ein noch zu verwirklichendes revolutionäres Projekt in der Lage wäre zu vollziehen. Die Bestimmung der Revolution ist nur durch ihre, sie praktisch vollziehenden, Subjekte zu haben, aber niemals

einfach so, wie der „Zeit zu handeln“-Text, die Antwort aus NRW und die marxistisch-leninistische Verteidigung, es glauben, umsetzen zu können. Dennoch, den Faschisten Einhalt zu gebieten, ist alternativlos. Auch darüber ist die Debatte zu führen und die Auseinandersetzungen sind nicht zu scheuen. Weder die Auseinandersetzung um die Straße gegen die faschistischen Schläger noch die kritische Auseinandersetzung mit jenen, mit denen wir bereit sind, gemeinsam das Schlimmere zu verhindern. Doch auch das nicht um jeden Preis.

## Die Probleme

Der sich hier einstellende Widerspruch ist eben jener der bürgerlichen Gesellschaft. Der Verwirklichung ihrer Ideale nicht fähig gewesen und blind für die Ursachen ihres Verderbens, muss die Geschichte, die sie sich selber erzählt, ein immer größeres Gebäude aus Institutionen, der Verwaltung, und der Kulturindustrie errichten. Autonomie ist nur insofern ihre Voraussetzungen, als dass sie freie – damit gemeint ist, frei von Produktionsmitteln und deshalb dazu bestimmt, die Ware Arbeitskraft verkaufen zu müssen – Einzelne benötigt, die aber in der Realität immer wieder an den versachlichten Herrschaftsverhältnissen scheitern müssen, somit immer wieder die eigenen Ohnmacht zu spüren bekommen und im Anschluss mit noch mehr Härte ihre Scheinautonomie aufrechterhalten müssen. Der Widerspruch zwischen der Idee und den realen Bedingungen ist nicht in eine Richtung, im Sinne einer emanzipatorischen Bewegung, aufzulösen, sondern nur negativ, durch seine Kritik und der sich daraus ergebenden Praxis. Die aktuellen Aussichten deuten allerdings eher auf eine Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft in einem anderen negativen Sinne hin. Die realen Bedingungen setzen die Faschisten dabei als ihr Ideal. Die Wertlosigkeit und Austauschbarkeit – die reale Erfahrung der Einzelnen für und an sich – vergötzen die Faschisten zu ihrer Losung. Die blinde Gewalt des Marktes gleicht den Vernichtungsphantasien der Faschisten. Der Technik, die selber blind für ihren Zweck ist, ist es egal, wofür sie angewandt wird. Die Faschisten selbst fürchten und vergöttern den Tod. Das Leben, die Bewegung und die Unbestimmtheit sind ihre Dämonen, die sie zu töten bereit sind. Die Möglichkeiten zur Selbst- und Weltvernichtung liegen bereit. Die bürgerliche Gesellschaft aber ringt noch mit sich sel-

ber. Die faschistische Bewegung ist noch nicht stark genug, um die Macht zu ergreifen oder von ihr Gebrauch zu machen. Doch die Lösungsansätze zum Selbsterhalt der bürgerlichen Gesellschaft fallen immer weiter hinter ihre eigene Bestimmung zurück.

Wer schon glaubt, genau darüber Bescheid zu wissen, was zu tun wäre, der stellt sein Denken still. Denn nichts anderes heißt es ja, genau zu wissen, was zu tun ist. Die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit wird aufgegeben für eine Vorstellung darüber, was eigentlich erst zu begreifen wäre. Die Praxis, die daraus folgt, ist also eine unorganisierte. Sie ist ein Zusammenschluss von Unwissenden, die gemeinsam das tun, von dem sie meinen, es sei das Richtige. Dieses positiv bestimmte, richtige Tun kann, wenn es eben nicht auf Kritik und Reflexion sich mehr bezieht, aber nur das „Weiter So“ sein. Die Fortführung des Bestehenden bietet keinen Ausweg aus der bürgerlichen Gesellschaft, die zum Scheitern verurteilt ist. Dieses Scheitern droht aber gerade dazu zu führen, dass eben jener Stillstand des Denkens in eine Bewegung umschlägt, hin zu dem, was wir als Faschismus versuchen zu begreifen. Es geht darum, in Bewegung zu kommen. Wir sehen die Voraussetzung für diese Bewegung in der Kritik von dem, was wir aus dem realen Leiden als Falsches ausfindig machen. Leiden ist dabei zwar die gemeinsame Zurichtung aller in dieser Gesellschaft und somit etwas Objektives; zugleich aber wird es individuell erfahren. Hierbei geht es nicht um biografisch persönliche Schicksalsschläge, sondern um das gesellschaftlich produzierte Elend, das sich in den Denkformen und Begehrensstrukturen der Einzelnen einschreibt. Wird dieses Leiden einfach aus dem Mangel des einzelnen Menschen verklärt, wird dieser Vergesellschaftungsprozess gedanklich und einseitig aufgelöst. Das Denken verharrt im bürgerlichen Bewusstsein. Nun sind es nicht mehr die Verhältnisse (das Sein), sondern die Einzelnen (ihr Bewusstsein), die verantwortlich gemacht werden für den schlechten Zustand der Welt - und Schuld sind bekanntlich immer die anderen. Erklären lässt sich dadurch aber nicht, wieso die Einzelnen weiterhin teilnehmen an einer Gesellschaft, die Mangel erzeugt, wo keiner sein müsste. Erfahrenes Leid innerhalb des falschen Ganzen (Verblendungszusammenhang) produziert eben nicht automatisch einen Wunsch nach etwas Anderem. Der kritische Nachvollzug der eigenen Leidensfahrgung,

der von einem gesellschaftlich produzierten und nicht individuellen Mangel ausgeht, eröffnet erst die Möglichkeit die Verkehrung von Subjekt und Objekt - Gesellschaft und Individuum - zu durchbrechen. Die Objekthaftigkeit der Einzelnen gerät dabei in den Blick der Kritik, anstatt einer abstrakten Vorstellung über die Welt zu folgen, die sich blind macht für ihre Bedingungen. Nicht das Plattbügeln der eigenen Zuordnung, sondern deren Nachvollzug sind Bedingungen für eine Bewegung, die die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen kann - und mit ihr die Einzelnen. Zuweilen scheint das kritische Bewusstsein so wenig entfaltet, dass die Einzelnen - in ihrer Unwissenheit - lieber weiter Regentänze aufführen und hoffen durch ihre Kreativität, Anstrengung und choreografisch einstudierte Praxis, das Unverständene zu verändern. Die notwendige Praxis wird zum Fetisch degradiert. Sie bleibt unbegriffen. Wie von Zauberhand soll sie ganz automatisch das Bewusstsein derer verändern, die in diesem Denken gar nicht mehr vorkommen. Im Mittelpunkt steht wieder nicht der:die Einzelne sondern eine, sich hinter dem Rücken der Menschen vollziehende, gesellschaftliche Praxis, die die einzelnen gefangen hält in ihrer Unwissenheit. Indem vorausgesetzt wird, dass Individuum und Autonomie schon realisierbar sind, wird dem bürgerlichen Bewusstsein entsprochen. Dessen Bedingungen aber bleiben unberührt. Erfahrung alleine kann nur der Ausgangspunkt, nicht aber die politische Formel für unseren Widerstand sein. Sie treibt die Erniedrigten nicht einfach zur Erkenntnis, sondern in den Wahn. Gleichzeitig, und das ist die Aufgabe, die einer radikalen Linken zufällt, kann sie Ausgangspunkt für eine Kritik sein, die das falsche Ganze als Wahnsinn begreift.

Wir versuchen, eine organisierte Kritik an den Verhältnissen zu üben, die wir als bürgerliche Gesellschaft zu fassen versuchen, die den Faschismus nicht bezwingen konnte und deren Widersprüche die Bedingungen für sein Fortleben sind. Dabei vollzieht sich unsere Selbstbestimmung innerhalb der antifaschistischen und radikalen Bewegung in ihrer Kritik. Denn ein „Weiter So“, als Selbstbetrug gegen die eigene Ohnmacht, verstellt sich selber die Möglichkeit, in Bewegung zu kommen. Sie muss eine Reflexion des Ausbleibens der wirklichen Bewegung in sich aufnehmen, welche den falschen Zustand aufzuheben in der Lage gewesen wäre. Die praktische Antifa-Ar-

beit heute bestimmt sich außerdem konkret aus den veränderten und regional unterschiedlichen Anforderungen ihrer jeweiligen Umstände. So ist den „anderen Antifas aus Ostdeutschland“ beizupflichten oder den Antifas aus Westdeutschland ein vorheriges Studium ostdeutscher Antifageschichte ans Herz zu legen. Die Praxis muss sich aus den konkreten Auseinandersetzungen mit den jeweils vorfindlichen Bedingungen ergeben. Der Vollzug der Sache allerdings ist kein einmaliges Absolutes – keine immerwährende avantgardistische Organisation und deren Ideologie, noch eine einfach auswendig gelernte Theorie. Sie ist kein unerkennbar Fremdes, zu dem eine reine Erfahrungserkenntnis sie versucht zu machen, immer da, wo die kritische Auseinandersetzung dem Mitgefühligen und den Menschen verdinglichende Andersmachenden weichen muss. Dort findet das zur Partikularität verdamnte Objekt seine zur Unkenntlichkeit verstellte Menschlichkeit nicht und bleibt das verzerrte Spiegelbild der eigenen Ohnmacht. Die Erfahrung des Scheiterns sollte gerade die Linke nicht verdrängen, um im Anschluss mit gestählter Ideologie und Kampfeskraft so laut zu schreien, in Mangel an Erkenntnis, dass das, was die Toten zu berichten hätten, kein Gehör findet. Das Scheitern an den Ansprüchen der Gesellschaft und ihrer realen Brutalität, ist, wovor sich alle fürchten sollten.

Doch eine Linke, die sich ihrer eigenen Kritik gegenüber verstellt, bleibt blind gegenüber der Wirklichkeit, die sie einst fast fähig war zu verändern. Die permanente Wiederholung, das „Weiter So“ gleicht dem Zwang des Neurotikers, welcher um das ursprünglich nicht aufgearbeitete, zum Symptom gewordene, sich im Zwangsritual ausdrückende Leiden am eigenen Leben und der eigenen Geschichte verdrängen will, welches sich über das Symptom dann doch immer wieder Bahn bricht. Das Leiden der Linken ist ihr Scheitern. Die Erfahrung der Deportationen und des Verrats müsse ein Teil der linken Kritik und Aufarbeitung sein. Voraussetzung, der Wiederholung zu entfliehen, wäre es, das fröhlich geformte Selbstbild aufzugeben, um in Anbetracht der Möglichkeit der Katastrophe das eigene Scheitern anerkennen und überwinden zu können. Auf der individuellen Ebene ist die erfahrene Gewalt – das Scheitern – kein Partikulares, doch sie droht unter dem Banner der Faschisten zur negativen Universalität zu gedeihen. Die Linke hätte zur Aufgabe, die organisier-



---

te Kritik an der Gewalt und ihren Voraussetzungen voranzubringen. Dabei darf die Kritik eben nicht außerhalb und absolut vor sich hergetragen werden. Sie ist kein einmalig gepackter Koffer voller Methoden und Welterklärungen. Sie ist eben kein positives Setzen bestimmter, schon in den Individuen innerhalb der Linken verwirklichter Werte und Privilegienkataloge. Durch die Kritik muss sich die radikale Linke zu einer organisierten Bewegung entfalten. Dabei ist die Kritik eine Stimme gegen das Leid, die schmerzhafteste Erkenntnis vorausge-

setzt, dass es noch viel zu ergründen gibt, wobei manches davon vielleicht auch etwas wirklich Neues werden kann. Die organisierte Kritik soll im Stande sein, das Schlimmere zu verhindern, und damit die Möglichkeit für eine Gesellschaft erhalten, in der sich Auschwitz nicht wiederholt und der Mensch kein geknechtetes Wesen mehr sei.



## Zeit zu handeln

Ein Aufruf in die antifaschistische Bewegung anlässlich der anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland

„Zeit zu handeln“ - Bündnis

Das Jahr 2024 wird in die Geschichtsbücher der Bundesrepublik eingehen. Zum ersten Mal seit der Befreiung am 08. Mai 1945 werden Faschist:innen als stärkste Kraft in ein deutsches Parlament einziehen. Und das in gleich drei Bundesländern. Am 01. September stehen in Thüringen und Sachsen, drei Wochen später in Brandenburg Landtagswahlen an. In allen drei Bundesländern wird die AfD zweifelsohne als Siegerin hervorgehen. Diese Wahlabende im Spätsommer werden zur Zäsur. Zum historischen Moment für die neue faschistische Bewegung. Ihnen wird damit etwas gelingen, das für Republikaner, DVU und NPD auch zu ihren stärksten Zeiten in weiter Ferne lag.

Deren Erfolg fällt nicht vom Himmel.

Der Aufstieg von Höcke und Co. ist nur als Facette einer konsequenten Rechtsentwicklung der gesamten politischen Landschaft der BRD zu verstehen. Diese Entwicklung ist eine direkte Reaktion auf die tiefgreifende Krise des Kapitalismus. Um den Status Quo für die Herrschenden zu erhalten werden großflächig soziale Errungenschaften abgebaut, die Reallöhne gedrückt, Klimaschutzvereinbarungen missachtet, der Polizei immer mehr Möglichkeiten zur Gängelung und Überwachung an die Hand gegeben, die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben und eine nie dagewesene Abschottung gegen Geflüchtete prakti-

ziert. Flankiert und verschleiert wird der Klassenkampf von oben durch immer neue rassistische, antifeministische und chauvinistische Debatten. Kein Tag ohne Hetze gegen Geflüchtete, gegen Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, gegen Errungenschaften der feministischen Bewegung, gegen gesellschaftliche Minderheiten, ...

Die AfD fungiert in all dem als Eisbrecher in der Diskursverschiebung nach rechts. Macht das bisher Unsagbare nicht nur diskutierbar, sondern schafft einen Raum, in dem die alten „Volksparteien“ oben genanntes umsetzen können, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Dass ihre Forderungen aber Stück für Stück umgesetzt werden, nimmt ihr nicht etwa den Wind aus den Segeln, sondern verschafft ihnen menschenverachtenden Positionen umgekehrt erst breite Legitimität.

Der Aufschwung faschistischer Kräfte in Zeiten der kapitalistischen Krise ist nicht neu. Neu ist aber, dass er heute mit der absoluten Defensive der reformistischen und revolutionären Linken zusammenfällt. Dem Klassenkampf von oben weht nicht einmal ein laues Lüftchen des Widerstandes entgegen. Wir müssen uns gleich eine doppelte Niederlage eingestehen: Weder konnte die linke Bewegung das Spürbarwerden der Krisenfolgen für sich nutzen, noch ist es im

---

letzten Jahrzehnt gelungen, dem absehbaren Aufstieg des rechten Lagers eine adäquate Antwort entgegenzusetzen. Während einige in ritualisierten Protestformen verharrten, wenden sich andere gänzlich vom Kampffeld Antifaschismus ab, das die radikale Linke über mehrere Jahrzehnte geprägt hat. Das Ergebnis ist heute unübersehbar: Die Wahl des ersten AfD-Landrats im Herbst 2023 hat die antifaschistische Bewegung praktisch ohne Reaktion zur Kenntnis genommen.

## Schwere Zeiten.

Die Erfolge in Sachsen, Thüringen und Brandenburg werden mehr als ein losgelöstes Ereignis sein. Mit ihnen machen die Rechten einen bedeutenden Schritt vorwärts hin zur völligen Normalisierung. Einen Schritt, dem früher oder später erste AfD-Koalitionen auf Landesebene folgen werden. Und er ist eine Momentaufnahme für die Entwicklung der gesellschaftlichen Realität. In dieser Realität haben die Rechte an vielen Stellen, gerade im Osten der Republik, bereits den vopolitischen Raum erobert und teilweise auch die Gewalt über die Straße übernommen. Im Fahrwasser der AfD erstarken auch wieder militante und terroristische Faschist:innen, vor allem im Osten etabliert sich wieder eine faschistische Jugendkultur und die staatlichen Repressionsapparate sind von Rechten durchsetzt. Die AfD ist der Kern eines rechten Mosaiks.

Eine Übernahme der Regierungsverantwortung durch die AfD wäre die nächste qualitative Zuspitzung dieser Entwicklung. Andere Länder wie Österreich, Italien oder die USA geben einen Ausblick auf das, was dann auch uns bevor stehen könnte. Auch wenn es in diesen Ländern bisher zu keiner Wiederholung des historischen Faschismus kam, ist es dort in Monaten gelungen, antirassistische und feministische Errungenschaften rückgängig zu machen, für die Jahrzehnte gekämpft werden musste. Der Kampf zur Eindämmung des Klimawandels würde um Längen zurückgeworfen werden. Und je weiter sie mit dem autoritären Staatsumbau kommen, desto schwieriger wird es für uns als linke Bewegung wieder aus der Defensive herauszukommen.

Aber auch wenn die AfD es nicht bis in eine Regierung hineinschafft, sind die Folgen für alle, die nicht in das rassistische und sexistische Weltbild der Faschist:innen passen, immens. Faschistische Gewalt wird wieder Normalität, die Bedingungen linke Alternativen

aufzubauen oder wenigstens zu erhalten immer schwerer und bei Anschlägen wie München, Halle oder Hanau wird es nicht bleiben.

## Wir werden nicht warten, bis es so weit ist.

So sehr der Erfolg der AfD im September 2024 zur Zäsur wird, so sehr muss er Ausgangsbedingung für eine neue antifaschistische Offensive werden. Wann, wenn nicht jetzt, ist der Moment, eine neue antifaschistische Bewegung aufzubauen? Was soll noch passieren? Nutzen wird den Moment, in dem wieder breite Teile der Bevölkerung Bereitschaft zeigen, gegen den Rechtsruck ankämpfen zu wollen. Drehen wir den Spieß um, wagen wir die richtigen Schritte, bevor es zu spät ist.

## Dazu ein paar konkrete Überlegungen.

1. In Anbetracht der Stärke und des Zuspruchs, den die AfD mittlerweile erfährt, erfordert unser Kampf mehr als jemals zuvor die ehrliche Zusammenarbeit aller, die es ernst meinen und die bereit sind, mit den politischen und praktischen Konsequenzen, die der Kampf erfordert, zu leben. Auch und gerade über Lager- und Strömungsgrenzen hinweg.

2. Wenn es unsere Analyse ist, dass der Aufstieg von AfD und Co. nicht zufällig mit der mehr und mehr spürbar werdenden Krise zusammenfällt, ist die naheliegende Folgerung, dass ein Aufhalten, bzw. Umkehren des Rechtsrucks nur durch eine bereite antikapitalistische Bewegung geschafft werden kann. Gerade sind es nur die, die dazu aufrufen nach unten zu treten, die die Ängste vor der zunehmenden Krise, Abstieg und Krieg wahrnehmbar aufgreifen. Und solange es dazu keine Alternative schafft, der Krise einen Klassenkampf von unten entgegenzusetzen, nicht nur rhetorisch, sondern praktisch den Menschen eine Perspektive bietet, wird sich der weitere Aufstieg der Rechten nicht verhindern lassen. Der antifaschistische Abwehrkampf muss das mitdenken und einen Teil dazu beitragen, dass solche Bewegungen entstehen können. Er darf nicht bei einer moralischen Kritik am Rassismus und Sexismus der Faschist:innen stehen bleiben, sondern muss auch klar die Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Krise, neoliberaler Elendsverwaltung und dem Aufstieg der Rechten benennen. Ein Antifaschis-

„Zeit zu handeln“ - Bündnis

mus ohne soziale Frage, ohne Kritik an den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen, ohne die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft, wird in diesen Zeiten zahnlos bleiben.

3. Das sehen aber nicht alle so. Die liberalen und sozialdemokratischen Parteien wollen von den Ursachen des Rechtsruck nichts wissen, müssten sie sich doch damit eingestehen, selbst Teil des Problems und nicht der Lösung zu sein. Ganz zu Schweigen davon, dass sie gerade einige der menschenverachtenden Forderungen der Rechten selbst umsetzen. Entsprechend ist es in ihrem Interesse, die aufkommenden Massenproteste gegen Rechts zu vereinnahmen, in staatstragende Bahnen einzuhegen und weg von tatsächlichem Antifaschismus zu bringen. Es war Anfang des Jahres also ein kalkulierter Kampf um die politische Hegemonie der Massenproteste. Es ist ihnen erschreckend einfach gelungen, diesen zu gewinnen und der Bewegung die Zähne zu ziehen, bevor sie überhaupt in der Lage war, sie zu zeigen. Wir müssen uns bei solchen Proteste zukünftig einmischen und den Kampf um deren Hegemonie aufnehmen. Denn auch wenn wir ihn nicht in Gänze gewinnen können, werden wir darin hoffentlich die Basis für eine neue antifaschistische Bewegung erkämpfen.

4. Wir müssen es schaffen, uns selbst grundsätzliche antifaschistische Prinzipien zu erhalten und sie gleichzeitig in solche großen Proteste hineinragen: Mit Faschist:innen wird nicht diskutiert, Faschist:innen werden bekämpft. Auf allen Ebenen, mit allen Mitteln, die dafür notwendig sind. Hierin mussten wir in den letzten Jahren die wohl direktesten Niederlagen hinnehmen. Aber uns diese Handlungsoptionen zu bewahren, wird in den nächsten Jahren überlebensnotwendig. Mit der Normalisierung der AfD wird auch das Entstehen einer neuen faschistischen Jugendbewegung einhergehen, nicht unwahrscheinlich inklusive einer Wiederholung der Baseballschlägerjahre.

5. So wie die Dinge gerade liegen, werden wir den Kampf gegen die Rechtsentwicklung weder heute noch morgen gewinnen. Dafür werden wir einen langen Atem und viel Durchhaltevermögen brauchen. In allem was wir tun, müssen wir deshalb vor allem für Kontinuität, Organisation und Ansprechbarkeit sorgen. Nur so bleiben Großevents keine einmaligen Ereignisse, sondern tragen dazu bei, unsere Seite aufzubauen. Und nur so werden wir den Widrigkeiten, die das sich anbahnende „reaktionäre Jahrzehnt“ mit

sich bringt, standhalten können. Nichts davon wird einfach. Aber an Gelegenheiten diese Punkte umzusetzen, wird es in naher Zukunft nicht mangeln.

### Wir werden...

... nicht tatenlos dabei zusehen, wie das erste Mal im Nachkriegsdeutschland ein Parlament gewählt wird, in dem eine faschistische Partei die größte Fraktion stellt. Dabei machen wir uns keine Illusionen: Bürgerliche Parlamente sind keine antifaschistische Bastion. Sie sind und bleiben Orte, an denen die falschen gesellschaftlichen Verhältnisse zementiert und legitimiert werden. Und auch an der gesellschaftlichen Stimmung, die hinter den Wahlergebnissen steht, können wir kurzfristig nichts ändern. Aber die Landtagswahlen im Herbst können nicht nur zur Zäsur für die Rechten werden, sondern auch noch einmal eine Gelegenheit sein, viele Menschen in konkrete Aktionen gegen Rechts zu bringen.

Wir werden deshalb die Wahlsiege der Faschist:innen im September nicht unwidersprochen hinnehmen. Wir werden den Wahlkampf der AfD und ihre Wahlpartys stören, Proteste gegen das Erstarken der Rechten organisieren und den Faschist:innen im Osten nicht die Straße überlassen. Wir rufen bundesweit alle Antifaschist:innen auf, sich lokal wie überregional an den Protesten gegen die Wahlerfolge der AfD zu beteiligen und diese zu organisieren. Lasst uns damit den Startpunkt für eine neue Bewegung setzen, die mit langem Atem gegen die faschistische Gefahr kämpft. Die Zeit zu handeln ist jetzt.

## Geschichte wiederholt sich nicht. Sorgen wir dafür, dass es so bleibt.



## Antifa: Denken und handeln!

Eine ausführliche Antwort auf den Text „Zeit zu handeln!“ von diversen westdeutschen Antifagruppen.

Es ist „Zeit zu handeln“! So zumindest ruft es ein Zusammenschluss antifaschistischer Gruppen „in die antifaschistische Bewegung“ hinein. Handeln aber, so wissen die Verfasser:innen, erfordert so dies und das, zum Beispiel die „ehrliche Zusammenarbeit aller, die es ernst meinen und die bereit sind, mit den politischen und praktischen Konsequenzen, die der Kampf erfordert, zu leben. Auch und gerade über Lager- und Strömungsgrenzen hinweg“. Wir müssen uns „zukünftig einmischen“ in die Massenproteste gegen Rechts „und den Kampf um deren Hegemonie aufnehmen. Denn auch wenn wir ihn nicht in Gänze gewinnen können, werden wir darin hoffentlich die Basis für eine neue antifaschistische Bewegung erkämpfen.“ Wir müssen unsere „Handlungsoptionen“ erhalten, indem wir unsere „grundsätzliche[n] antifaschistische[n] Prinzipien“ „in solche großen Proteste hineintragen: Mit Faschist:innen wird nicht diskutiert, Faschist:innen werden bekämpft. Auf allen Ebenen, mit allen Mitteln, die dafür notwendig sind.“ und „in allem was wir tun, müssen wir deshalb vor allem für Kontinuität, Organisation und Ansprechbarkeit sorgen. Nur so bleiben Großevents keine einmaligen Ereignisse, sondern tragen dazu bei, unsere Seite aufzubauen“. Schließlich wollen wir, „nicht tatenlos dabei zusehen, wie das erste Mal im Nach-

kriegsdeutschland ein Parlament gewählt wird, in dem eine faschistische Partei die größte Fraktion stellt“ und „werden deshalb die Wahlsiege der Faschist:innen im September nicht unwidersprochen hinnehmen. Wir werden den Wahlkampf der AfD und ihre Wahlpartys stören, Proteste gegen das Erstarren der Rechten organisieren und den Faschist:innen im Osten nicht die Straße überlassen. Wir rufen bundesweit alle Antifaschist:innen auf, sich lokal wie überregional an den Protesten gegen die Wahlerfolge der AfD zu beteiligen und diese zu organisieren.“ Denn: „Die Zeit zu handeln ist jetzt“!

Ja, ja, gewiss. Irgendwie ist ja immer „jetzt“. Es scheint fast so, als wäre die radikale Linke davon geprägt, ständig dieses „jetzt“ auszuhandeln, auf der Suche nach dem Zeitpunkt „jetzt“, wo die „Zeit zu handeln“ gekommen ist. So etwa in dem Buch „jetzt“ vom Unsichtbaren Komitee aus dem Jahr 2017, in dem darauf gedrängt wurde, „jetzt“ mit dem Handeln zu beginnen. Oder mit mehr Antifa-Bezug: „Re:organisiert die Antifaschistische Aktion!“ aus dem Jahr 2015 (<https://linksunten.indymedia.org/de/node/151784/>), in dem die Dringlichkeit zu handeln (und zwar jetzt) eindrücklich beschrieben wird. Der Text endete mit den Worten: „Schluss mit allem Warten! Keinen Meter der rassistischen Mobilmachung! Reorganisiert die Antifaschisti-

sche Aktion!“ Und erinnert sei auch an die Debatte, die geführt wurde, als 2013 zum erste Mal seit langem unter großer Beteiligung der lokalen Bevölkerung ein Fackelmarsch in Richtung Geflüchteten-Unterkunft in Schneeberg zog und einige Antifaschist:innen nachdrücklich auf die Gefahr dieser Entwicklung hinwiesen und ein Großteil der deutschen Linken sich in der Debatte darum verlor, dass alles nicht so schlimm sei wie in den 90ern. Es sei auch nochmal erinnert daran, dass die Gefahr, die von der AfD ausging, sowie die allgemein rechte Tendenz der Gesellschaften in Europa schon 2015/2016 andiskutiert wurde (z. B. im Autonomen Blättchen), während sich weite Teile der radikalen Linken lieber mit der eigenen Fantasie beschäftigen wollten, dass sich im Schatten der Krise die revolutionären Massen zusammenfinden würden, insbesondere immer dann, wenn sich x-beliebige Massenproteste ereigneten, deren rechtes Potential immer geleugnet oder umgedeutet wurde (wie z. B. zum Gelbwestenprotest; auch hierzu gab es aus der radikalen Linken Versuche der kritischen Einordnung, die einfach ignoriert wurden), wie zuletzt selbst beim Bauernprotest, der erneut die Fantasie aufkommen ließ, nun sei eben mit den Bauern ein Stich zu machen, wenn es gelänge, sich ins „Handgemenge“, wie es etwa bei der IL ohne Unterbrechung heißt, zu begeben. Und was ist passiert? Die radikale Linke verschwindet in der Bedeutungslosigkeit, während die Gefahr einer Rückkehr des Faschismus so groß ist, wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Großen Zulauf aber haben in der radikalen Linken gerade die Gruppen, die sich auf die „Erfolge“ Stalins und Mao Tse-Tungs beziehen, von der „Arbeitermacht“ faseln und irrsinnigerweise glauben, der Klassenkampf befindet sich auf dem aufstrebenden Ast; als Zusatz dazu gibt es noch die Rückwende zur Palästina-Solidarität, weil aus absurden Gründen davon ausgegangen wird, dass es sich dabei eben irgendwie um diesen Klassenkampf handeln muss, der dann von der Peripherie auf die Zentren der Macht übergreift. Oder wie wäre es mit der Hoffnung, dass es zielführend ist, sehr viel Wert darauf zu legen, wie über irgendetwas gesprochen wird, während die Welt um einen herum brennt? Auch dieser Mumpitz wird als radikal und dienlich für die Umwälzung der falschen Welt erachtet: Wenn wir nur alle dazu kriegen, ordentlich über die Begebenheiten und Menschen in der Welt zu sprechen, wird sich alles schon zum Guten wenden. Und

obendrauf eine Klimabewegung, deren öffentlichkeitswirksamster Teil radikal die Einführung des 9,- €-Tickets, das Tempolimit, klimafreundliche Gesetzesvorhaben und Absichtserklärungen der Regierung fordert.

Nicht, dass wir hier falsch verstanden werden: Wir halten es für unabdingbar, dass sich die radikale Linke auf den Antifaschismus fokussiert, und wir denken, dass dies besser „jetzt“ passiert, als irgendwann. Aber zwei Sachen wollen wir hier mit aller Deutlichkeit betonen:

1. Der Zug ist abgefahren und wir haben ihn verpasst. Es ist seit Langem (!) nicht mehr „5 vor 12“, sondern es ist jetzt nach 12.

2. Ohne wesentliche (!) inhaltliche Fortschritte wird die radikale Linke in der Orientierungslosigkeit ertrinken.

3. Wenn keine Neuorientierung wirksam wird, ist alles aus, und dann kommt der Faschismus und mit ihm der Tod.

Ja, mag da jetzt jemand denken, das ist aber krass. Wirklich, so schlimm? So schlimm, das glaube ich nicht. Können wir nicht wieder zurück zum Text „Zeit zu handeln“? Das, was da drin stand, war doch auch nicht schlecht. Schließlich geht es darum, handlungsfähig zu werden, zusammenzufinden, sich gegen den Faschismus zu wehren? Löst denn dieser Text nicht ein, was gefordert wird, eine inhaltliche Neubestimmung? Ist es nicht positiv zu bewerten, dass jemand was macht? Ja, das IST positiv, in gewisser Weise, das ist besser als nichts, aber es ist zugleich auch zu viel nichts, als dass man sich wirklich positiv darauf beziehen kann. Positiv beziehen kann man sich darauf, dass es Menschen gibt, die noch nicht aufgegeben haben, aber damit dies zur Geltung kommen kann, müssen wir einfach mal durchgehen, was an diesem Text alles negativ ist.

## # Analyse statt Appell

Der Text, so kurz und knapp er auch ist und als Aufruf auch sein muss, krankt an seiner inhaltlichen Analyse. Das dürfte zugleich den Wenigsten auffallen, weil er einfach das wiederholt, was ohnehin in linksradikalen Kreisen gedacht wird. Auch das ist eine aktuelle Entwicklung: Der Inhalt ist den Meisten egal, so lange ein paar äußerliche Kriterien eingehalten werden. Aber schauen wir mal, was

gesagt wird: Die „konsequente Rechtsentwicklung“ ist die „direkte Reaktion auf die tiefgreifende Krise des Kapitalismus.“ Dass es also eine Bewegung der Gesellschaft nach Rechts gibt, ist nur konsequent (Nur am Rande sei hier erwähnt, dass die konsequente Rechtsentwicklung im Grunde etwas völlig anderes ist, als im Text gemeint: Sie ist die konsequente Entwicklung des Rechts und nicht nach Rechts). Aber wo kommt sie her? Aus dem Kapitalismus selbst? Ist sie also Ergebnis eines im Kapitalismus liegenden Widerspruchs? Die Verfasser:innen sagen hier: Nein. Sie ist eben eine Reaktion auf „die tiefgreifende Krise“ und das heißt, es muss auch jemanden geben, der auf diese „tiefgreifende Krise“ reagiert und von dem diese Reaktion also kommt. Und dies sind (wie sollte es auch anders sein): die Herrschenden (tadaa!). Diese führen einen „Klassenkampf von oben“, um „den Status Quo für die Herrschenden zu erhalten“. Zu diesem Zweck haben die Herrschenden einige Möglichkeiten: Es werden „großflächig soziale Errungenschaften abgebaut, die Reallöhne gedrückt, Klimaschutzvereinbarungen missachtet, der Polizei immer mehr Möglichkeiten zur Gängelung und Überwachung an die Hand gegeben, die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben.“ Also: Es gibt eine Krise im Kapitalismus, die Herrschenden wollen ihren Status Quo absichern, dazu attackieren sie „die da unten“. Aber die da unten sind natürlich nicht doof und es besteht die Gefahr, dass sie merken: Moment, es ist ja Krise des Kapitalismus und die Herrschenden wollen nur den Status Quo erhalten, und dazu machen sie uns das Leben durch Verteuerungen und Kürzungen schwer, obendrein bauen sie den Polizeiapparat auf, damit wir uns nicht erheben und wehren können. Doch die Herrschenden haben schon eine Art Trick parat: Sie flankieren ihren „Klassenkampf von oben durch immer neue rassistische, antifeministische und chauvinistische Debatten.“ Mit diesen Debatten gelingt es ihnen, die Wahrheit zu verschleiern. Und es kommt zu der finsternen Zeit, in der wir gerade leben: „Kein Tag ohne Hetze gegen Geflüchtete, gegen Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, gegen Errungenschaften der feministischen Bewegung, gegen gesellschaftliche Minderheiten,...“. Aber irgendwie gefällt denen da unten das nicht. Die Herrschenden sind aber nicht so leicht als schlechte Herrschende zu erkennen. Sie haben sich eine Art Maske gegeben, sie haben eine Art fal-

sches Gesicht. Dieses Gesicht, das sind die „Volksparteien“. Die Volksparteien sind im Text bereits in Anführungszeichen gesetzt, es sind also nicht wirklich „Volksparteien“, sondern es sind nur die Parteien der Herrschenden, die dazu dienen, den Status Quo abzusichern. Dass sie sich Volksparteien nennen, das ist schon Teil ihrer Betrugereien. Aber egal, dieses Gesicht, das drohen die Herrschenden zu verlieren, und es könnte also herauskommen, dass sie es sind, die die oben genannten Debatten entfachen. Aber auch hierfür haben die Herrschenden bereits ein Mittel, und zwar die AfD: „Die AfD fungiert in all dem als Eisbrecher in der Diskursverschiebung nach rechts. Macht das bisher Unsagbare nicht nur diskutierbar, sondern schafft einen Raum, in dem die alten „Volksparteien“ oben genanntes umsetzen können, ohne dabei das Gesicht zu verlieren.“

Wir fassen zusammen: Die Herrschenden führen einen Klassenkampf nach unten, weil es eine Krise im Kapitalismus gibt. Um den Klassenkampf nach unten zu vertuschen, bedienen sie sich des Diskurses und betreiben in diesem rassistische Hetze. Um dabei nicht das Gesicht zu verlieren, bedienen sie sich der AfD. So weit, so klassenkämpferisch – ganz schön trickreich von den Herrschenden. Sie vertuschen ihren Klassenkampf mit rechter Hetze, aber sie vertuschen sogar noch, dass dieses Medium der Vertuschung von ihnen selber kommt, sondern nutzen die AfD für dieses Interesse. Wenn wir jetzt einmal so frei sind, die Herrschenden durch die Kapitalisten zu ersetzen, denn wenn es einen Klassenkampf von oben gibt, wer soll es sonst sein, dann könnten wir es auch auf die alte Parole runterbrechen: Hinter dem Faschismus steht das Kapital. Und auch wichtig: Selbst wenn wir – wie etwa bei der letzten Europawahl – feststellen müssen, dass die Arbeiterschaft zu 35 % die AfD wählt und diese damit die stärkste Kraft unter den Arbeiter:innen überhaupt ist (vor der CDU mit 24 % und der SPD mit immerhin noch 12%), und wenn wir des Weiteren feststellen können, dass aus der Industrie (also von den Kapitalisten) Aufrufe ergehen, gerade NICHT die AfD zu wählen, weil das ein Problem für die Wirtschaft ist, dann können wir uns das leicht zurechtbiegen: Die AfD wird von den Arbeiter:innen gewählt, weil sie durch den Diskurs vom Klassenkampf nach unten abgelenkt wurden und also im weitesten Sinne nur durcheinander sind, und die Industrie

tut nur so, als ob sie gegen die AfD wäre. In Wirklichkeit nutzt sie die AfD als Eisbrecher, um ihre wahren Absichten zu verbergen.

Wir teilen diese Position nicht. Aber zumindest ist sie bis hierhin in sich irgendwie „schlüssig“. Sie ist der Versuch, sich ein klares Bild von der Wirklichkeit zu machen, und damit es schön klar ist, gibt man ihm eine einfache Form – vielleicht kann diese „Analyse“ ja als Ausgangspunkt für irgendwas gesehen werden? Nun gut. Aber wie passt es dann mit dem zusammen, was dann als Nächstes kommt: „Dass ihre Forderungen aber Stück für Stück umgesetzt werden, nimmt ihr nicht etwa den Wind aus den Segeln, sondern verschafft ihren menschenverachtenden Positionen umgekehrt erst breite Legitimität.“ Moment mal – was heißt hier Wind aus den Segeln nehmen? Schließlich wurde gerade doch noch gesagt, dass das alles Absicht ist? Wer also sollte nun der AfD den Wind aus den Segeln nehmen wollen? Die AfD wird doch im Gegenteil nach der bisherigen Schilderung gebraucht als Eisbrecherin! Die „Volksparteien“, alias die „Herrschenden“, alias die Kapitalisten, bedienen sich der AfD doch, um ihren Klassenkampf nach unten zu kaschieren – wieso sollten sie denn ein Problem daran haben, breite Legitimität zu erlangen? Legitimität ist doch der bisherigen Argumentation das Ziel dieses Unterfanges. Schließlich soll sich ja der Rassismus usw. in der Masse der Beherrschten verbreiten, damit der Klassenkampf nach unten verdeckt werden kann. Es wird sogar noch verwirrender, wenn es später heißt: „Die liberalen und sozialdemokratischen Parteien wollen von den Ursachen des Rechtsrucks nichts wissen, müssten sie sich doch damit eingestehen, selbst Teil des Problems und nicht der Lösung zu sein. Ganz zu Schweigen davon, dass sie gerade einige der menschenverachtenden Forderungen der Rechten selbst umsetzen. Entsprechend ist es in ihrem Interesse, die aufkommenden Massenproteste gegen Rechts zu vereinnahmen, in staatstragende Bahnen einzuhegen und weg von tatsächlichem Antifaschismus zu bringen.“ Demgegenüber müssten wir doch nun festhalten, wenn wir von der bisherigen Analyse nicht abweichen wollen, dass die „liberalen und sozialdemokratischen Parteien“ den Hintergrund des Rechtsrucks sehr wohl kennen, weil sie ihn ja nutzen, um den Klassenkampf nach unten zu kaschieren. Schließlich wollen sie ja die „menschenverachtenden Forderungen der Rechten selbst umsetzen“, um

damit vom Klassenkampf abzulenken, nur wollen sie ihr Gesicht dabei nicht verlieren. Würden wir der vorausgehenden Argumentation folgen, dann wäre es so, dass das „Interesse, die aufkommenden Massenproteste gegen Rechts zu vereinnahmen“ daher kommt, weil sie damit ihr Handeln auf eine noch trickreichere Weise verschleiern wollen. Denn ein eigenes Interesse an der Verhinderung des Rechtstrends haben sie ja gar nicht. Wie wir schon gesagt haben, wir teilen diese Analyse nicht, aber sie wäre zumindest in sich schlüssig. Das hier präsentierte Hin und Her ist es aber nicht und ist damit Ausdruck von einem Phänomen, das die Verfasser:innen des Textes selbst konstatieren, nämlich die absolute „Defensive der reformistischen und revolutionären Linken“, von der nicht einmal ein „laues Lüftchen des Widerstandes“ ausgehen kann. Allerdings wird hierfür nicht die sich auch hier im Text abzeichnende Orientierungslosigkeit der radikalen Linken in inhaltlichen Fragen als Problem ausgemacht, sondern ein diffuser Mangel an irgendetwas, der dann dazu führt, dass die linke Bewegung eines nicht geschafft hat, „das Spürbarwerden der Krisenfolgen für sich [zu] nutzen“, also aus den Krisenfolgen so etwas wie Krisenerfolge zu machen.

In dieser letzten Äußerung, dass die Linke besser daran getan hätte, das „Spürbarwerden der Krisenfolgen“ für sich zu nutzen, zeigt sich zudem ein krudes Politikverständnis: Die radikale Linke hat so ihre Interessen, doch es gelingt ihr nicht, diese umzusetzen. Aber vielleicht ja im Angesicht der Krisenfolgen? Kann die Linke die Krisenfolgen für sich „nutzen“? Die Linke ist doch kein Selbstzweck, kein Unternehmen, das irgendwelche Krisen als Chance nutzen sollte oder das „eine adäquate Antwort“ parat haben muss, wenn es zum „Aufstieg des rechten Lagers“ kommt.“ Dahinter steckt das folgende Bild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit: Oben die Herrschenden, in der Mitte ein Haufen blökender Schafe und links und rechts Agitatoren, die um die Gunst der Schafe buhlen, um sich irgendwie der Herrschenden zu entledigen und danach eine Gesellschaft einzurichten, die dann entweder faschistisch oder kommunistisch/anarchistisch ist. Die Schafe laufen bald hierhin, bald dahin, je nachdem, wer die bessere Antwort zu haben scheint. Dabei ist es aber gleichgültig, ob die Antwort sinnvoll ist oder nicht: Es ist alles eine Frage der Performance und Überzeugungskraft der jeweiligen „Lager“. Wo-



für diese „Lager“ sind, ist zufällig. Sie vertreten im weitesten Sinne bloß eine unterschiedliche Moral. Dabei wendet sich der Text selbst auch gegen das Moralisieren: Der Antifaschismus „darf nicht bei einer moralischen Kritik am Rassismus und Sexismus der Faschist:innen stehen bleiben, sondern muss auch klar die Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Krise, neoliberaler Elendsverwaltung und dem Aufstieg der Rechten benennen“. Aber was soll das heißen: Es reicht nicht, moralisch zu sein, man muss auch Zusammenhänge benennen? Das kann man sich als Phrase auf ein T-Shirt drucken lassen, mehr aber auch nicht. Im gleichen Ton geht es weiter: „Ein Antifaschismus ohne soziale Frage, ohne Kritik an den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen, ohne die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft, wird in diesen Zeiten zahnlos bleiben.“ Das zumindest ist etwas, was nicht erst „in diesen Zeiten“ so gesehen wird, sondern schon – wir sagen es vorsichtig – eine ganze Weile, wie z. B. in einem Artikel im Antifa Info Blatt aus dem Jahr 2002 nachgelesen werden kann: <https://antifainfoblatt.de/aib58/zwischen-idee-realitaet-die-aa-bo-im-ru...>, allerdings muss man sagen, dass die aktuelle Debatte hinter die Überlegungen aus den 90ern, die in dem angegebenen Text resümiert werden, deutlich zurückgefallen ist. Wer sich davon ein Bild machen will, der kann sich dem Link folgend mit einer ganzen Reihe von Beiträgen befassen, vielleicht nicht das Schlechteste. Wir wollen hier nicht weiter die Frage verfolgen „revolutionärer Antifaschismus – ja/nein“, sondern vielmehr ein eigenes Fazit aus der im Text angestellten Analyse ziehen. So lautet es: Jeder Antifaschismus wird zahnlos bleiben, der nicht weiß, was er tut und was er will, und der sein Fundament in einem Wirrwarr aus Ansichten und Meinungen hat. Ansichten und Meinungen – mehr hat man aber nicht, wenn man sich nicht wirklich versucht, einen Begriff von der Wirklichkeit zu machen. Es ist nicht gesagt, dass man dann nicht trotzdem mal Gutes und Richtiges tut – aber dafür, eine gesellschaftliche Bewegung in eine fortschrittliche Richtung auszulösen, wird es nicht reichen. Eine solche Bewegung muss ja gerade ihre Ursache in einer gesteigerten Reflexion auf das eigene Ich und einem gesteigerten Weltbezug haben und nicht in irgendwelchen Ansichten über Dinge, die einem nicht gefallen.

## # Denken statt Handeln

Zwar wird im Text auch angesprochen, dass man „klar die Zusammenhänge“ ansprechen muss, der Fokus liegt im Text hierauf aber nicht. Im Vordergrund steht, wie der Titel ja schon sagt: das Handeln. Und dafür ist einfach oberste Dringlichkeit geboten, weil die AfD kurz davor ist, einen Wahlerfolg in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg zu erringen und damit in die „Geschichtsbücher der Bundesrepublik eingehen“ wird. „Diese Wahlabende im Spätsommer werden zur Zäsur.“ „Wann, wenn nicht jetzt, ist der Moment, eine neue antifaschistische Bewegung aufzubauen? Was soll noch passieren?“

Ja, was noch? Diese Frage stellt sich schon eine geraume Zeit. Es ist ja nicht so, dass wir in einer schönen Welt leben, und dann kommt der Wahlerfolg der AfD daher, der dann die Notwendigkeit einer antifaschistischen Bewegung vermitteln kann. Das Problem ist doch, dass, obwohl der Faschismus immer näherkommt, es keine nennenswerten Reaktionen aus linksradikalen Kreisen darauf gibt. Das wird im Text ja selbst festgestellt: „Die Wahl des ersten AfD-Landrats im Herbst 2023 hat die antifaschistische Bewegung praktisch ohne Reaktion zur Kenntnis genommen.“ Es stellt sich doch aber die Frage: Wieso ist das denn so? Wieso haben wir eine Entwicklung der Gesellschaft hin zum Faschismus einerseits und ein Ausbleiben der Reorganisation des antifaschistischen Widerstands andererseits? Es ist ja kaum davon auszugehen, dass es an Aufmerksamkeit für das Thema mangelt, und wie der Text ja darstellt, ist es ja nicht nur ein Problem in Deutschland: „Andere Länder wie Österreich, Italien oder die USA geben einen Ausblick auf das, was dann auch uns bevorstehen könnte.“ Der Trend ist ein internationaler, kaum zu glauben, dass es hier noch eines Fingerzeigs oder eines Weckrufs bedarf. Gibt es denn keine Gründe, wieso die antifaschistische Bewegung kaum als eine solche zu erkennen ist?

Der Text jedenfalls legt kaum Gründe nahe. Wir können nur schließen: Zum einen soll es wohl daran liegen, dass sich die Menschen die Konsequenzen des Rechtsrucks noch nicht vor Augen geführt haben. Zumindest verweist der Text auf mögliche Konsequenzen: Die Rückkehr der Baseballschlägerjahre, der Rückbau von „antirassistischen und feministischen Errungenschaften“, „für die jahrzehnte gekämpft werden musste“. „Faschistische

Gewalt wird wieder Normalität, die Bedingungen linke Alternativen aufzubauen oder wenigstens zu erhalten immer schwerer und bei Anschlägen wie München, Halle oder Hanau wird es nicht bleiben“. Zum anderen daran, dass die antifaschistische Bewegung nicht geeint steht: „In Anbetracht der Stärke und des Zuspruchs, den die AfD mittlerweile erfährt, erfordert unser Kampf mehr als jemals zuvor die ehrliche Zusammenarbeit aller, die es ernst meinen und die bereit sind, mit den politischen und praktischen Konsequenzen, die der Kampf erfordert, zu leben. Auch und gerade über Lager- und Strömungsgrenzen hinweg.“ Wir sind also deswegen schwach, weil wir zerstritten sind, zerteilt in Lager und Strömungen, deren Grenzen wir nun aber überschreiten sollen. Wenn wir das zusammenfassen, so bleibt übrig: Die Angst vor dem Faschismus soll uns dazu bringen, Differenzen beiseitezuschieben, damit wir uns ihm zusammen stellen können. Oder anders gesagt: Wir sollen nicht nachdenken, räsionieren oder Ähnliches, sondern wir sollen das Denken gleich beiseite schieben und uns gemeinsam von der Angst vor dem Faschismus ergreifen lassen, damit wir dann eine geeinte Bewegung hervorbringen können.

Das ist auf jeden Fall nachvollziehbar, aber es kann nicht drumherum führen, sich den damit zusammenhängenden Problemen zu stellen. Denn erstens: Es gibt wohl ausreichend viele Menschen, die haben bereits Angst vor dem Faschismus und sehen, was da auf uns zukommt. Sie engagieren sich trotzdem nicht im Rahmen des antifaschistischen Kampfes. Noch einmal zu betonen, wie katastrophal der Siegeszug der rechten Kräfte ist und sein wird, wird wohl nicht helfen. Und zweitens: Hinter den hier lapidar aufgeführten „Lager- und Strömungsgrenzen“ verbergen sich tiefgreifende Konflikte, die durch einen gut gemeinten Appell nicht aus der Welt zu schaffen sind. Und sie reichen doch so tief, dass diejenigen, die sich da vereinen sollen, sich wechselseitig selbst als Teil der faschistischen Bedrohung sehen. Nehmen wir den eskalierten innerlinken Konflikt im Hinblick auf die Lage in Israel und dem Gazastreifen: Den einen wird die Verbindung zur Hamas, den anderen die Verbindung zu Netanjahu und Co vorgehalten und beides geht mit dem Vorwurf einher, mit faschistischen Kräften im Bunde sein zu wollen. Dementsprechend (aber nicht darauf begrenzt) werden innerhalb der Linken Vorwürfe laut, die anderen seien Rassisten oder Antisemiten. An

anderer Stelle wird sich wegen unterschiedlicher Positionen im Hinblick auf den Feminismus mit den Fäusten gedroht – der Vorwurf, transfeindlich zu sein, ist ja z. B. gar nicht auf die rechte Bewegung beschränkt, und das Versagen von Genoss:innen bezüglich irgendwelcher -ismen wird sich wechselseitig regelrecht belegt und bewiesen und der Vorwurf, dass irgendwer nicht mehr zur radikalen Linken gehören kann, wird damit versucht, auf eine objektive Basis zu stellen. Und da sollen nun – schwuppdiewupp – die Strömungsgrenzen verschwinden? Es ist ja die Forderung, dass man mit denen zusammenarbeiten soll, die man selbst erst eben zum Teil des Rechtsrucks erklärt hat.

Es ist ja seit Jahren ein Wunsch innerhalb der radikalen Linken, dass wir so etwas wie eine Einheit der linken Kräfte hinbekommen. Und der Wunsch nach einer solchen Einheit verdichtet sich dann regelmäßig an irgendwelchen Highlight-Themen. So zum Beispiel zu den Gipfelprotesten und Ähnlichem. Aktuell drängen sich ja gleich mehrere Themen auf, die als Einheitsthema gelten sollen, weil sie eine solch drückende Gefahr bedeuten. Antifaschismus ist da nur das eine, andere wären der Klimawandel oder der drohende Weltkrieg. Die Themen einen aber die Linke nicht, und das aber nicht wegen ihrer Bedeutungslosigkeit oder ihrer nicht erfassten Bedeutung, und auch nicht, weil es an Appellen mangelt, sich diesen Themen globaler Bedeutung zu widmen. Mit einem „Wir denken einfach nicht mehr drüber nach, dann werden die Differenzen schon verschwinden“ ist es jedenfalls nicht getan. Es wird nicht zu viel gedacht, sondern zu wenig, und durch den Verweis darauf, dass wir aber jetzt handeln müssen, wird sich daran nichts ändern; eine radikale Linke, die geeint sein soll, braucht aber ein inhaltliches Fundament. So lange sie das nicht hat, ist sie im Grunde leer und hohl, und diese Leere kann nicht durch eine noch eindringlichere Schilderung des eigenen Standpunktes gefüllt werden.

## # Inhalt statt Verpackung

Die meisten Menschen können verschiedene Produkte nicht mehr unterscheiden, wenn die Verpackung fehlt. Premium-Cola, Fritz-Cola, Coca-Cola, Pepsi wird einfach nur zu „irgendeine Sorte Cola“, wenn sie einem nur in einem Glas präsentiert wird. Selbst eingefleischte Fans dieser oder jener Sorte können ihre Lieblingssorte nicht herausschmecken. Das liegt

daran, dass die Unterschiede eben nur oberflächlich und äußerlich sind. Passend dazu verhält es sich mit den meisten heute als Theorie verkauften unterschiedlichen Meinungen und Ansichten, die in der radikalen Linken kursieren. Sie sind oberflächlich und äußerlich. Kommunisten aus den neustalinistischen Gruppen und Anarchisten jedweder Couleur sind bereit, sich die Köpfe einzuschlagen, und fühlen sich dann ganz doll in der Tradition von Kronstadt und dem spanischen Bürgerkrieg. Aber wenn sie versuchen, Gründe und Erklärungen für irgendwelche Bedingungen und Verhältnisse in der Welt anzuführen, dann kommt immer der gleiche Mist. Und das gilt für eine ganze Reihe von Positionen innerhalb der radikalen Linken, die mit großem Engagement vertreten werden. Schaut man sie sich genauer an, sind sie weder radikal noch besonders unterschiedlich und sie basieren wesentlich darauf, die eigene „Marke“ irgendwie populär zu machen; dementsprechend wird sich auch der gleichen Werbemittel und Marketingstrategien bedient, wie es für die tatsächlichen Industrieprodukte getan wird. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Das tatsächliche einende Moment der derzeitigen Linken braucht also im Grunde gar nicht groß gesucht werden: Es besteht schon in der Inhaltslosigkeit der Verpackung. Wer auf diesem Weg fortschreiten will, der sollte es einfach so machen, wie rechte Kreise es schon lange tun: Man bewirbt einfach alle rechten Produkte, egal, ob die sich ausschließen oder zusammenpassen, und Teile der radikalen Linken haben damit bereits angefangen. Auch der Text „Zeit zu handeln“ ist ein – wenn auch gutgemeinter – Versuch, dieses zu erwirken. Insofern kann man eigentlich froh sein, dass die aktuellen Versuche, eine Einheit der radikalen Linken zu erwirken, scheitern. Wer sich aber um das Wohl der Menschen in der Welt bemühen will, der muss nicht die leere Einheit linker Kräfte forcieren, sondern der muss den kritischen Gedanken voranbringen. Dass die radikale Linke sich gerade in einer desolaten Lage befindet, verweist nicht auf ihr mangelndes Marketing, sondern ihren Mangel. Und dieser Mangel ist kein Mangel ihres Engagements oder des Mangels der Sammlung guter Wünsche, sondern ein Mangel ihres Inhalts.

Überhaupt besteht ein allgemeines Missverständnis darüber, was eine gesellschaftliche Bewegung ist. Eine Bewegung, so mag es ja scheinen, das ist so etwas, wo alle die gleiche Mühe

aufhaben, wo alle einem sehr bestimmten und konkreten Inhalt zustimmen. Wenn man also denkt: „Ja ich, ich bin ein ganz radikaler Mensch, ich habe einen radikalen Inhalt, der lautet: Rassismus, Sexismus, Faschismus, Kapitalismus, Klassismus, Ableismus, Ageismus, -ismus, -ismus, -ismus sind allesamt schlecht“, was ja in linksradikalen Kreisen als zentraler Inhalt aufgeboten wird (und in der Regel nicht mehr als diese Schlagwörter), der denkt dann auch meistens dazu „Die gesellschaftliche Bewegung ist dann eine, wenn immer mehr diesen Schlagwörtern zustimmen.“ Und daraus ist dann die Konsequenz zu ziehen: „Verbreitung des Gebrauchs der Schlagwörter. Wo die Schlagwörter bedient werden, ist es gut, wo sie nicht bedient werden, ist es schlecht. Progressiv: Gebrauch der Schlagwörter, negativ: Vermeidung oder sogar Ablehnung der Schlagwörter.“ Danach wird die Welt beurteilt. Selbst die dümmsten Produkte der Unterhaltungsindustrie, deren wesentlicher Inhalt das Erzielen eines finanziellen Gewinns durch Unterhaltung eines zufriedenen und zahlungsfreudigen Publikums ist, werden danach abgeklopft, sodass in der Folge das Gucken von Serien und Kinofilmen, das Hören von Popmusik und dergleichen zur politischen Praxis wird, zur Partizipation an einer fortschrittlichen politischen Bewegung.

Wesentlich ist hierbei der Gedanke, dass eine gesellschaftliche Bewegung irgendwie erzeugt wird. Dass es also Akteure gibt, die die Gesellschaft bewegen können, in Bewegung bringen können, und wenn dies gelingt, dann haben wir die gesellschaftliche Bewegung. Das Modewort hierfür ist: Influencer und dementsprechend wollen auch die meisten radikalen Linken irgendwo im Internet als solche auftreten. Man liest: Die AfD ist erfolgreich bei TikTok, dort erreicht sie die jungen Leute. Und die Reaktion ist: Wir müssen selbst etwas bei TikTok platzieren, um die jungen Leute zu erreichen. Die Welt ist voller hohler Köpfe und die Produzenten von Inhalten sind dafür zuständig, sie zu füllen. Dementsprechend entsteht eine linke Bewegung, wenn es zum einen gelingt, ein linker Influencer zu werden und zum anderen, die hohlen Köpfe durch „Influenzen“ mit dem eigenen fortschrittlichen Inhalt zu füllen.

Daran ist nicht das Problem, dass es nicht funktionieren kann oder dass das irgendwie verwerflich wäre. Das Problem daran ist, dass es eben funktioniert und auch allgemein als nicht verwerflich

angesehen wird. Denn: Wenn sich nicht die Fähigkeit des eigenen Denkens, die Fähigkeit zur eigenen Erfahrung, zur selbst geleisteten Reflexion entwickelt, dann ist der Inhalt, der da in den Kopf hineingekommen ist, ein beliebiger. Er ist nicht abhängig von der eigenen Beschäftigung mit der Welt, sondern vom Inhalt des Medienkonsums und er wandelt sich mit diesem. Das alles ist dann aber keine progressive Bewegung zur Überwindung der falschen Gesellschaft, sondern es ist einfach nur Ausdruck der falschen Gesellschaft. Die Bewegung, die man da meint, erzeugen zu können, ist nur die Bewegung der Gesellschaft selbst in ihrem unkritischen Verlauf und Influencer und Konsumenten sind bloß deren Ausdruck.

Demgegenüber muss aber eine wirklich fortschrittliche gesellschaftliche Bewegung nicht aus der Selbstbewegung der falschen Gesellschaft resultieren, sondern aus der Kritik an dieser. Und diese Kritik kann eben kein Verkündungswissen in prophetischen Reden sein, sondern diese Kritik muss von den jeweiligen Individuen der Gesellschaft selbst vollzogen werden. Ein einfaches Nachplappern oder oberflächliches Sich-Aneignen reicht nicht. Die gesellschaftliche Bewegung hin zu einer freien Gesellschaft findet dementsprechend nicht statt, wenn alle einen bestimmten progressiven Inhalt, der verkündet wird, übernehmen, sondern dann, wenn das kritische Verhältnis zu den Verhältnissen von mehr und mehr Individuen eingenommen wird. Und zwar nicht aus Zustimmung zu diesem oder jenem Inhalt, sondern eben aus Selbstvollzug.

Die Aufgabe einer radikalen Linken kann dahingehend nur eine sein: die Gründe für die Selbstbewegung der Gesellschaft verstehen und ins Bewusstsein heben. Wir kämpfen nicht gegen die Gesellschaft, sondern um sie. Nicht nur monieren, was alles falsch ist, sondern verstehen, wieso es passiert, statt mit (immer neuen) Begriffen um sich zu werfen, müssen wir die Begriffe ihrem Gehalt nach entfalten, oder mit anderen Worten: das, was da als Bewegung kommen soll, das muss auch eine Bewegung in uns selbst sein.

## # Entwicklung statt Tabus

Der Kampf gegen den Faschismus hat sich schon immer darauf verlegen müssen, als faschistisch identifizierte Denkinhalte mit einem Tabu zu belegen. Das liegt auch daran, dass ein anderweitiges Herange-

hen schwierig ist, solange der Faschismus und seine Bedingungen nicht verstanden wurden und somit unklar ist, was denn anderweitig gegen ihn getan werden kann. Der praktische Antifaschismus hat sich aufgrund dieses gesellschaftlichen Mangels immer stark daran orientiert, dieses Tabu aufrechtzuerhalten und zu stärken, immer da, wo die Gesellschaft diesbezüglich versagte. Das Problem heute ist, dass das gesellschaftliche Tabu auf internationaler Ebene verschwindet. Der Rückhalt von auch praktischem Antifaschismus war hoch zu der Zeit, wo das gesellschaftliche Tabu allgemein anerkannt war. Aber wir können feststellen, dass es nicht mehr so ist: sogar andersherum wird praktischer Antifaschismus aktuell mit dem Tabu belegt. Das ist aber kein Mangel des Antifaschismus, sondern eine gesellschaftliche Bewegung. Wir als Antifaschist:innen haben diese aber leider „verschlafen“, so dass es aktuell das böse Erwachen gibt: überall wird praktischer Antifaschismus auf eine Weise drangsaliert, wie es den Meisten unbekannt sein dürfte. Der Umgang mit Antifaschist:innen, denen versucht wird, eine militante Praxis nachzuweisen, legt davon deutliches Zeugnis ab. Das alles, so denken nicht wenige, ist aktuell ein Marketing-Problem. Man müsse diese Form des Antifaschismus einfach besser bewerben, deren Notwendigkeit deutlicher machen und dergleichen mehr. Aber das ist eine Position, die ja beim bösen Erwachen schon wieder einschlafen will. Es ist alles KEIN Marketing-Problem, die gesellschaftliche Bewegung hin zum Faschismus findet derzeit international statt, das Tabu ist gefallen und wir sind zahlenmäßig viel zu wenige, um hier irgendwie durch geschickte PR-Tätigkeit die Trendwende hinzulegen. Vielmehr muss realisiert werden: es gab niemals ein Ende des Faschismus, sondern es gab nur ein Tabu gegenüber bestimmten Denk- und Verhaltensweisen, der Faschismus hat seit je her fortbestanden. Jetzt fällt das Tabu, der Faschismus darf sich wieder aus dem gesellschaftlichen Unbewussten und Untergründigen erheben und zeigen. Er ist schon dabei, sich zu entfalten. Die Grundlage dafür ist, dass die Menschen nicht wissen, was die Gesellschaft eigentlich ist, was der Faschismus ist und im Allgemeinen: was überhaupt los ist. Und das schließt tragischerweise weite Teile der Linken mit ein. Wenn sich etwas ändern soll, dann muss an diesem Punkt mit größtem Engagement gearbeitet werden. Sonst gehören wir als radikale Linke einfach mit

---

zu den Ahnungslosen, die im Anblick des sich ankündigenden Todes und der sich ankündigenden Vernichtung nur voller Angst und Panik kreischend im Kreis rennen können, hilflos etwas zu unternehmen und zugleich an dem eigenen Selbstbild festhalten zu wollen, handlungsfähig zu sein.

## # Praxis statt Parolen

Es ist klar, dass es ohne Praxis gar nicht gehen wird. Ohne Praxis ist irgendwann alles Nichts. Ohne sich der zerstörerischen Bewegung der Gesellschaft zu widersetzen, wird sich diese umso ungehemmter entfalten. Aber Praxis, gerade angesichts der eigenen Schwäche, braucht Überlegung, braucht Strategie, braucht eine Basis, auf der sie sich entfalten kann. Gibt es diese nicht, sind die schwindenden Kräfte schnell verbraucht. Auf keinen Fall

sollte in Erinnerung an vergangene Momente der Stärke, blind an einer Praxis festgehalten werden, die ihren gesellschaftliche Rahmen von damals nicht mehr hat. Sie hat diesen schon damals nicht erzeugt, sondern sie brauchte ihn. Aber nicht stimmungsvolle Reden oder Aufrufe bringen uns in Bewegung, sondern die Beschäftigung mit der Welt. Unsere Bewegung darf aber eben nicht Ausdruck der falschen Gesellschaft sein, sondern Ausdruck eines Kampfes um eine bessere.

Damit sind wir am Schluss, aber nicht am Ende: Auch wir wollen nicht aufgeben, auch wir sind willens zu kämpfen; auch wir wollen unseren noch ungebrochenen Mut weiterhin auf die Straße tragen; auch wir wollen den Faschisten zeigen, dass noch Menschen bereit sind, für das Leben zu kämpfen, um das bisher wir alle nur betrogen wurden.

---



## Anmerkung zu dem Kommentar von „Ostdeutsche Antifas“ zu „Zeit zu Handeln“

Die radikale Linke und ihr Wirken. Teil der Lösung oder Teil des Problems?

NRW-Antifas

Die vorausgegangenen Texte beziehen sich in gewisser Weise auf eine Analyse des IST-Zustands der Gesellschaft, in der dieser sogenannte Rechtsruck stattfindet. Zeit zu handeln, nennt Liberale und sozialdemokratische Parteien als Teil des Problems und unterstellt ihnen, die Proteste gegen die AfD zu vereinnahmen. Die ostdeutschen Antifas zeigen diese Schwachstelle in der Analyse auf. Auf diese Weise unterstellen wir den Liberalen und Sozialdemokraten ein Bewusstsein über die aktuelle gesellschaftliche Situation, das zwar in sich schlüssig klingt, doch ob dieses Bewusstsein überhaupt vorhanden ist, wird von uns an dieser Stelle in Frage gestellt. Werfen wir einen Blick auf das Bewusstsein der radikalen Linken und ihre eigene Wirkungsmacht. Dazu können wir festhalten, dass vom eigentlichen Kernproblem abgelenkt wird. Problematisch ist in diesem Fall:

1. Auf Bundesebene sind linksradikale Strukturen nicht in der Lage, derartig große, in der Gesellschaft wahrnehmbare Proteste aufzubauen.

Eine symptomatische Erscheinung der fehlenden Wirkungsmacht ist, dass bürgerliche Organisationen als Fremdkörper und/oder Gegenspieler gewertet werden.

Dabei sind „die Bürgerlichen“ oft diejenigen, mit denen das eigene Weltbild und die eigene Position nicht in Einklang zu bringen sind und bei denen Kampfformen wie Reformismus eher angesagt sind als Revolutionsromantik. Allein wenn berücksichtigt wird, wer den Text „Zeit zu handeln“ unterzeichnet hat, zeigt die inhaltliche Verrohung auf, die dringend diskutiert werden muss. Hier seien die Schlagworte Sozialfaschismus, Gelbe Gewerkschaften, bürgerlicher Feminismus, Parteijugenden, bürgerlicher Antifaschismus genannt, die in der Praxis als Abgrenzung genutzt werden, um den eigenen Standpunkt hervorzuheben und als Ausschlusskriterium für eine Zusammenarbeit genutzt werden, die den eigenen Splitterprotest legitimieren. Abgrenzung statt Diskurs, Alles selber machen, statt Hegemonie zu erkämpfen, Unbequeme Situationen aushalten oder Wohlfühlzone schaffen, in der man die Meinungshoheit behält? Das sind unserer Einschätzung nach selbstgemachte Probleme, die eine Wirkung der radikalen Linken, die theoretisch breit in das bürgerliche Milieu möglich wäre, unterbinden. Und genau da stellt sich die Frage – mit allen, die es ehrlich meinen? Aber meinen wir es eigentlich selbst ehrlich, wenn wir nicht den Ton angeben können? Ist das Bewusstsein über

die zersetzende Art der Politik, die breite Teile der radikalen Linken betreiben, eigentlich vorhanden? Ohne Gewerkschaften, bürgerliche Parteien und diejenigen, die lieber in einer kapitalistischen Demokratie mit liberaler, konservativer oder sozialdemokratischer Regierung leben als in einer kapitalistischen Demokratie unter faschistischer Herrschaft, wird der Kampf schwer. Mit Blick auf das Kräfteverhältnis werden wir das Anrollen der AfD nicht stoppen können, wenn die radikale Linke so weitermacht wie bisher. Da hilft der Text von „Zeit zu handeln“ wenig, wenn einige der Unterzeichnergruppen ein Teil des Problems sind.

## 2. These: Neoliberalismus in der radikalen Linken

Ausgehend von Karl Marx' Gedanken - „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt“, widmen wir uns dem Thema Bewusstsein in der radikalen Linken. Was ist eigentlich das Sein? Was bestimmt die aktuelle Zeitepoche, in der wir leben? Ein Niedergang der radikalen Linken ist spätestens seit der Annexion der DDR und dem Untergang der Sowjetunion zu verzeichnen. Wir sprechen hier von einem Prozess, der seit etwa 30 Jahren konstant anhält. Hat sich seitdem gesellschaftlich etwas verändert? Durchaus und zwar hat die gesellschaftliche Ideologie des Neoliberalismus, die Sozialisation und Identität von mutmaßlich 80% der Menschen, die diesen Text lesen werden, nachhaltig geprägt (Leseempfehlung: „Und ich? Identität in einer durchökonomisierten Gesellschaft“, Paul Verhaeghe). Die radikale Linke ist ein Teil dieser Gesellschaft und besonders diejenigen, die noch relativ jung in die Szene einsteigen, sind von dieser neoliberalen Identität geprägt. Dies ist jedoch kein neuer Prozess – sondern ein konstanter, seit Jahren andauernder. Wir nehmen diese Erkenntnis als einen Erklärungsansatz für Erscheinungen, die in den letzten Jahren deutlich wurden. Verstehst dies bitte als Diskussionsansatz, denn auch wir, die diesen Text schreiben, können uns davon nicht los sagen. Das eigene Handeln unter derartigen Sozialisationsprozessen spiegelt sich in der politischen Praxis der Vergangenheit wider. Es mag fremd klingen, sich selber in die Rolle des Neoliberalen zu bewegen. Wir sagen dabei aber deutlich:

Nur weil wir uns eine Selbstbezeichnung geben, legen wir internalisierte Werte und Normen nicht automatisch ab.

Exemplarisch für innere Zersetzungsprozesse in der radikalen Linken, die uns in der Form und Ausprägung in den 2000er und 2010er Jahren noch nicht bekannt waren, stehen sowohl aktuelle Debatten als auch die Ausprägung des Aktivismus.

### 2.1 Zersplitterung von zentralen Aktionstagen

Hamburg und Leipzig bleiben die Sorgenkinder und sind gleichzeitig Aushängeschilder als Hochburgen der Szene. Man beachte hier sowohl den 1. Mai als auch andere Demonstrationen.

In Hamburg kam es am 1. Mai 2024 zu drei Demonstrationen aus dem linksradikalen Spektrum. Die Autonomen aus der Roten Flora machten erneut ihre anarchistische Demonstration, das von der IL dominierte Bündnis „Wer hat, der gibt“ eine große Bündnisdemonstration und der Rote Aufbau wieder ziemlich alleine seine kommunistische Abenddemonstration. Zeitlich wäre es unmöglich gewesen, an allen Demonstrationen nacheinander teilzunehmen. Diese gespaltene Kampfkraft ist ein deutliches Zeichen für bestehende Konflikte zwischen den Spektren, die sich mehr zu einem Antagonismus entwickeln als zu einer einheitlichen Linie.

In Leipzig kommt es momentan zu zwei linksradikalen Bündnissen, die gegen das neue Versammlungsgesetz demonstrieren. 1 Bündnis von Autonomen und die Linke geprägt und 1 Bündnis aus KA, KO etc. pp.. Konfliktlinie ist hier die mutmaßliche Dominanz von K-Gruppen und Nahostpositionen, die sich ebenfalls zu einem Antagonismus entwickeln.

Als langjährige Aktivist\*innen hat unserer Auffassung nach die Absage der bundesweiten Demonstration in Eisenach das Fass zum Überlaufen gebracht und ein neues Niveau erreicht, in dem die radikale Linke ihre Handlungsfähigkeit beerdigt. Sowohl die Gründe für die Absage, das Absagen der Demonstration und die Provokation von YS sind eine Absage an Diskurs und Konfrontation, wie wir sie führen sollten. Regeln wir so etwas in Zukunft nur noch auf Twitter oder Instagram oder führen wir einen realen Konflikt auf der Straße gegen konkrete faschistische Gefahr?

Wir nehmen hier keine Wertung der Gründe vor, warum nicht zusammengear-

---

beitet wird. Wir stellen lediglich fest, dass eine Minderung der Kampfkraft kontinuierlich ansteigt, die, wie wir denken, aktuell jedoch verstärkt gebraucht wird, um überhaupt handlungsfähig auf die weiteren Entwicklungen der Faschisierung reagieren zu können. Als Ursache erkennen wir bestimmte Denkweisen an, die dem antifaschistischen Kampf mehr Schaden als Nutzen zufügen, welche sich durch das gesamte Spektrum der radikalen Linken ziehen.

## 2.2 Die K-Gruppen-Debatte

Fast tagesaktuell erscheinen Thesen über die autoritäre Linke, der mutmaßlich Einhalt geboten werden muss. Hier nachzulesen: (<http://knack.news/10134> <https://knack.news/10191>)

Dies erscheint uns in Anbetracht der aktuellen Situation mehr als fraglich. Müssen wir uns als radikale Linke damit auseinandersetzen, wie wir jetzt einzelne Spektren einsortieren und wie wir mit ihnen umgehen? Dabei knüpfen wir bei der Diskussion über „Bürgerliche“ an, die wir bereits ausführten. Die Roten bekämpfen die Bürgerlichen, die Autonomen die Roten und die Roten dann im Gegenzug wieder die Autonomen (siehe dazu Aktion Rote Flora <https://taz.de/Nahost-Konflikt-in-der-linken-Szene/!6007672/>). Das „Zeit zu handeln“, genau diese Diskussionen nicht weiter ausführt und einen konkreten Vorschlag einräumt, um von dieser Praxis wegkommen, ist inhaltlich sehr schwach und leider nicht zielführend. Die ostdeutschen Antifas beschreiben mit den immer weiteren Schaffen von -ismen genau jene Konfliktlinien, die eine Einheit mehr unterbinden als schaffen. Wie denn auch anders? Die Abgrenzung wird gezielt gesucht und in die Praxis eingebettet. Wir erinnern an dieser Stelle an die „Fehleranalyse“ der Linkspartei – Schuld am Niedergang ist Sahra Wagenknecht. Die radikale Linke bzw. das linke Spektrum in seiner Gesamtheit ist das Problem des Niedergangs, und eine flapsig formulierte Forderung der Einheit wird dies nicht ändern.

### Schlusswort:

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass die aktuelle Situation und der Zustand der radikalen Linken so bleibt, wie er derzeit ist. Wir appellieren an dieser Stelle, sich auf einen ernstge-

meinten minimalen Konsens zu verständigen, zur einheitlichen Abwehr faschistischer Gefahr. Dies ist kein Ding der Unmöglichkeit, sondern eine Frage des Willens und der eigenen Einstellung. Raus aus dem Elfenbeinturm, runter mit den eigenen Anspruch und erwartungen. Wir stellen keine große und wahrnehmbare Bewegung dar, die einen Gegenentwurf zum bestehenden System präsentieren kann. Wir haben keine Kräfte, die effektiv in Klassenkämpfe eingreifen können und schon gar keine, die diese lenken und die Führung beanspruchen können. Auch wenn wir uns das idealerweise wünschen und darauf hinarbeiten. Wir stellen eine Bewegung dar, in der sich einzelne Gruppen mit blindem Vollzeitaktivismus in Nischenthemen verrennen, die eigenen Leute in den Burnout treiben und andere Gruppen denunzieren, bis zur Handlungsunfähigkeit. Das tut weh, so zu hören. Es entspricht dennoch der Realität. Individualismus der im neoliberalismus eingepägt wurde, das Ideal „wir können das als Gruppe alles schaffen“ schafft gerade die Basis dafür, das wir unserer historischen Verantwortung als Antifaschist\*innen in einer Republik die aus dem Faschismus entstanden ist nicht gerecht werden.

**Es ist 5 nach 12! Und es ist Zeit aufzuwachen und die Hände zu reichen.**





## Anmerkung zur Anmerkung von „NRW- Antifas“

Danke an die ostdeutschen Antifas für den Aufschlag in der Debatte. In der Anmerkung wird es jedoch um die Reaktion der NRW-Antifas gehen, zeigt doch die recht schnelle Reaktion aus NRW weitere Probleme der „Zeit zu handeln“ Erklärung und der unterstützenden Gruppen auf.

1. Auf Bundesebene sind linksradikale Strukturen nicht in der Lage, derartig große, in der Gesellschaft wahrnehmbare Proteste aufzubauen

Im Intro gibt es von den Antifas aus NRW noch eine zeitliche Einordnung der „Zeit zu Handeln“ Erklärung, nämlich „um den AfD-Parteitag“ in Essen. Auffälligerweise, wird über diesen jedoch kein Wort verloren. Zwar werden viele Fragen und Konfliktlinien aufgemacht und letztendlich geschrieben „Da hilft der Text von „Zeit zu handeln“ wenig, wenn einige der Unterzeichnergruppen ein Teil des Problems sind.“, doch eine Analyse und Auswertung der Situation zu Essen, findet aus NRW nicht statt. Überhaupt findet sich auf Indymedia zu Essen (nicht im Openposting geblieben) nur ein sehr persönliches Plädoyer <https://de.indymedia.org/node/375726>. Wieso mangelt es an selbstkritischen Auswertungen? Liegt es daran, dass für das nicht Erreichen der Ziele den AfD-Parteitag zu verhindern oder effektiv zu stören, die klassischen Argumentationen wie:

- linke Grabenkämpfe, die die „Kampf-formen“ stören

- mangelnder „Klassenkampf“ und das Fehlen des richtigen „Bewusstsein“

- „Antideutsche“ nicht heran gezogen werden konnten?

Stattdessen wieder nur das Mantra: „Ohne die Polizeigewalt hätte der AfD-Parteitag nicht stattgefunden.“ (<https://www.anti-kapitalismus.org/2024/06/29/kurze-anmerkungen-zu-den-pr...>)

Die Antifas es NRW stellen fest: „Mit Blick auf das Kräfteverhältnis werden wir das Anrollen der AfD nicht stoppen können, wenn die radikale Linke so weitermacht wie bisher.“

Wieso wird dieses „Anrollen“, wie es die „Zeit zu Handeln“-Erklärung ebenfalls tut, nur mit den Landtagswahlen im Osten (Thüringen, Sachsen Brandenburg) in Verbindung gebracht? Als hätte es keine guten Wahlergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern 2023 gegeben, als wäre bei den Europawahlen in Baden-Württemberg und Bayern die AfD nicht auch zweitstärkste Kraft geworden. In Bayern haben seit 2023 die CSU, Freien Wähler und AfD zusammen 67,4%, was wir jedoch bisher nicht von den westdeutschen Antifas in Erklärung

gen wie bei der „Zeit zu Handeln“ dazu gelesen haben:

„Wir werden deshalb die Wahlsiege der Faschist:innen im September nicht unwidersprochen hinnehmen. Wir werden den Wahlkampf der AfD und ihre Wahlpartys stören, Proteste gegen das Erstarken der Rechten organisieren und den Faschist:innen im Osten nicht die Straße überlassen. Wir rufen bundesweit alle Antifaschist:innen auf, sich lokal wie überregional an den Protesten gegen die Wahlerfolge der AfD zu beteiligen und diese zu organisieren.“

Wieso finden sich bei der „Zeit zu Handeln“-Erklärung zu den Landtagswahlen im Osten im September keine Gruppen aus Sachsen, Thüringen und Brandenburg? (Verwirrung gab es um eine Gruppe aus Leipzig, die jetzt wieder verschwunden ist) Ist das immer noch „die Crux mit den Ossid“ (<https://www.inventati.org/leipzig/?p=2791>), wie aus der Zeit der gescheiterten „Wohlfahrtsausschüssen“ aus den 90er Jahren? Eigentlich sollte es gar nicht so schwierig sein, Kontakt zu erhalten oder liegt es doch daran, dass die Perspektive ostdeutscher Antifas nicht in die eigenen Schablonen passt: <https://unrast-verlag.b-cdn.net/wp-content/uploads/downloads/897717244-Antifa-Kalender-2024-Leseprobe.pdf>

In der „Zeit zu Handeln“-Erklärung findet sich nicht ein einziger Aspekt, auch sich unterscheidenden Betrachtungen von Antifas aus dem Osten wieder. Ob es eine über Generationen weitergegebene Überheblichkeit und Arroganz den „Ossid“ gegenüber ist oder bloßes Desinteresse brauchbarer und notwendiger Analysen der extremen Rechten aus der ehemaligen Zone ([https://www.inventati.org/leipzig/?page\\_id=2663](https://www.inventati.org/leipzig/?page_id=2663)), vermögen nur die bisher 17 unterzeichnenden Zusammenhänge beantworten zu können.

## 2.1 Zersplitterung von zentralen Aktionstagen

Zu den „Sorgenkindern“, fangen wir mit dem 1. Mai an und lassen das aus NRW vergessene „Sorgenkind“ Berlin aus dem Jahr 2007 antworten (Triggerwarnung, Antideutsche der TOP Berlin aus UG): 1. Wäre er es nicht schon, man müsste den 1. Mai in Berlin für tot erklären. Zugrunde gegangen zwischen Revolutionssimulation und Maibaumsause, protektionistischer Standortdemo und infantiler Regression, Myfest-Bespaßung und Arbeitsfetischismus. Erstickt nicht etwa an Passivität, sondern an Pseudoaktivität. Deshalb wäre der erste kritische Schritt die Weigerung am Teilnehmen. Nicht etwa, um mit dem Schweinesystem seinen Frie-

den zu schließen, sondern gerade um den Wahrheitsgehalt seiner Utopie zu retten, gilt es den 1. Mai als ritualisiertes Spektakel zu beerdigen um sein kritisches Potential wiederzubeleben. Schon der Form halber rufen wir deshalb dazu auf, bereits am 30. April der Notwendigkeit zur radikalen Veränderung des schlechten Bestehenden einen Ausdruck zu verleihen. Wir tun dies, nicht weil der 30. April ein besserer Tag ist, sondern weil die Überwindung des Kapitalismus viel zu wichtig ist, als das sie symbolisch auf den 1. Mai beschränkt bleiben darf... Betrachtet man Staat und Kapital materialistisch, ist weniger die Frage entscheidend, wer von beiden »Arsch« und wer »-Loch« ist. Wichtiger ist die Einsicht, dass der kapitalistische Gesamtzusammenhang auch in Zukunft als Garant für das Hervorbringen von Scheiße zu gelten hat. Das Ganze ist das Falsche. Deshalb muss in letzter Konsequenz auch die Forderung nach einer »Repolitisierung« des 1. Mai radikal zurückgewiesen werden. Es ist der Aufruf, sich an die Regeln des Spiels zu halten. Was das Schweinesystem verdient ist nicht den Dialog, sondern ein unmissverständliches: Fuck You! Wir wollen keine Verbesserungsvorschläge machen, sondern den engen Korridor der Verbesserungsmöglichkeiten im Bestehenden bis auf seine Grundmauern niederreißen. Seien wir im aufgeklärtesten Sinne destruktiv. Denn es geht um nichts weniger, als die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Einrichtung der Gesellschaft nach humanen Zwecken. ([https://web.archive.org/web/20070721170419/http://top-berlin.net/?page\\_id=...](https://web.archive.org/web/20070721170419/http://top-berlin.net/?page_id=...))

Die Aussage über Leipzig ist falsch, handelt es sich weder „um zwei linksradikale Bündnisse“ noch um eine „mutmaßliche Dominanz von K-Gruppen und Nahostpositionen“, wie hier zu erfahren wäre (im Openposting verblieben): <https://de.indymedia.org/node/377966>

Zum Thema Eisenach, ist es beachtlich, dass die „langjährigen Aktivist\*innen aus NRW“ wohl vergessen haben oder es nicht mitbekommen haben, dass 2019 eine bundesweite Antifa-Demo ohne Instrumentalisierung von ML-Gruppen ausgekommen ist (<https://irgendwoindeutschland.org/pressemitteilung-ein-anderes-eisenach-ist-moglich/>). Im Gegenteil, die MLPD-Sekte sogar eine Gegenkundgebung gegen die Antifa-Demo veranstaltete und schon länger gegen den Thüringer Ratschlag hetzt (<https://ratschlag-thueringen.de/>).

Wir nehmen hier keine Wertung der Gründe vor, warum nicht zusammengearbeitet wird. Wir stellen lediglich fest,

dass eine Minderung der Kampfkraft kontinuierlich ansteigt, die, wie wir denken, aktuell jedoch verstärkt gebraucht wird, um überhaupt handlungsfähig auf die weiteren Entwicklungen der Faschisierung reagieren zu können.

Als ostdeutsche Antifas wissen wir sehr wohl, dass diese erklärte „Kampfkraft“ nicht von der Beteiligung von YS oder irgendwelcher ML-Sekten und K-Gruppen abhängt. Wir nehmen uns das Recht einer „Wertung“ vor. Weil wir aus unseren Familien-Geschichten die Bedeutung von Stasi, Knast, Jugendwerkhof, Venerologische Stationen... kurzum, des real existierenden Sozialismus in der DDR kennen. Mag die Auseinandersetzung im Westen um die Siegerjustiz-Ausgabe der RHZ im Osten (<https://rotehilfedresden.noblogs.org/post/2020/10/12/ausfuehrliches-statement-zum-schwerpunkt-der-rhz-42016/> / <https://ea-dresden.site36.net/veranstaltungen/siegerjustiz/debattenbeitraege/>) nicht beachtet worden sein, für die radikale Linke, gerade für die älteren Antifaschist\*innen, war und ist es von Bedeutung.

Vielleicht spielt es für eine westdeutsche Linke keine Rolle, welche Inhalte und Werte Personen oder Gruppen auf einer Demo vertreten. Wer keine Ahnung davon hat, was es bedeutet(e) als Antifas im Osten aufgewachsen und aktiv (gewesen) zu sein, sollte sich die Anmerkungen, wie aus NRW verkneifen. Wer Christine Ostrowski nicht kennt, braucht auch nicht von Sahra Wagenknecht schreiben.

Wir appellieren an dieser Stelle, sich auf einen ernstgemeinten minimalen Konsens zu verständigen, zur einheitlichen Abwehr faschistischer Gefahr. Dies ist kein Ding der Unmöglichkeit, sondern eine Frage des Willens und der eigenen Einstellung. Raus aus dem Elfenbeinturm, runter mit den eigenen Anspruch und erwartungen.

Die Wahrheit ist, im Osten haben wir gar keinen „Anspruch“ oder „Erwartun-

gen“ an eine westdeutsche Antifa. Antifaschistischer Selbstschutz musste hier schon immer eigenständig realisiert werden (die solidarischen Antifas aus dem Westen, die in den vergangenen Jahrzehnten dem Weg in den Osten gefunden haben und den Menschen auf Augenhöhe begegneten, sind hier explizit ausgenommen). Brauchbare Strategien und Konzepte zum Umgang mit der AfD sind auch nicht wahrnehmbar, wie der Parteitag in Essen oder die Ergebnisse in Hessen und Bayern 2023 zeigen.

Richtig ist, dass die Repression, gerade beim „Sorgenkind“ Leipzig in den letzten Jahren zugenommen hat, aber nicht wie alea meint „die Gesellschaft dabei ist, in eine krisenhafte Phase einzutreten“ (<https://knack.news/9898>), sondern weil sich eine antifaschistische Bewegung im Osten, gerade in Leipzig, an „Lieber militante Experimente als rassistische Katastrophen“ orientierte (<https://www.inventati.org/leipzig/?p=3289>), dafür mit massiver Repression überzogen wird und mit dem Neonazi-Angriff 2016 in Connewitz bedacht wurde. Deren juristische Folgen im Bewusstsein einer westdeutschen Linken, ebenfalls nicht auftaucht: <https://www.inventati.org/leipzig/?p=5364>. Auch auf diese Rechnung (<https://knack.news/4956>), blieben autonome militante Antifas größtenteils sitzen.

Aber immerhin wird ein westdeutsches Bündnis von Antifagruppen am 1. September sich an „Protesten gegen die Wahlerfolge der AfD beteiligen und diese organisieren“, zwar ohne irgendeine Perspektive von Antifas in Ostdeutschland zu vertreten oder sich mit dieser zu beschäftigen, aber die „Kampfkraft“ und „Geschlossenheit der Reihen“, bspw. in Stuttgart, wird den Antifas im Osten zeigen, wie die „Bewegung“ in Bautzen zu machen ist.



## Eine marxistische Verteidigung des „Aufrufs“

Verteidigung des „Zeit zu handeln“ Aufrufs; Kritik der „ostdeutschen Antifas“; und Versuch, die Debatte auf ein höheres Niveau zu heben.

Josephine Babeuf

Der folgende Text ist ein Beitrag zur Debatte, die rund um den Aufruf „Zeit zu handeln“ entstanden ist. Ziel ist es, den ursprünglichen Aufruf aus einer marxistischen Perspektive gegen die fehlerhafte Kritik der „ostdeutschen Antifas“ zu verteidigen. Weil es jedoch stimmt, dass der Aufruf an entscheidenden Stellen nur bei Andeutungen stehen bleibt, ist der folgende Text zweigeteilt: Im ersten Teil wird gezeigt, dass die Kritik der „ostdeutschen Antifas“ haltlos ist und auf einem falschen Verständnis beruht. Der zweite Teil besteht aus kurzen Darstellungen zu vier Themen – Klassen; Klassenbewusstsein; aktuelle historische Situation; bröckelnder Herrschaftskonsens - die für die Debatte von Relevanz sind und die Kritik aus dem ersten Teil untermauern. Zum Schluss finden sich ein paar zustimmende Worte zu der Kritik der „ostdeutschen Antifas“ an der radikalen Linken.

### Teil 1: Die Fehler der „Ostdeutschen Antifas“

Die AutorInnen versuchen damit zu beginnen, die Position des „Zeit zu handeln“ Aufrufs wiederzugeben, doch dabei kommt es zu einer Reihe schwerer Fehler, die schlussendlich dazu führen, dass die AutorInnen den Aufruf nichtmehr verstehen und meinen, in ihm Widersprüche ge-

funden zu haben. So schreiben sie:

- „Die Herrschenden führen einen Klassenkampf nach unten, weil es eine Krise im Kapitalismus gibt.“

Schon hier liegt der erste Fehler: Der Klassenkampf wird nicht wegen der Krise, sondern in der Krise geführt. Die bloße Existenz der Klassen bedeutet, dass es Klassenkampf geben muss, weil die Bourgeoisie nicht friedlich neben dem Proletariat lebt, sondern parasitär von der Arbeit der ArbeiterInnen. In der Krise nimmt der Klassenkampf zwar an Intensität zu, aber er wird niemals wegen der Krise geführt. Der ursprüngliche Aufruf behauptet nicht, was die AutorInnen hier schreiben, es wird lediglich festgestellt, dass die ergriffenen Maßnahmen Teil des „Klassenkampfes von oben“ sind. Diese Ungenauigkeit ist jedoch erst der Anfang:

- „Um den Klassenkampf nach unten zu vertuschen, bedienen sie [die Herrschenden] sich des rassistische Hetze. Um dabei nicht das Gesicht zu verlieren, bedienen sie sich der AfD. So weit, so klassenkämpferisch – ganz schön trickreich von den Herrschenden. [...] Wenn wir jetzt einmal so frei sind, die Herrschenden durch die Kapitalisten zu ersetzen, denn wenn es einen Klassenkampf von oben gibt, wer soll es sonst sein, dann könnten wir es

auch auf die alte Parole runterbrechen: Hinter dem Faschismus steht das Kapital.“ Die „ostdeutschen Antifas“ begehen hier zwei schwerwiegende Fehler:

1. „Die Herrschenden“, ein Begriff, der im gesamten Aufruf nur einmal vorkommt, wird hier ohne Weiteres mit „die Kapitalisten“ gleichgesetzt. Das wechselseitige, bzw. dialektische Verhältnis von politischer und ökonomischer Herrschaft wird einfach plattgebügelt, was bleibt sind „die Kapitalisten“ als einzig Herrschende. Zwar ist die Bourgeoisie, wie unten ausgeführt wird, die herrschende Klasse, aber der Staat als Instrument ihrer Klassenherrschaft ist eben nicht mit ihr als Klasse identisch. Anders als z.B. in den antiken Stadtstaaten bestehen Militär, Verwaltung, Gerichtswesen und selbst viele Regierungen nicht aus Angehörigen der herrschenden Klasse, sondern aus dem Kleinbürgertum. Das bedeutet nicht, dass der bürgerliche Staat nicht der Staat der KapitalistInnen ist, sondern im Gegenteil, dass der Staat umso allgemeiner den Kapitalgesetzen unterworfen ist. Es sind KleinbürgerInnen, die im Dienste der gesamten Klasse der KapitalistInnen ihren Klassenstaat bilden.

2. Es wird behauptet, die Bourgeoisie würde nach eigener Analyse reaktionäre Positionen bewusst verbreiten, um ihre Position zu stärken (bewusst im unten ausgeführten Sinn, als letztendlich Klassenbewusst). Nicht nur, dass diese Position dadurch ad absurdum geführt wird, dass der Staat wie gesagt größtenteils nicht aus Bourgeois besteht, als herrschende Klasse ist die Bourgeoisie, wie unten ausgeführt wird, überhaupt nicht bewusstseinsfähig. Trotzdem setzen die AutorInnen sie als bewusst handelndes Subjekt hinter den Rechtsruck.

Der „Zeit zu handeln“ Aufruf vertritt diese Position nicht, dort heißt es lediglich:

- „Flankiert und verschleiert wird der Klassenkampf von oben durch immer neue rassistische, antifeministische und chauvinistische Debatten.“ Und

- „Um den Status Quo für die Herrschenden zu erhalten werden großflächig soziale Errungenschaften abgebaut, die Reallöhne gedrückt, Klimaschutzvereinbarungen missachtet, der Polizei immer mehr Möglichkeiten zur Gängelung und Überwachung an die Hand gegeben.“

Dabei handelt es sich um Tatsachen-

beschreibungen. An keiner Stelle wurden „die Herrschenden“, bzw. die Bourgeoisie auch nur grammatikalisch als Subjekt gesetzt. Dabei handelt es sich um eine Eigenleistung der „ostdeutschen Antifas“.

Um die marxistische Position nicht falsch zu verstehen: Die Tatsache, dass die Bourgeoisie keine bewusstseinsfähige Klasse ist, bedeutet nicht, dass sie nicht handeln kann. Sie handelt jeden

Tag, aber sie ist nicht fähig, vernünftig zu handeln. Ihr Handeln unterliegt „spontanen“ Bewegungen, die ihre Ursache nicht in der Einsicht in die Wahrheit haben. Will man die Handlungen der herrschenden Klasse verstehen, muss man deshalb ihre objektive Lage analysieren und kann den Grund nicht in ihren geistigen Werken finden.

Mit diesem Wissen entpuppen sich die von den „ostdeutschen Antifas“ festgestellten „unlösbaren Widersprüche“ nur als eine unklare Analyse. So wundern sie sich:

- „Was heißt hier Wind aus den Segeln nehmen? Schließlich wurde gerade doch noch gesagt, dass das alles Absicht ist? Wer also sollte nun der AfD den Wind aus den Segeln nehmen wollen?“

Ebenso verhält es sich mit dem zweiten „Widerspruch“: Die „ostdeutschen Antifas“ wundern sich, dass die liberalen und sozialdemokratischen Parteien bei ihrem „Kampf gegen rechts“ nichts von den Ursachen des Rechtsrucks wissen wollen, weil sie auch hier fälschlicherweise annehmen, der Rechtsruck und der Aufstieg der AfD sei ein bewusst herbeigeführter Prozess, um vom Klassenkampf abzulenken. Da das Kleinbürgertum ebenfalls keine bewusstseinsfähige Klasse ist, verstehen auch die größtenteils kleinbürgerlichen PolitikerInnen die Grundlagen unserer Gesellschaft nicht. Ihre Klassenlage verhindert es, dass sie selbst einfache Dinge, wie die Tatsache, dass die Gesellschaft in Klassen geteilt ist, nicht erfassen können. Ironischerweise sogar, obwohl die Klassentheorie ursprünglich nicht von SozialistInnen, sondern von bürgerlichen Theoretikern wie Adam Smith und David Ricardo entwickelt wurde.

Die „ostdeutschen Antifas“ haben gezeigt, dass sie die Parole „Hinter dem Faschismus steht das Kapital“ von vorne bis hinten nicht verstehen. Sie drückt aus, dass der Faschismus nur dann zur Herrschaft kommen kann, wenn er mit dem Klasseninteresse der Bourgeoisie übereinstimmt. So konnte der NS in Deutsch-

---

land nur an die Macht gelangen, weil er 1) den verschiedenen Kapitalfraktionen einen Ausweg aus der Sackgasse der desaströsen Weltwirtschaftskrise bot, indem er militärisch die Märkte eroberte, die dem geschwächten deutschen Kapital durch Zölle versperrt waren, und 2) weil er in der Lage war, die ArbeiterInnenbewegung terroristisch zu unterwerfen und so die Gefahr einer kommunistischen Revolution abzuwehren. Es ist es weder nötig noch möglich, dass die Bourgeoisie den Faschismus bewusst hervorbringt. Die Parole wird dem dadurch gerecht, indem gesagt wird, dass hinter dem Faschismus „das Kapital“ und nicht „die KapitalistInnen“ stehen – ein irrelevanter Unterschied, wenn man versteht, dass KapitalistInnen als personalisiertes Kapital herrschen, doch diese Formulierung macht es bei genauem Lesen unmöglich, ein (klassen-)bewusst handelndes Subjekt anzunehmen.

Was von der Kritik der „ostdeutschen Antifas“ übrigbleibt, ist neben ungenauem Lesen ein Missverständnis der marxistischen Gesellschafts- und Faschismusanalyse: Sie gehen davon aus, dass jede Klasse eine bewusste Klasse ist, ohne zu überprüfen, was die Bedingungen dafür sind, dass Klassenbewusstsein entstehen kann. Bei den von ihnen gefundenen Unstimmigkeiten handelt es sich nur um scheinbare Widersprüche, die sie durch ihre Fehler selbst hervorgebracht haben. Wenn man Adornos Positionen vertritt, sollte man eigentlich nicht hinter Lukács Erkenntnisse zurückfallen, sonst ist die eigene Position als halbe Wahrheit schon die ganze Unwahrheit.

## Teil 2: Die Marxistische Theorie

Um einige der im ersten Teil nur kurz hervorgebrachten Argumente zu untermauern und um etwas größere Klarheit über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zu schaffen, folgt eine kurze Darstellung, was Klassen sind, was Klassenbewusstsein meint, in welcher historischen Situation wir uns befinden und welche Rolle die AfD im bröckelnden Herrschaftskonsens einnimmt.

### Was sind Klassen?

Klassen werden dadurch bestimmt, in welchem Verhältnis eine Person zur Produktion steht. Eine Klasse ist keine gesellschaftliche Schicht, die sich z.B. durch eigene Subkultur oder eigenen Kleidungsstil auszeichnet. Der „ty-

pische“, weiße Mechaniker, der bei VW arbeitet, ist nicht Proletarier, weil er Blaumann trägt und nach der Arbeit in der Kneipe sein Bier trinkt, sondern weil ihm VW nicht gehört und er dort für Lohn arbeiten muss. Historisch gab es viele verschiedene Klassen, SklavInnen und Sklavenbesitzer, Leibeigene und adlige Grundherren, usw., doch im Kapitalismus gibt es nur zwei, bzw. 2,5 relevante Klassen: Das Proletariat, die Klasse der Lohnabhängigen, die „ArbeiterInnenklasse“, und die Bourgeoisie, die Klasse der KapitalistInnen, die von ihrem Besitz leben. Die 2,5. und „halbe Klasse“ ist das Kleinbürgertum, Personen, die zwar über ihre eigenen Produktionsmittel verfügen, die aber nicht allein von der Arbeit anderer leben können und die deshalb selber arbeiten müssen.

Proletariat und Bourgeoisie existieren nicht unberührt nebeneinander, sondern die Bourgeoisie lebt parasitär von der Arbeit des Proletariats. Die herrschende Bourgeoisie beutet marxistisch gesprochen das Proletariat aus. Ausbeutung ist hier nicht ein schlechter Lohn oder schlechte Arbeitsbedingungen, wie Bürgerliche es verstehen, sondern Ausbeutung liegt bereits im Lohnverhältnis selber. Das liegt daran, dass, wenn für Lohn gearbeitet wird, es auch KapitalistInnen geben muss, die diesen Lohn auszahlen, und weil immer mehr erarbeitet wird, als Lohn gezahlt wird (wer das Kapital mehr kostet als einbringt, wird schnell entlassen), leben die KapitalistInnen immer parasitär von denen, die sie anstellen.

Im Unterschied zu allen bisherigen Klassenverhältnissen handelt es sich bei der Herrschaft der Bourgeoisie um keine „persönliche“, sondern eine „abstrakte“ Herrschaft: Während z.B. in der Antike eine Sklavin direkt von ihrem Sklavenbesitzer besessen und beherrscht wurde, werden ProletarierInnen nur durchs Kapital von „ihren“ Bourgeois beherrscht. So kann ein Chef den Angestellten auf der Arbeit sagen, was sie in einem gesetzlichen Rahmen wie zu machen haben, doch nach der Arbeit hört diese direkte Macht auf. Zusätzlich steht es den ArbeiterInnen zu, den Bourgeois zu wechseln und sich dieser einen direkten Macht zu entziehen. Eine antike Sklavin jedoch stand permanent unter der Kontrolle des Herrn und konnte dieser auch nicht durch ein selbst gewählten Herrenwechsel entkommen. Dieser Punkt ist enorm wichtig, denn er bedeutet, dass KapitalistInnen nur als personifiziertes Kapital herrschen können: Bourgeoisie und Prole-

tariat bleiben „Herr und Knecht“, aber die einzelnen KapitalistInnen verliert ihren „freien Willen“ als HerrInnen und unterliegt vollkommen den Gesetzen des Kapitals.

## Klassenbewusstsein

Obwohl der Marxismus eine materialistische Philosophie ist, spielt das Bewusstsein eine entscheidende Rolle. Bewusstsein meint dabei nicht nur, etwas nicht „unbewusst“, nicht „auf Autopilot“ zu machen, sondern vielmehr die eigene Umwelt verstehen und sich in der Gesellschaft verorten können. In einer Klassengesellschaft heißt das: Sich der eigenen Stellung im Produktionsprozess bewusst zu werden und Klassenbewusstsein entwickeln. Klassenbewusstsein ist also nicht etwa das, was z.B. ein durchschnittlicher Proletarier denkt, und auch nicht das, was alle ProletarierInnen gemeinsam denken. Klassenbewusstsein ist das, was eine Proletarierin denken würde, wenn sie den ganzen Aufbau der Gesellschaft verstehen würde und sich als Proletarierin ihrer eigenen Interessen bewusst wäre.

Damit wird klar, dass Klassenbewusstsein nicht per se mit den Klassen entsteht. Um zum Bewusstsein zu gelangen, sind gewisse Voraussetzungen nötig, denn erst von einer bestimmten Stellung aus kann das Ganze überhaupt erkannt und akzeptiert werden. Somit ist auch nicht jede Klasse bewusstseinsfähig. Ein leibeigener Bauer lebte zu isoliert und von Bildung zu sehr abgeschnitten, als dass er die gesamte Gesellschaft und seine Rolle darin hätte verstehen können – seine Klassenlage versperrte ihm diese Einsicht und machte Klassenbewusstsein unmöglich.

Die Bourgeoisie war vor ihrer Herrschaft bewusstseinsfähig, so z.B. in der französischen Revolution, aber ist es nichtmehr. Das liegt daran, dass ihr Klassenbewusstsein seit dem Beginn ihrer Herrschaft in Konflikt mit ihrem Klasseninteresse getreten ist (was das konkret bedeutet kann hier nicht ausgeführt werden, ist aber u.a. im Essay „Klassenbewusstsein“ in „Geschichte und Klassenbewusstsein“ von Georg Lukács zu lesen). Zwar können einzelne KapitalistInnen sich trotzdem der Lage bewusst und MarxistInnen werden, doch dann nehmen sie den Standpunkt des Proletariats ein, als Klasse aber ist die Bourgeoisie bewusstseinsunfähig. Ein Ausdruck davon ist, dass die KapitalistInnen und

bürgerliche Ökonomen ihr eigenes System nichtmehr verstehen, so z.B. Christian Lindner und die FDP, wenn sie dogmatisch an der Schuldenbremse festhalten und dem deutschen Kapital damit massiv schaden. Die Bourgeoisie unterliegt damit für sie „spontanen“ Bewegungen, über die sie nie wieder Kontrolle erlangen kann, sie ist dazu verdammt, bis zu ihrem Sturz in der Bewusstlosigkeit zu taumeln.

Nur das Proletariat ist heute bewusstseinsfähig, und gleichzeitig auch die einzige Klasse, die in der Lage ist, den Kapitalismus zu überwinden. Wenn alle ProletarierInnen klassenbewusst wären, könnte das Proletariat jederzeit die Macht übernehmen und heute schon den Kommunismus einführen. Damit ist der Kampf um das Klassenbewusstsein der entscheidende Kampf, den es zu führen gilt. Heute sind wir davon leider noch weit entfernt, klassenbewusste Positionen sind im Proletariat wenig verbreitet – und das findet seinen Ausdruck auch im Aufstieg der AfD.

## Aktuelle historische Situation

Die historische Epoche, in der sich der westliche Kapitalismus befindet, lässt sich am treffendsten als Staatsmonopolkapitalismus beschreiben. Der Wettbewerb vieler kleinerer Unternehmen hat sich zu einer vom Staat unterstützten und ergänzten ökonomischen Herrschaft der Monopole entwickelt. Dieser Prozess ist sowohl unumkehrbar, als auch notwendig zur Vorbereitung des Kommunismus.

Auch in seiner aktuellen Epoche gibt es keinen stabilen Kapitalismus, weil der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen immer zu Überproduktionskrisen führen muss. Trotzdem sind lange Phasen des Aufschwungs möglich, von denen es im Westen bisher nur zwei gab - Mitte der 1890er bis 1914, und der „Nachkriegsboom“ von 1945 bis 1973. Das Ausmaß des Nachkriegsbooms ist heute schwer vorstellbar, von 1950 bis 1960 hatte sich das Bruttosozialprodukt verdreifacht (heute sind 2% BIP Wachstum ein gutes Jahr) und von 1950 bis 1970 verdoppelten sich fast alle 10 Jahre das Realeinkommen der Massen\*). Spätestens seit der Ölkrise 1973 ist diese Epoche vorbei, der Kapitalismus ist wieder zum gewohnten Modus übergegangen, Krise folgt auf Krise (auf die Gründe dafür kann hier nicht genauer eingegangen werden, aber neben dem abgeschlossenen Wiederaufbau gab es allgemein eine tiefgreifende

Umstrukturierungen der gesamten Öko-

---

nomie).

Mittlerweile sind auch die neu entstandenen Märkte in den ehemals sozialistischen Ländern unter den Imperialistischen Ländern aufgeteilt, und mit China gibt es auf der Weltbühne eine aufstrebende Imperialmacht, die das westliche Kapital immer mehr bedroht. Einen guten Ausweg aus alledem ist für den Kapitalismus nicht zu erkennen, ohne eine sozialistische Revolution wird der Kapitalismus so reagieren, wie er in seiner Geschichte immer getan hat: mit einem neuen großen Krieg, der das Problem für das eigene nationale Kapital so lange löst, bis die inneren Widersprüche wieder hervortreten und zur nächsten Katastrophe führen.

[\*Dilger, Frevert, Günther-Arndt, Hofacker, Hoffmann, Ma-neval, Zwölfer u. a.: Kursbuch Geschichte – Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. 2003, S. 381]

## Bröckelnder Konsens und die AfD

Bekanntlich lässt sich keine Herrschaft ausschließlich auf Gewalt bauen. So müssen im Westen die wenigen Prozent Bourgeois das 85-90% der Gesellschaft umfassende Proletariat durch einen Herrschaftskonsens vom Widerstand abbringen. Der Nachkriegsboom hat die materielle Grundlage dafür geliefert, einen solchen umfassenden Konsens zu schaffen. Wenn die Masse der Lohnabhängigen davon ausgehen kann, dass sich jedes Jahr der eigene Lebensstandard spürbar erhöht, werden diese Massen aus ihrem unmittelbaren Interesse nicht zu revolutionären Positionen kommen, und nur Menschen mit genügend historischer Weitsicht werden zu RevolutionärInnen.

Mit dem Ende des Wirtschaftsbooms bröckelt dieser erkaufte Konsens jedoch an allen Ecken und Enden. Ohne die materielle Grundlage, die der Kapitalismus nie auf Dauer produzieren kann, können weniger Menschen reformistisch in der Staat und die bürgerliche Zivilgesellschaft eingebunden werden. Am weitesten entwickelt ist dieser Prozess vermutlich in Frankreich, doch auch für Deutschland gibt es Umfragen, in denen die absolute Mehrheit angibt, mit der BRD nicht mehr zufrieden zu sein. In einer solchen Situation ist der Staat gezwungen, den weggebrochenen Konsens durch Repression und Gewalt zu ersetzen – eine Entwicklung, die wir in allen westlichen Staaten beobachten können.

Es gibt keinen Automatismus, der daraus zu revolutionärem Klassenbewusstsein führt, aber diese Situation ist die Grundlage dafür, dass revolutionäre Positionen und Organisierung im Pro-

letariat massenanklang finden können. Wenn diese Gelegenheit von KommunistInnen nicht genutzt wird, findet die Wut über die Zustände ihren Ausdruck in einem verwirrten „Widerstand“ gegen das falsch verstandene „System“, der auch reaktionäre Formen annehmen kann. In Deutschland führt die fehlende Stärke der (revolutionären) ArbeiterInnenbewegung dazu, dass „das System“ rein politisch und nicht primär ökonomisch aufgefasst wird, was es der AfD überhaupt erst ermöglicht, sich als Fundamentalopposition zu vermarkten. Im unbewussten Proletariat erfüllt die AfD damit die Funktion, den Wunsch nach Widerstand in für den Kapitalismus ungefährliche Bahnen zu lenken.

Damit ist das Phänomen AfD noch nicht ausreichend analysiert, das kann hier nicht geleistet werden. Es ist noch anzumerken, dass die AfD, wie jede Partei, immer eine bestimmte Fraktion der Bourgeoisie vertritt, die gegen andere Kapitalfraktionen um ihre Interessen kämpft. Das ist der Grund dafür, dass sich die überwiegende Mehrheit der dominierenden Großkonzerne gegen den Aufstieg der AfD stellt. Prorussische Positionen und ein Rassismus, der so wild um sich

greift, dass ausländische Fachkräfte nicht mehr nach Deutschland kommen wollen, liegen nicht in deren Interesse. Die CDU ist damit eine bessere Alternative, mit Merz gibt es Sozialkürzungen, Steuererleichterungen und Aufrüstung, ohne die „guten“, verwertbaren MigrantInnen zu verschrecken oder die imperialen Interessen in der Ukraine aufzugeben. Das bedeutet nicht, dass diese Kapitalfraktionen und ihre Vertretungen konsequente AntifaschistInnen sind, historisch haben sich die verschiedensten Teile der Bourgeoisie als flexibel in Bezug auf den Faschismus gezeigt, doch es ist eine Tatsache, dass sie aktuell am Erfolg der AfD objektiv kein Interesse haben.

## Teil 3: Abschließendes zur Lage der radikalen Linken

Zum Schluss ein paar zustimmende Worte: Die „ostdeutschen Antifas“ haben durchaus Recht, wenn sie schreiben

- „Praxis, gerade angesichts der eigenen Schwäche, braucht Überlegung, braucht Strategie, braucht eine Basis, auf der sie sich entfalten kann. Gibt es diese nicht, sind die schwindenden Kräfte schnell verbraucht.“



---

Die „radikale Linke“ besitzt als Ganzes aktuell weder Strategie, noch die notwendige organisatorische Basis. Weite Teile sind nicht einmal theoretisch, geschweige denn praktisch, in der Lage, die Probleme an der Wurzel anzugehen – womit sie die Bezeichnung „radikal“ streng genommen nicht verdienen. Vielmehr geht es, wie die „ostdeutschen Antifas“ treffend festgestellt haben, nur um eine radikalistische Verpackung, der Inhalt wird beliebig, Hauptsache gegen das System, das man nicht versteht.

Der zweite Teil des Debattenbeitrags ist der Versuch, gegen zumindest ein Teil des theoretischen Defizits anzukämpfen. Der beschränkte Rahmen macht es

leider notwendig, dass große Teile der marxistischen Theorie unter den Tisch fallen. Deshalb endet dieser Text mit dem Apell, sich den eigenen Blick nicht verengen zu lassen: Die kommunistische Bewegung besitzt einen über 200 Jahre reichen Erfahrungsschatz aus Theorie und praktischen Emanzipationskämpfen, fallen wir nicht hinter die Erkenntnisse unserer GenossInnen zurück, sondern lernen wir von Ihnen und heben wir die kommunistische Theorie und Praxis auf die Höhe unserer Zeit! Nur mit diesem Bewusstsein gelingt es uns, aus der Irrelevanz zu entkommen!



## Fröhlich in den Untergang

Antwort auf Josèphine Babeufs Verteidigung des Aufrufs „Zeit zu handeln“ Kürzlich verfassten wir einen Text, der sich kritisch mit dem Aufruf „Zeit zu handeln“ auseinandersetzte.

Antifas aus Ostdeutschland

Darin kritisierten wir die inhaltliche Ungenauigkeit des Aufrufes sowie den Aufruf selbst, der mit den üblichen Appellen, wie sie zu allen Zeiten aus der radikalen Linken kommen, aufwartete, und dabei deren Bedeutungslosigkeit durch Dringlichkeit und Drastik wettzumachen suchte. Nur am Rande thematisierten wir, dass der Aufruf auch etwas Vermessenes hatte darin, dass hier westdeutsche Antifas ohne Beteiligung einer ostdeutschen Antifagruppe einen Aufruf starteten, sich in Ostdeutschland dem Erstarren rechter Kräfte entgegenzustellen. Das Befremdliche daran wurde von „anderen Ostdeutschen Antifas“ noch einmal deutlich herausgearbeitet, die dabei noch zurückhaltender blieben, als sie hätten sein können, findet hier doch seit jeher alle linke Politik nur im Konflikt mit rechten und faschistischen Kräften statt, insbesondere abseits der „größeren“ Städte, wie etwa Leipzig, Dresden, Magdeburg, Jena und Erfurt. Und auch in Bezug auf diese muss gesagt werden, dass hier die Erfolge im Zurückdrängen faschistischer Kräfte im begrenzten Rahmen bleiben und sich zum Teil auf bloß temporäre Erfolge und „Szeneviertel“ beschränken. Gleichwohl lässt sich festhalten, dass sich etwa Dresden und mehr noch Leipzig dahin entwickelt haben, dass durch auch diese kleinen Erfolge antifaschis-

tischer Kämpfe sich hier ein für vielleicht westdeutsche Verhältnisse übliches alternatives Wohlgefühl entwickeln konnte. Dieses Klima ist es, was auch hier zu einem Erstarren von politischen Strömungen innerhalb der radikalen Linken geführt hat, die von Antifa nicht mehr viel wissen wollen und für die antifaschistische Praxis nie viel mehr ist als irgendein politisches Thema unter vielen anderen linken Themen. Gerade der autonome Antifaschismus aber hat hierfür nicht unwesentlich den Weg bereitet, wobei hier immer „mitbereitet“ gemeint ist, weil auch klar ist, dass an dem, wenn auch geringfügigen, Zurückdrängen faschistischer Kräfte viele Hände mitwirken mussten, manchmal auch ohne dabei die gleiche Stoßrichtung zu verfolgen oder sich nicht auch gegenseitig Probleme zu machen. Es war und ist dieses Wohlgefühl, was auch andere politische Strömungen dazu einlud, hier das eigene politische Süppchen zu kochen, ohne dabei Rücksicht darauf zu nehmen, welche Kämpfe hier im Allgemeinen zu kämpfen sind. Stattdessen wird die relative Größe der „Szene“ als Anlass genommen, hier die eigene Agenda zu verfolgen, ohne jeden sinnvollen Zusammenhang oder Bezug zu den bereits vorhandenen Verhältnissen und Strukturen, und sich dabei aufzuführen wie die Axt im Walde. Diese Erfahrung, können wir sagen, ist

längst gemacht, und allein das stimuliert zu jeder Vorsicht gegenüber weiteren Projektionen auf die politische Praxis hier, die aus der Distanz ohne Kenntnis zu uns kommt, mag sie auch gut gemeint sein.

Damit soll keinesfalls gesagt werden, dass die aktuelle Schwäche der antifaschistischen Bewegung hier durch politische Bestrebungen von außerhalb verursacht ist. Sie resultiert aber nicht, wie wohl aus der Ferne oder aus politischer Verblödung angenommen wird, aus einem Mangel an Organisation, einem Mangel an Engagement, einem Mangel an Aufmerksamkeit für das Anwachsen der faschistischen Bedrohung oder politischer Orientierungslosigkeit, die hier nicht stärker ausgeprägt ist als anderswo. Vielmehr resultiert sie aus dem, was in einer anderen Debatte [1, 2, 3] über die Bedeutung von Repression versucht wird auszuloten: dem Schaden, den die antifaschistische Bewegung insbesondere durch das Antifa-Ost-Verfahren genommen hat. Dieser jedenfalls war weitreichender, als dass es nur die angeklagten Antifas getroffen hätte. Mehr jedenfalls wird davon abhängen, ob es gelingt, diesen Treffer abzuschütteln, als dass es hier kämpferische Reden braucht, die dann, wie zuletzt in dem von uns kritisierten Aufruf, so kämpferisch gar nicht sind, was sich in der inhaltlichen Orientierungslosigkeit und praktischen Irrelevanz ausdrückt.

Wir haben uns sehr gefreut, dass unser Text nicht nur gelesen wurde, sondern auch zu Antworten gereizt hat, und wir begrüßen jeden Beitrag, auch wenn wir nicht alles inhaltlich teilen. Wir sehen darin das geteilte Anliegen, die aktuelle Orientierungslosigkeit überwinden zu wollen. Dabei stören uns auch scharfe Worte nicht; es ist besser, eine Position kommt scharf und erkennbar zur Geltung, als dass im Versuch, nicht unhöflich zu sein, immer nur das geteilte Anliegen und die Gemeinsamkeit betont werden. Wir setzen diese geteilten Anliegen und die Gemeinsamkeiten voraus und sie nehmen für sich keinen Schaden, sofern nicht unüberbrückbare Widersprüche sich auftun; Wenn sie es tun, ist das nur sinnvoll. Es wäre falsch, sie durch vordergründige Freundlichkeit zu überdecken. Eine Absage wollen wir demgegenüber erteilen an Appelle wie den von den NRW-Antifas: „Wir appellieren an dieser Stelle, sich auf einen ernstgemeinten minimalen Konsens zu verständigen, zur einheitlichen Abwehr faschistischer Gefahr“, „[E]s ist Zeit aufzuwachen und

die Hände zu reichen“. Auf so einen Konsens sich zu einigen, erscheint uns obsolet, wie wir in unserem vorherigen Text schon umrissen haben. Zudem setzen wir ihn für uns unausgesprochen voraus: Wir sind im Zweifelsfall mit allen bereit, die Hände zu halten, die in uns nicht ein größeres Problem als in der wachsenden Zahl der Faschisten erblicken, ausgenommen all jene, denen selbst schon der Wunsch nach Menschenmord ins Gesicht geschrieben steht.

Zu allem wäre mehr zu sagen, als wir es nun tun werden. Gerade jene Worte, in denen wir uns wiederfinden, bleiben unangesprochen.

## # Die gewollte Kritik

Unsere Antwort auf den Aufruf hat ja keinesfalls nur positive Aufnahme gefunden. Das war zum einen nicht erwünscht und zum anderen auch erwartet. Ablehnung ist selbstverständlich, wenn wir etwa schreiben:

„Großen Zulauf aber haben in der radikalen Linken gerade die Gruppen, die sich auf die „Erfolge“ Stalins und Mao Tse-Tungs beziehen, von der „Arbeitermacht“ faseln und irrsinnigerweise glauben, der Klassenkampf befindet sich auf dem aufstrebenden Ast; Als Zusatz dazu gibt es noch die Rückwende zur Palästina-Solidarität, weil aus absurden Gründen davon ausgegangen wird, dass es sich dabei eben irgendwie um diesen Klassenkampf handeln muss, der dann von der Peripherie auf die Zentren der Macht übergreift. Oder wie wäre es mit der Hoffnung, dass es zielführend ist, sehr viel Wert darauf zu legen, wie über irgendetwas gesprochen wird, während die Welt um einen herum brennt? Auch dieser Mumpitz wird als radikal und dienlich für die Umwälzung der falschen Welt erachtet: Wenn wir nur alle dazu kriegen, ordentlich über die Begebenheiten und Menschen in der Welt zu sprechen, wird sich alles schon zum Guten wenden. Und obendrauf eine Klimabewegung, deren öffentlichkeitswirksamster Teil radikal die Einführung des 9,- €-Tickets, das Tempolimit, klimafreundliche Gesetzesvorhaben und Absichtserklärungen der Regierung fordert.“

Und während sich an der sehr schlicht geratenen Kritik an der Diskurstheorie oder der Kritik der Inhaltsarmut der Klimabewegung niemand gerieben hat, konnten wir mit ein wenig Umschau bei der vom Protofaschisten Musk betriebenen Plattform x.com entdecken, dass es Widerspruch von jenen gab, die „von der

Arbeitermacht“ faseln. ZB schrieb jemand unter dem Account „KlabauterFrau“: „Fatalistischer Quatsch. „Ostdeutsche Antifas“ sollten sich mal in Gruppen organisieren anstatt solche individuelle Texte alleine in ihrem Wohnzimmer zu verfassen.“ Oder der Account „leer/zeichen“: „ich denke mal das ist eine art trolle text oder sieht das jemand anders?“, worauf dann „Nö passt schon irgendwie an ideologischer Verwirrung“ geantwortet wurde, und dann wusste jemand Names Kappinski noch zu sagen: „Ich habe ihn nicht vollständig gelesen weil ich gerade sehr müde bin. Aber es sieht aus als wären die etwas orientierungslos. also wahrscheinlich eher aus dem anarchistischen Spektrum?“

Bei so viel ideologischer Festigkeit gegenüber unserer „ideologischen Verwirrung“ war es nur eine Frage der Zeit, bis aus dieser Richtung sich doch jemand ausreichend angesprochen fühlen würde, eine Antwort zu schreiben, um diese Festigkeit einmal zu demonstrieren. Und so kam es dann auch, Joséphine Babeuf (kürzen wir in der Folge JB ab und ersparen allen unsere Überlegungen zu der Namenswahl) gab sich die Ehre und antwortete mit einer marxistischen Verteidigung des „Aufrufs, bei dem es sich um einen Versuch handeln soll, „die Debatte auf ein höheres Niveau zu heben“(Den Text findet ihr hier). Da haben wir natürlich nichts dagegen und wir sind gespannt, müssen wir doch erfahren, dass unsere Kritik „haltlos ist und auf einem falschen Verständnis beruht“, sich aber trotzdem zum Schluss „ein paar zustimmende Worte zu der Kritik der „ostdeutschen Antifas“ an der radikalen Linken“ finden werden. Der Text teilt sich dann in drei Teile, wobei es im ersten Teil um unsere Fehler gehen wird, im zweiten Teil die marxistische Theorie kurz dargestellt wird und im dritten Teil etwas zur Lage der radikalen Linken gesagt wird. Es juckt uns in den Fingern, uns nun auf den ersten Teil, der sich ja konkret an uns richtet, zu beziehen und dieser Aussage, dass unsere Kritik „haltlos“ ist, zu widersprechen. Schließlich werden uns gleich eine „Reihe schwerer Fehler“ vorgeworfen, und zwar da, wo wir „versuchen [...] die Position des „Zeit zu handeln“-Aufrufs wiederzugeben. Immerhin, müssen wir anerkennend feststellen, JB scheint zu verstehen, dass wir nicht unsere Position wiedergeben, sondern die Position des Aufrufs, JB ist aber der Auffassung, dass wir sie falsch wiedergeben. Nun kommt es aber zu einem seltsamen Schritt, denn wir bekommen gegen unse-

re Auslegung des Textes nicht den Text entgegengehalten; Dies aber bräuchte es, wenn man uns doch nachweisen wollen würde, wir hätten den Text missverstanden. Stattdessen wird uns etwas entgegengehalten, was so nirgendwo im Aufruf „Zeit zu handeln“ drinsteht. Wir müssen also feststellen, dass wir den Text „Zeit zu handeln“ nicht deswegen falsch kritisieren, weil der Aufruf sich schon selbst gegen eine solche Auslegung sperrt, eine Sperre, die wir fälschlicherweise übergangen, sondern deswegen, weil unsere Kritik falsch ist gegenüber einer Position, die nicht im Text drinsteht. JB springt dem Aufruf also nicht mit diesem selbst bei, sondern mit einer neuen Position, die sie nun dem Aufruf unterschiebt. Dagegen können wir aber unsere Position nicht verteidigen.

Die Frage, die sich uns stellt, ist, wie das von JB begründet werden könnte, dass nicht wie angekündigt, der Aufruf selbst verteidigt wird, sondern eine ihm äußerliche Position. Wir nehmen an, dass es an den Begriffen „Kapitalismus“, „Klassenkampf“ und „Krise“ liegt; Die Verwendung im Aufruf verweist auf die marxistische Theorie und kann zur Annahme motivieren, alles, was nun drumherum gesagt wird, sei nun ausgewiesen als von dieser Theorie herkommend. Insofern hätten wir den Text auch in seinen Wischiwaschi-Passagen so deuten müssen, dass damit vielleicht etwas ungenau, aber vom Grunde her doch nur eine Paraphrase der marxistischen Theorie gemeint sei. Das haben wir nicht gemacht und sehen dazu auch weiterhin keine Veranlassung. Wer den Marxismus zu seiner Grundlage erklären will, der muss dies tun, wenn schon nicht explizit, dann doch zumindest durch eine stimmige und korrekte Wiedergabe. Ein nachträgliche „War aber so gemeint“ lassen wir nicht gelten, erst recht dann nicht, wenn es nicht mal von den Verfasser:innen selber kommt. Darüber hinaus erscheint es uns recht willkürlich, nur an der Verwendung von Begriffen, die ihre wesentliche Entfaltung im Marxismus fanden, einfach auf den Marxismus als inhaltliche Grundlage zu schließen. Denn – egal wie man das findet – die Begriffe werden mittlerweile von allen möglichen Leuten für alles Mögliche gebraucht und haben dadurch ihre Eigenschaft als bestimmte Begriffe eingebüßt; Wer sie heute sinnvoll verwenden will, und so über ihre heutige Unbestimmtheit hinaus zur Geltung bringen möchte, der muss diese Bestimmung selber leisten und kann diese nicht mehr voraussetzen.

Wenn wir die kleinen Frotzeleien gegen uns aus dem Text von JB nun so stehen lassen müssen und auch nicht noch einmal über den Aufruf reden wollen, dann liegt es nahe, nun eben auf das einzugehen, was JB als eigene Position präsentiert. Denn darum scheint es ja auch JB vielmehr zu gehen, als sich selbst mit dem ursprünglichen Aufruf zu befassen. Dieser dient vielmehr als Vehikel, die eigene Position auf etwas unbeholfene Weise in die Debatte einzubringen.

## # Der fröhliche Kommunismus

Die Position, die JB vertritt, ist die Position des fröhlichen Kommunismus. Fröhlich, weil in dieser Betrachtung die Welt bereits ausreichend begriffen ist und auch eine dementsprechende Praxis bereits abgeleitet ist. Bedarf, Positionen neu zu bestimmen, gibt es nicht. Das Denken ist an sein Ende gekommen und in eine statische Situation eingetreten. Ebenso ist es die Praxis: Es bedarf keiner Überlegung, was zu tun ist, sondern nur noch des reinen Engagements. Während das reflexive Bewusstsein sich im Zustand des Unglücks befindet, weil es sich mit den Drohungen der Welt befasst und angesichts dieser erst einmal die eigene Ohnmacht realisieren muss, sind die Anhänger:innen des fröhlichen Kommunismus vor solchem Unglück sicher. Eine Reflexion auf die tatsächlichen Verhältnisse und Bedingungen ist hier überflüssig geworden. An ihre Stelle tritt die Beschäftigung mit der marxistischen Theorie, freilich nicht, um diese irgendwie zu begreifen, sondern um diese als eine Art Amulett mit sich herumtragen zu können. Dementsprechend werden Inhalte vor allem auswendig gelernt, um sie dann bei Gelegenheit sauber rezipieren zu können. Darüber hinaus sind die spezifischen Inhalte nicht wichtig; Wichtig ist vor allem die folgende Figur: Im Kapitalismus sind die beiden zentralen Klassen das Proletariat und die Bourgeoisie. Diese beiden befinden sich in einem antagonistischen Verhältnis. Die Bourgeoisie verfügt über die Produktionsmittel und beutet das Proletariat aus. Das Proletariat hat keine Produktionsmittel und muss seine Arbeitskraft verkaufen. Alles, was dieses Verhältnis verleugnet, ist Ideologie. Die Ideologie hat die Funktion, das Proletariat von der Revolution abzuhalten, und mal diese und mal jene Form, je nachdem, wie der Kapitalismus sich gerade wandelt. Aber: Das Proletariat hat

die Möglichkeit, sich der Lage, in der es sich befindet, bewusst zu werden, es kann Klassenbewusstsein entfalten. Wenn das Proletariat Klassenbewusstsein entfaltet, dann wird es selbstbewusst.

In den Klassenkampf ein- und die Revolution lostreten. Wenn das Proletariat in der Revolution siegreich ist, haben wir die freie Gesellschaft, siegt die Konterrevolution, tritt wieder die Situation wie zuvor ein und alles beginnt von vorn. Das Proletariat kann sozusagen nie endgültig verlieren, jedenfalls wenn es verliert, so ist dies nur eine weitere notwendige Erfahrung für die nächste Offensive. Und wer sind in diesem Verhältnis die Kommunist:innen? Sie sind diejenigen, die – durch Intelligenz oder durch Zufall – das Verhältnis der Klassen und die Widersprüche der Bourgeoisie durchschauen und sich nun darin betätigen können, dem Proletariat bei der Entfaltung des Klassenbewusstseins zu helfen, und zwar mithilfe der Mittel von Agitation und Propaganda.

Diese Position ist eine erfreuliche Position, weil sie zu jeder Gelegenheit und zu allen Zeiten immer richtig ist. Sie ist quasi die Universallösung der politischen Praxis, oder besser gesagt, sie allein ist tatsächliche politische Praxis. Es ist einfach völlig egal, ob sich der Kapitalismus gerade in einer Krise befindet oder nicht, und der Klassenkampf, bzw. die Anstrengungen, diesen in Gang zu bringen, ist auch das Mittel gegen den Faschismus, denn der Faschismus ist ja nichts weiter als eine weitere Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, mit der sie das Proletariat vom Klassenkampf abhalten will. Und zwar dies im Zeichen der Krise, denn vom Grunde her wäre diese besonders geeignet, das Proletariat zum Bewusstsein seiner Klasse zu stimulieren, weil in diesen die Ausbeutung besonders deutlich hervortritt. Dementsprechend bedarf es auch einer besonderen Ideologie, die die aufkommende Wut im Moment der besonders deutlich erfahrbar gewordenen Ausbeutung von der Bourgeoisie weggleitet und auf einen nicht vorhandenen, vermeintlichen Verursacher hinleitet, wie etwa „die Juden“, „die Ausländer“, „die Penner“, „die Frauen“, und so weiter. Eine Kenntnis der Ideologien, die dann mal die eine und mal die andere Gruppe in einer Form erzeugt, welche die Wut auf die falschen Verhältnisse in falsche Bahnen lenkt, ist nicht notwendig. Sie erledigen sich alle gleichermaßen durch den Klassenkampf.

Wir sehen, dass wir hier schon ein

Stück weggekommen sind vom ursprünglichen Marxismus, wie wir ihn auf Marx zurückführen können. Marx sah als wesentlichen Faktor für die Revolution die fallende Profitrate an; Diese sollte einmal ganz grob gesprochen dazu führen, dass sich die Widersprüche im Kapitalismus zuspitzen, die Arbeiter in eine nicht mehr aushaltbare Situation gedrängt werden und ihnen nahezu nichts mehr anderes übrig bleibt, als mittels Revolution andere Bedingungen herzustellen. Aber es zeigte sich ja, dass der Kapitalismus deutlich anpassungsfähiger war, als Marx es annahm; Revolutionen im Rahmen der fallenden Profitrate blieben wesentlich aus. Die erfolgreiche Revolution in Russland hatte zwar auch eine Verelendung des Proletariats als Ursache, aber keinesfalls allein, zumal Russland zu diesem Zeitpunkt noch gar kein durchkapitalisiertes Land war, sondern sich in weiten Teilen noch im Zustand einer Feudalgesellschaft befand. Dies veranlasste die dort wirkenden Kommunist:innen dazu – allen voran Lenin –, die marxistische Revolutionstheorie anzupassen und um den Gedanken der Avantgarde zu ergänzen. Es ist eben erst diese Avantgarde, die das leistet, von der JB sagt, dass es die Kommunist:innen leisten sollen:

„Es gibt keinen Automatismus, der daraus [aus der aktuellen Krise des Kapitalismus] zu revolutionärem Klassenbewusstsein führt, aber diese Situation ist die Grundlage dafür, dass revolutionäre Positionen und Organisation im Proletariat massenanklang finden können. Wenn diese Gelegenheit von KommunistInnen nicht genutzt wird, findet die Wut über die Zustände ihren Ausdruck in einem verwirrten „Widerstand“ gegen das falsch verstandene „System“, der auch reaktionäre Formen annehmen kann. In Deutschland führt die fehlende Stärke der (revolutionären) ArbeiterInnenbewegung dazu, dass „das System“ rein politisch und nicht primär ökonomisch aufgefasst wird, was es der AfD überhaupt erst ermöglicht, sich als Fundamentalopposition zu vermarkten. Im unbewussten Proletariat erfüllt die AfD damit die Funktion, den Wunsch nach Widerstand in für den Kapitalismus ungefährliche Bahnen zu lenken.“

Was uns also JB hier anbietet, ist nichts anderes als der Marxismus-Leninismus als Lösung für sowohl die aktuellen Krisen, als auch für die Drohung der faschistischen Machtübernahme. Es ist also auch klar, was dies für den praktischen Antifaschismus bedeutet: Der kon-

krete Kampf gegen Nazis mag zwar hier und da erforderlich sein, aber er ist es nur insoweit, wie die Faschisten ein Hindernis sind für die eigene Agitation und Propaganda. Denn die AfD vertritt zum einen die Interessen einer bestimmten Fraktion innerhalb der Bourgeoisie: „Es ist noch anzumerken, dass die AfD, wie jede Partei, immer eine bestimmte Fraktion der Bourgeoisie vertritt, die gegen andere Kapitalfraktionen um ihre Interessen kämpft.“

Aber zum anderen erfüllt sie auch eine Funktion in der Verteidigung des Kapitalismus insgesamt, indem sie „den Wunsch nach Widerstand in für den Kapitalismus ungefährliche Bahnen“ lenkt. Im Kampf gegen die Bourgeoisie wird die AfD also immer mitbekämpft. In diesem Kampf unterscheidet sie sich nicht wesentlich vom Rest der Bourgeoisie. Problematisch ist sie für Kommunist:innen aber vor allem da, wo sie die durch die Krise für ihre Situation aufmerksam gewordene Arbeiterklasse „verwirrt“.

Wir sehen also, dass es einen Kampf um das Proletariat gibt: Während auf der einen Seite (leider wenig erfolgreiche) Kommunist:innen sich darum bemühen, ihnen zum Klassenbewusstsein zu helfen, stehen auf der anderen Seite die Faschisten bereit, um das Proletariat davon abzubringen.

## # Das Klassenbewusstsein

Wenn wir den Anspruch JBs ernst nehmen, muss es also darum gehen, dem Proletariat zum Klassenbewusstsein zu verhelfen. Aber hier stellt sich ja ein gewisses Problem ein: Das Klassenbewusstsein muss ja ein tatsächliches Bewusstsein der eigenen Klasse sein:

„Bewusstsein meint dabei nicht nur, etwas nicht „unbewusst“, nicht „auf Autopilot“ zu machen, sondern vielmehr die eigene Umwelt verstehen und sich in der Gesellschaft verorten können. In einer Klassengesellschaft heißt das: Sich der eigenen Stellung im Produktionsprozess bewusst zu werden und Klassenbewusstsein entwickeln. Klassenbewusstsein ist also nicht etwa das, was z.B. ein durchschnittlicher Proletarier denkt, und auch nicht das, was alle ProletarierInnen gemeinsam denken. Klassenbewusstsein ist das, was eine Proletarierin denken würde, wenn sie den ganzen Aufbau der Gesellschaft verstehen würde und sich als Proletarierin ihrer eigenen Interessen bewusst wäre.“

Wir stellen also fest: Klassenbewusst-

---

sein ist nicht etwas, was die Proletarierin denkt, sondern eben das, was sie denken soll; Der Inhalt des Klassenbewusstseins steht schon fest, bevor derjenige, der es haben soll, überhaupt in den Produktionsprozess eingetreten ist. Der ganze „Aufbau der Gesellschaft“ und die „eigenen Interessen“ sind nicht etwas, was erst zu entfalten wäre. Es ist etwas, was einfach übernommen werden kann, nachdem man es im Rahmen von Agitation und Propaganda gehört hat, bzw., wie es ja auch heute wieder populär geworden ist in den marxistisch-leninistischen Kreisen, irgendwelche Schulungen besucht hat. Zumindest in der kurzen Ausführung, die uns JB hier gibt, wird nicht deutlich, wo der Unterschied ist zwischen dem Wissen von der „Stellung im Produktionsverhältnis“ und „dem ganzen Aufbau der Gesellschaft“ und dem Bewusstsein davon. Es erscheint in den Ausführungen als wesentlich das Gleiche. Doch macht dies den ganzen Unterschied aus. Da, wo die Inhalte des Bewusstseins als statisches und positives Wissen vermittelt werden, entsteht kein Bewusstsein. Ein Bewusstsein von etwas entfaltet sich aus der geistigen Erfahrung und nicht aus der Übernahme von Wissen. Aus der erfahrungslosen Übernahme von Wissen entsteht vielmehr Folgsamkeit und Hörigkeit gegenüber denen, die als die Haushälter des Wissens auftreten. Das ist in der Regel auch gewünscht, weil ja die heutigen Marxisten-Leninisten, ähnlich wie ihre historischen Vorbilder, in der Regel auch Fantasien darüber besitzen, wie der auf die Verbreitung dieses „Bewusstseins“ folgende revolutionäre Prozess aussehen soll. Ein Abweichen von diesen Vorstellungen wird dementsprechend auch immer als Erfolg der bürgerlichen Ideologie umgedeutet, ein Umstand, der ja in der Sowjetunion zahllose Menschen das Leben gekostet hat.

JB hebt zwar die Bedeutung des Bewusstseins im Marxismus hervor: „Obwohl der Marxismus eine materialistische Philosophie ist, spielt das Bewusstsein eine entscheidende Rolle“, scheint sich aber um die Entfaltung eines solchen keinerlei Gedanken zu machen, bzw. einfach davon auszugehen, dass diese schon in Gang gesetzt ist, wenn der richtige Denkinhalt in den Denkapparat der Proletarier gebracht wird. Überhaupt ist der Zugang zum Proletariat wesentlich instrumentell: Weil einzig das Proletariat als Klasse bewussteinsfähig sein soll, ist es wichtig, diesen Prozess in Gang zu setzen, damit das Proletariat dann die

Klassengesellschaft aufhebt, nicht weil das Proletariat in seiner tatsächlichen Gestalt selbst die Klassengesellschaft aufheben will. Oder um es einmal schlichter zu sagen: Es wird mit einem Fantasiebild der Arbeiterklasse gearbeitet und versucht, die tatsächliche Arbeiterklasse diesem Bild anzupassen, und dies mit völlig untauglichen Methoden. Um sich aber selbst von dieser Tatsache abzubringen, wird die marxistische Theorie genutzt, um sich der Notwendigkeit dieses Unterfangens zu versichern und diese auch noch da zurechtgebogen, wo sie an ihre Grenzen kommt.

Dabei zeigt JB ja mit dem Verweis auf Lukacs, dass der halbe Weg schon gegangen ist. Statt aber bei der Entwicklung der Theorie der Verdinglichung des Bewusstseins durch Lukacs weiterzugehen, wird dort stehengeblieben und damit wieder dahinter zurückgefallen. Die Theorie des verdinglichten Bewusstseins auch der Arbeiterklasse, nach welcher sich das zwischenmenschliche Verhältnis dem Warenverhältnis angeglichen hat und so die Beziehungen der Menschen den Beziehungen zwischen Dingen gleichen, wird genutzt, um den Agitationsgedanken Lenins umso stärker zu rechtfertigen. Das Proletariat kommt aus seiner angedachten Rolle, die Revolution machen zu müssen, nicht hinaus. Damit aber zeigen sich jene, die sich in der Rolle des Agitators wiederfinden, selbst als jene, die am verdinglichten Bewusstsein leiden, weil sie auch in den Zielen ihrer Agitation bloß Objekte in einem statischen Prozess erkennen können, die ihrer objektiven Aufgabe nicht nachkommen wollen. Wer aber in anderen bloß die Objekte eines Prozesses sieht, sollte von Bewusstsein nicht zu viel sprechen. Gerade sind es ja keine Objekte, um die es hier geht, aber wir leben in einer Welt, in der alle sich gegenseitig als Objekte betrachten und behandeln, und zwar, weil der gesellschaftliche Prozess sie zu solchen herabgewürdigt hat. Klassenbewusstsein heißt also bei JB, dass sich die Proletarier endlich mit ihrer Rolle als Objekte in einem über sie hinweglaufenden Prozess identifizieren und noch den Rest in ihnen, der sich gegen diesen Umstand wehrt, indem sich am noch so schmalen Glück festgeklammert wird, über Bord werfen sollen. Anstatt dass sie andere als wertlos betrachten, sollen sie sich selbst an deren Stelle setzen. Und dies alles nicht, weil ihnen und anderen das die Freiheit bringt, sondern weil sie Objekte in der Fantasie derer sind, die glauben, dass ihnen

selbst dies die Freiheit bringen wird.

## # Die Avantgarde

Während bei Marx das Klassenbewusstsein noch wirklich eines ist, weil das Proletariat es herausbildet, gerade da, wo es eigene Erfahrung macht, tritt bei Lenin dieser Gedanke nach hinten. Nicht durch die gemeinsame Reflexion ihrer Erfahrungen lässt im Proletariat das Bewusstsein seiner Klasse aufkommen, sondern vielmehr tritt an die Stelle der Erfahrung die Avantgarde. Die Avantgarde zeichnet sich dadurch aus, dass sie zum einen ohne Erfahrungen zum Klassenbewusstsein gelangen kann, und zwar durch intellektuelle Tätigkeit, zum anderen muss sie selbst nicht zum Proletariat gehören. Sie muss vielmehr zu der schlichten Einsicht gelangen, dass die freie Gesellschaft nicht durch die Bourgeoisie, sondern durch das Proletariat herbeigeführt werden wird und dass der Weg hierzu die Revolution als Grand Finale des Klassenkampfes ist. Diese Einsicht der Avantgarde beschreibt JB so:

„Nur das Proletariat ist heute bewusstseinsfähig, und gleichzeitig auch die einzige Klasse, die in der Lage ist, den Kapitalismus zu überwinden. Wenn alle ProletarierInnen klassenbewusst wären, könnte das Proletariat jederzeit die Macht übernehmen und heute schon den Kommunismus einführen. Damit ist der Kampf um das Klassenbewusstsein der entscheidende Kampf, den es zu führen gilt.“

Die Avantgarde kämpft also „um das Klassenbewusstsein“ der Arbeiterklasse. Hier wird umso deutlicher, dass die Aufgabe eben darin besteht, der Arbeiterklasse das Klassenbewusstsein beizubringen, und dass diese jenes nicht entfaltet. Bewusstseinsfähig soll alleine die Arbeiterklasse sein, aber ohne Anschlag kommt sie eben nicht dazu, diese Fähigkeit tatsächlich zu gebrauchen. Wie aber kommt nun die Avantgarde eben zu jenem Bewusstsein der Arbeiterklasse? Sie muss für sich nicht notwendig selbst aus dieser kommen, denn JB schreibt: „[E]inzelne KapitalistInnen [können] sich [...] der Lage bewusst und MarxistInnen werden“. Aber im Grunde liegt hier das gleiche Missverständnis vor, welches sich schon in der falschen Vorstellung dessen ausdrückt, was wohl das Bewusstsein überhaupt ist. Die „Lage“, derer sich die Avantgarde eben vor allen anderen bewusst wird, ist eben nicht eine tatsächliche Erfahrung der eigenen Lage, sondern sie ist vielmehr die allgemeine Schilderung der Lage, wie sie

sich im Marxismus finden lässt. Dies ist die abstrakte Kenntnis der von Marx entfalteten konkreten Lage, aber das kann immer nur ein Schritt sein, es ist noch nicht das Bewusstsein selbst. Erst durch die tatsächliche Erfahrung kann sich so etwas wie ein tatsächliches Bewusstsein entwickeln, ohne dieses wird aber die Schilderung des konkreten Verhältnisses bei Marx ins Abstrakte überführt. Dadurch entsteht das Missverständnis, dass die eigene Kenntnis von Sachverhalten und das Klassenbewusstsein in eins fallen. Eine solche Avantgarde kann aber ihre selbsterwählte Aufgabe als Avantgarde nicht erfüllen. Sie bleibt auf die Wissensvermittlung beschränkt und damit auf einen Inhalt des Denkens, nicht des Bewusstseins. Wissensinhalte bleiben aber als solche beliebig. Sie beziehen ihre Kraft eben nicht aus der Kongruenz aus Erfahrung und Wissen und somit aus der Reflexion, sondern aus dem Nachdruck, mit welchem jenes Wissen gegenüber einem anderen vertreten wird. Daher ist die Bedeutung von propagandistischen Events für Kommunist:innen, die den Marxismus-Leninismus vertreten, von so herausragender Bedeutung. Die kommunistische Demonstration muss Eindruck schinden, damit das Wissen seinen Nachdruck durch eine Art Performance erhalten kann. Heute ist dies tatsächlich wieder zu sehen, immer dann, wenn die neuen Anhänger:innen des Marxismus-Leninismus auf Demonstrationen mit ihrem Meer aus roten Fahnen und einem zueinanderpassenden Kleidungsstil die Einheit der Lehre und ihre Kraft vermitteln wollen. Die Avantgarde zeichnet sich selbst also weniger durch ein entfaltetes Bewusstsein aus, sondern durch eine – oft auch nur oberflächliche – Kenntnis des Marxismus, den sie durch eindrückliches Engagement verbreiten will. Sie ist damit selbst Ausdruck des verdinglichten Bewusstseins.

## # Antifaschistische Aktion

Es stellt sich insgesamt die Frage, in Bezug auf den Ausgangstext der Debatte, den „Zeit zu handeln“-Aufruf, was dies alles mit der antifaschistischen Praxis, zu welcher der Aufruf ja stimulieren will, zu tun hat. Für die Antwort auf die Frage ist es noch einmal wichtig, auf das zurückzugreifen, was wir weiter oben schon erläutert haben, nämlich auf die Annahme: Der antifaschistische Kampf ist als konkreter Kampf nur insoweit wichtig, wie er die Möglichkeit aufrechterhält, auf den Klassen-



kampf und die Revolution vorzubereiten. Die organisierten Faschisten sind nur insoweit ein Problem, wie sie um den Inhalt im Denken des Proletariats mit den ML-Kommunist:innen konkurrieren. Da der Faschismus im Endeffekt nur eine bürgerliche Ideologie ist, wird er mit dem irgendwann erfolgenden Triumph über die Bourgeoisie sein Ende finden. Inhaltliche Ausformungen des Faschismus spielen insofern eine wesentlich untergeordnete Rolle.

Hinzu kommt noch der Aspekt, dass für die ML-Kommunist:innen der Grad der Organisiertheit sich immer daran misst, inwieweit politische Praxis auf Revolution und Klassenkampf im Sinne des Marxismus-Leninismus ausgerichtet ist. Ist politische Praxis dies nicht, so erscheint sie im Grunde immer als wesentlich nicht organisiert. Autonomer Antifaschismus kann in diesem Denken zwar Erfolge im unmittelbaren Kampf gegen den Faschismus erzielen, aber bleibt darüber hinaus hilflos, weil er über diese Ebene nicht hinauskommt. Interessant ist er in dieser Hinsicht für ML-Kommunist:innen immer nur im Sinne seiner Schlagkraft. Ist diese hoch, so wächst das Interesse, diese Strukturen zu übernehmen und für die eigene Sache zu gewinnen, um dann mithilfe der nach außen hin sichtbar gewordenen Schlagkraft dem Anliegen des Klassenkampfes mehr Nachdruck zu verleihen. Inhaltliche Betrachtungen eines schlagkräftigen Antifaschismus sind aber in dieser Perspektive vollkommen irrelevant, bis zu dem Punkt, wo diese den Analysen des Marxismus-Leninismus entsprechen.

Es ist nun aber so, dass gerade in Ostdeutschland sich die antifaschistische Bewegung gar nicht wesentlich auf den Marxismus-Leninismus bezogen hat, mit Ausnahmen vielleicht in Teilen von Sachsen-Anhalt. Demgegenüber ist etwa die Beschäftigung mit Antisemitismus und Verschwörungsideologien nicht selten und langanhaltend ein integraler Bestandteil der antifaschistischen Theorie und Praxis in Ostdeutschland gewesen: zwei Themen, die für den Marxismus-Leninismus irrelevant sind, insofern, dass sie nur zwei Spielweisen der ja ohnehin immer falschen bürgerlichen Ideologie sind, die nur deswegen ein Problem sind, weil sie die Arbeiterklasse verwirren können. Insbesondere aber die Beschäftigung mit dem Antisemitismus führte auch dazu, dass sich eine gewisse Skepsis gegenüber dem Marxismus-Leninismus verbreitete, gerade weil dieser in seiner vulgären Form sich besonders anfällig

gezeigt hat, antisemitische Vorstellungen und Erklärungen in sein Weltbild zu integrieren.

ML-Kommunist:innen haben also gegenüber den in Ostdeutschland schon bestehenden antifaschistischen Strukturen vor allem das Interesse, diese zu organisieren, was nichts anderes bedeutet, als sie in ihre eigenen Strukturen zu integrieren. Jedwede inhaltliche Debatte, sowie jede Praxis haben hier immer dann einen Mangel, wenn sie sich nicht offen auf Klassenkampf und Revolution beziehen, und dies ist ein Mangel, dem diese Gruppen Abhilfe schaffen wollen. Dies sagt auch JB ganz offen:

„Die „radikale Linke“ besitzt als Ganzes aktuell weder Strategie, noch die notwendige organisatorische Basis. Weiße Teile sind nicht einmal theoretisch, geschweige denn praktisch, in der Lage, die Probleme an der Wurzel anzugehen – womit sie die Bezeichnung „radikal“ streng genommen nicht verdienen. Vielmehr geht es, wie die „ostdeutschen Antifas“ treffend festgestellt haben, nur um eine radikalistische Verpackung. Der Inhalt wird beliebig, Hauptsache gegen das System, das man nicht versteht“.

Dabei haben wir uns gerade in unserem Text dagegen versperrt, davon auszugehen, wesentliches Wissen über eine Veränderung des aktuellen Zustandes sei schon bekannt, es müsse nur noch verbreitet werden. Es geht ja gerade darum, sich des Mangels bewusst zu werden, welcher den eben schon feststehenden Theorien innewohnt, zu denen eben auch das gehört, was uns JB hier als wegweisende Inhalte präsentieren will:

„Die kommunistische Bewegung besitzt einen über 200 Jahre reichen Erfahrungsschatz aus Theorie und praktischen Emanzipationskämpfen, fallen wir nicht hinter die Erkenntnisse unserer GenossInnen zurück, sondern lernen wir von Ihnen und heben wir die kommunistische Theorie und Praxis auf die Höhe unserer Zeit! Nur mit diesem Bewusstsein gelingt es uns, aus der Irrelevanz zu entkommen!“

Dabei ist ja gerade das Problem, dass wer glaubt, sich auf diesen „über 200 Jahre reichen Erfahrungsschatz“ einfach so beziehen zu können, die Situation der inhaltlichen Orientierungslosigkeit nicht überwinden kann, sondern diese festschreibt. Es heißt zwar von sich selbst begeistert:

„[F]allen wir nicht hinter die Erkenntnisse unserer GenossInnen zurück, sondern lernen wir von Ihnen und heben wir die kommunistische Theorie und Praxis auf die Höhe unserer Zeit!“

Aber gerade immer da, wo sich aktuell auf den Marxismus-Leninismus bezogen wird, findet dieses ja nicht statt. Es wird sich, wie der Text von JB ja eindrücklich zeigt, wesentlich unbewegt auf statische Inhalte bezogen. Demgegenüber soll dann ein gesteigertes Engagement bezüglich der Vermittlung die Lösung sein. Das Heben der kommunistischen Theorie und Praxis auf die Höhe unserer Zeit besteht ja in dem Text von JB nicht darin, sie tatsächlich irgendwie voranzubringen, sondern daran, sich die Wirklichkeit so ausdeuten zu lernen, dass das Alte immer noch passt. Damit aber wird das Entkommen der Irrelevanz zu einem einfachen Erfolg oder Misserfolg der eigenen Propaganda. Es wird zwar von Bewusstsein gesprochen, aber das Bewusstsein, dass wir unbedeutende Existenzen sind, in einer Welt, in der wir nur noch als Dinge betrachtet werden und in der wir uns und andere ebenso nur noch als Dinge erkennen können, bleibt aus, gerade da, wo der leichtfertige und fröhliche Ausweg angenommen wird.

Unseren letzten Text beendeten wir unter anderem damit, noch einmal zum Ausdruck zu bringen, dass wir es für not-


wendig halten, Theorie und Praxis nicht an alten und verbrauchten Inhalten auszurichten, oder eben an Inhalten, die zwar den eigenen Wünschen, aber nicht der Wirklichkeit entsprechen. Wir wiederholen es gern: Es geht nicht darum, vergangene Praxis zu seiner eigenen zu machen, oder Traditionslinien zu behaupten, wo keine sind, und genauso wenig geht es darum, sich an Theorien zu klammern, die an der Wirklichkeit vorbeigehen. Denn: Wer ein totes Pferd peitscht, der reitet nicht, sondern verstümmelt dessen Leichnam.

# TODDEM FASCHISMUS



*her zu uns!\**

**\*BITTE NICHT ALLE NACH LEIPZIG!**



## Kommunistische Partei und revolutionäres Klassenbewusstsein

Antwort auf alea und die „Ostdeutschen Antifas“

Dieser Artikel ist der erste Teil der Antwort auf die Kritik der „ostdeutschen Antifas“ und des Debattenbeitrags von alea.

Joséphine Babeuf

Hier im ersten Teil wird das Konzept der Avantgarde, der Partei und das Problem der Verdinglichung behandelt. Das wurde notwendig, weil die „Ostdeutschen Antifas“ und alea diese Begriffe als zentralen Grund für ihre Ablehnung der marxistischen Analyse genannt haben, ohne eine tatsächliche Kritik durchzuführen. Es wurde nicht erklärt, was MarxistInnen mit „Partei“, „Avantgarde“, etc. meinen und warum diese Konzepte falsch sein sollen. Es wurden nur Wörter genannt und gehofft, dass sie (zu Unrecht) einen so schlechten Ruf haben, dass eine Erklärung überflüssig ist. Das ist weder Kritik, noch Arbeit am Begriff, sondern bloßes Herumwerfen mit Vorstellungen und Gefühlen. Im noch folgenden zweiten Teil der Antwort wird darauf eingegangen, welche Fehler die Kritik von alea und den „Ostdeutschen Antifas“ enthält und wie sich diese Fehler in ihren politischen Analysen konkret äußern.

Zu Beginn noch eine kurze Erklärung, warum es diese ausführlichere Klarstellung im Rahmen einer antifaschistischen Debatte braucht: Revolutionärer Antifaschismus muss einen klaren Begriff davon haben, was „revolutionär“ überhaupt

bedeutet, wer diese Revolution machen kann und wie wir dazu kommen. Ohne ein solches Verständnis ist kein Antifaschismus revolutionär, er nimmt höchstens eine rebellische Ästhetik an, um die eigene Inhaltslosigkeit zu verstecken. Die Tatsache, dass die oberflächige Beschäftigung mit der Avantgarde und der Partei einen so großen Teil in beiden Texten einnahm, obwohl diese Begriffe in meiner „Verteidigung des Aufrufs“ nicht vorkamen, zeigt eindeutig, dass hier wesentliche Uneinigkeit herrscht, die zu thematisieren ist.

- Dialektik von Herr & Knecht, bzw. Bourgeoisie & Proletariat
- Der Vorwurf des Ökonomismus
- Das Konzept der Avantgarde
- Verdinglichung und revolutionäres Proletariat
- Wie die Verdinglichung überwunden werden kann
- Abschließende Bemerkung zum Begriff „Propaganda“

## Dialektik von Herr & Knecht, bzw. Bourgeoisie & Proletariat: Dialektik von Herr & Knecht, bzw. Bourgeoisie & Proletariat:

Das Proletariat ist nicht das revolutionäre Subjekt, weil ProletarierInnen bessere Menschen sind oder das Proletariat in seiner heutigen Form mehrheitlich fortschrittlich denkt. Das Proletariat ist das revolutionäre Subjekt, weil nur die Klasse der ArbeiterInnen die Macht hat, den Kapitalismus revolutionär zu überwinden. Warum das Proletariat in der Lage dazu ist, erklärt sich aus der Dialektik von Herr und Knecht. Dabei ist Dialektik, vereinfacht gesagt, die Eigenbewegung der Begriffe aus ihrer eigenen Logik; Etwas entwickelt sich in etwas neues, und zwar aus innerer Notwendigkeit. Diese Entwicklung verläuft dabei in Widersprüchen und durch die eigene Aufhebung der Widersprüche. Genauso ist es auch hier: Marx erklärt mit Hegel, warum im Verhältnis von herrschenden KapitalistInnen und geknechteten ProletarierInnen bereits steckt, dass die ProletarierInnen zur Herrschaft kommen, bevor sie das Verhältnis von Herr und Knecht ganzes aufheben.

Zu Beginn steht die Feststellung, dass die Bourgeoisie sich das Proletariat durch das Lohnverhältnis unterwirft und ihm so ihren Willen aufzwingt. Weil die KapitalistInnen jedoch nur als personifiziertes Kapital herrschen können, ist dieser „Wille“ nichts anderes als das Wertgesetz, dem die einzelnen KapitalistInnen unterliegen. Das Proletariat hat also die Rolle, das abstrakte Wertgesetz in der Wirklichkeit auszuführen und die Welt tagtäglich nach diesem Gesetz zu formen. Hier ist aber schon der Übergang enthalten: Indem die Bourgeoisie das Proletariat zwischen sich und die Welt stellt, hat sie sich selbst von der Welt isoliert und nur noch über das Proletariat Zugriff auf sie. Die KapitalistInnen als Klasse können keine Häuser bauen, keine Bahnen fahren, keine Kranken pflegen, keine Lebensmittel herstellen, etc. Für alles das brauchen sie lohnabhängige ProletarierInnen, nur durch sie können die KapitalistInnen auf die Welt einwirken. Damit liegt nun die tatsächliche Fähigkeit, die Wirklichkeit zu gestalten, beim Proletariat und nicht bei der Bourgeoisie. Sollte sich das Proletariat dazu entscheiden, die eigene Arbeit nicht länger in den Dienst des Wertgesetzes zu stellen, kann die

Bourgeoisie, als von der Welt isolierte Klasse, dem nichts entgegensetzen. Und die Tatsache, dass das Proletariat von der Bourgeoisie ausgebeutet wird, sorgt dafür, dass alle ProletarierInnen ein Interesse daran haben, die entfremdete Arbeit mit allem was aus ihr folgt, hinter sich zu lassen.

Bei der einfachen Umkehr der Herrschaft bleibt es jedoch nicht: Die Herrschaft/Diktatur des Proletariats führt dazu, dass die Klassengesellschaft aufgelöst wird und nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch das Proletariat als Klasse verschwindet. Der Grund dafür liegt darin, dass das Proletariat die Möglichkeit hat, durch die Selbstbefreiung zu einer „universellen Klasse“ zu werden. Wenn die ArbeiterInnenklasse aufhört, dem Wertgesetz zu folgen und die gesellschaftliche Arbeit vernünftig organisiert, sind alle Menschen nach ihren individuellen Fähigkeiten an der gesellschaftlichen Arbeit beteiligt. Es gibt keine neue Klasse, die dadurch entstehen muss. Es taucht nicht plötzlich die Notwendigkeit für, z.B. leibeigene BäuerInnen auf, die das Proletariats ausbeuten muss um als Klasse zu wachsen. Damit jedoch verschwindet die Teilung der Gesellschaft in Klassen. Das ist die letzte Stufe der Dialektik von Herr und Knecht: Das Proletariat hebt sich in der klassenlosen Gesellschaft selber auf. Durch diese Dialektik, die im Innersten des Verhältnisses von Bourgeoisie und Proletariat liegt, schafft der Kapitalismus selbst die Bedingung seiner eigenen Beseitigung: Er erschafft eine Klasse, die durch die Logik des Kapitals in die Lage gebracht wird, die kapitalistische Gesellschaft aufzuheben. So trägt das System die Möglichkeit des eigens geschaffenen Untergangs von Beginn an in sich.

## Der Vorwurf des Ökonomismus

An dieser Stelle wird oft wenig durchdacht der Vorwurf des Ökonomismus erhoben: Die gesamte Entwicklung der Geschichte werde auf ökonomische Verhältnisse reduziert, die Menschen als handelnde Subjekte seien beseitigt. Dieser Vorwurf zeigt, dass die marxistische Position nicht verstanden wurde. Es gibt keinen Automatismus, der das Proletariat dazu bringt, den Willen der Bourgeoisie, also das Wertgesetz, abzulehnen. Die vulgärmarxistische Vorstellung, die eine große Krise werde die proletarischen Massen in so großes Elend stürzen, dass sie zur Revolution gezwungen sind,

---

hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Einen solchen ökonomischen Automatismus zur Revolution gibt es nicht und er wurde auch von keinen seriösen MarxistInnen jemals behauptet. Was jedoch stimmt, ist, dass das Proletariat mit historischer Notwendigkeit zur revolutionärsfähigen Klasse gemacht wird. Dazu schreibt Georg Lukács in Geschichte und Klassenbewusstsein:

*„Diese Macht des Proletariats ist die Folge objektiv-ökonomischer »Gesetzmäßigkeiten«. Die Frage jedoch, wie diese mögliche Macht zur Wirklichkeit wird, [...] ist von diesen »Gesetzmäßigkeiten« nicht mehr automatisch-fatalistisch bestimmt.“ (Methodisches zur Organisationsfrage, 2. Abschnitt)*

Auch Lenin widerspricht dem Ökonomismus in seinen Schriften vehement und hebt immer wieder die bewusste Rolle des Proletariats hervor. Lukács fasst ihn treffend zusammen, wenn er schreibt:

*„Lenin [hat] mit großem Recht darauf hingewiesen, dass es keine Lage gibt, die an und für sich ausweglos wäre. [...] Es werden sich stets »rein ökonomische« Lösungsmöglichkeiten zeigen; es fragt sich nur, ob die Lösungen, wenn sie aus der theoretisch reinen Welt der Ökonomie in die Wirklichkeit der Klassenkämpfe heraustreten, dort auch [...] durchsetzbar werden.“ (MzO, 2.A.)*

Für den Kapitalismus gibt es keine rein ökonomisch ausweglose Situation, die Ausweglosigkeit besteht im Widerstand des Proletariats. Erst, wenn sich das Proletariat weigert, massive Verschlimmerungen der eigenen Lebenslage, egal ob unmittelbar ökonomische oder politische, hinzunehmen, kommt das System in eine Sackgasse. Eine solche Lage entsteht jedoch nur, wenn sich das Proletariat bewusst zum Widerstand entscheidet und dieser Wille weder durch die Bourgeoisie, noch durch ihren Staat gebrochen werden kann. Das klassenbewusste Proletariat versperrt also dem Kapitalismus den Ausweg aus der Krise. Damit ist die Revolution keine ökonomische Notwendigkeit, sondern Resultat des Klassenbewusstseins und der Erfolg der Revolution hängt von der Wirkmächtigkeit dieses Klassenbewusstseins ab.

## Verdinglichung und revolutionäres Proletariat:

Um nun, wie die „Ostdeutschen Antifas“ und alea, trotzdem zu behaupten, dass es sich beim Proletariat nicht um das revolutionäre Subjekt handelt, gibt es nur zwei Möglichkeiten:

Es muss aufgezeigt werden, warum Marx und Hegel die Dialektik von Herr und Knecht insoweit falsch dargelegt haben, dass das Proletariat durch seine Knechtung nicht die reale Macht besitzt

Es muss gezeigt werden, warum das Proletariat seine Lage nicht begreifen und die reale Macht nicht nutzen kann - also warum das Proletariat für sich nicht revolutionär sein kann und damit auch an sich nicht revolutionär ist

Der beliebteste Ansatz, das zweite beweisen zu wollen, liegt in einer falschen Analyse der „Verdinglichung“. Was die „Ostdeutschen Antifas“ und alea, wie so viele andere kritiklosen „KritikerInnen“ nicht verstehen: Verdinglichung ist kein Argument gegen die Möglichkeit von Klassenbewusstsein des Proletariats, sie ist im Gegenteil die Bedingung für proletarisches Klassenbewusstsein! In der bürgerlichen Gesellschaft sind alle Menschen in verdinglichten Verhältnissen befangen, jedoch je nach ihrer Stellung in der Gesellschaft auf andere Weise. Das ist der Grund, warum verdinglichte Verhältnisse es nicht-proletarischen Klassen verunmöglichen, zu Klassenbewusstsein zu gelangen. Die Stellung des Proletariats führt jedoch dazu, dass die Verdinglichung in einer Form auftritt, welche die Möglichkeit für Klassenbewusstsein darstellt. Wieso genau das der Fall ist, soll hier kurz erläutert werden.

Die Arbeitskraft der ProletarierInnen besitzt schon in ihrer unmittelbaren Gegebenheit die abstrakte Form einer Ware. Verkauft wird nicht die eigene Arbeit als individuelle Arbeitsleistung, sondern die eigene Arbeit als abstrakte menschliche Arbeit: Die eigene Arbeit ist der Arbeit aller anderen ProletarierInnen gleich. Deshalb kann sie an verschiedene KapitalistInnen verkauft werden und deshalb droht auch immer, dass die eigene Arbeit von anderen ProletarierInnen ersetzt wird.

Indem diese abstrakte Arbeit verkauft und den einzelnen ProletarierInnen entzogen wird, ist sie keine Arbeit der ProletarierInnen mehr, sondern Arbeit der KapitalistInnen. Mit Marx lässt sich sagen, dass sich die ProletarierInnen in ihrer Arbeit selbst verneinen, bzw.

negieren. Lukács stellt nun fest, dass dieses Verneinen der ProletarierInnen durch ihre Umstände eine Abgrenzung ermöglicht, die bei anderen Klassen nicht auftreten kann. So schreibt er, dass

„der Verdinglichungsprozess, das Zur-Ware-Werden des Arbeiters ihn [...] zwar annulliert, seine »Seele« verkümmert [...], jedoch gerade sein menschlich-seelisches Wesen nicht zur Ware verwandelt. Er kann sich also gegen dies sein Dasein innerlich vollkommen objektivieren.“ (Die Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats, III. 2.)

Eine weitere Distanz zum rein Unmittelbaren ergibt sich dadurch, dass der negierte Teil der ProletarierInnen, wie oben festgestellt, die allgemeine Form der Ware besitzt. Laut Lukács ist das der Punkt, der es überhaupt erst erlaubt, zu einem Klassenbewusstsein, statt nur zu einem Standesbewusstsein zu kommen. Er argumentiert:

„Die rein abstrakte Negativität im Dasein des Arbeiters ist also nicht nur die objektiv typischste Erscheinungsform der Verdinglichung, [...] sondern – eben deshalb – subjektiv der Punkt, wo diese Struktur ins Bewusstsein gehoben und auf diese Weise praktisch durchbrochen werden kann.“ (Die Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats, III. 2.)

Zu betonen ist nochmal, dass es sich hier um keinen Automatismus handelt. Die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft kann auf diese Weise ins Bewusstsein gehoben werden, sie wird es durch die Verdinglichung nicht direkt. Damit bilden die verdinglichten Verhältnisse für das Proletariat die Grundlage, um zum Klassenbewusstsein zu gelangen. Umgekehrt zu behaupten, dass sie dem Proletariat den Zugang zum Klassenbewusstsein versperren, ist nur möglich, wenn man sich einer ernsthaften Analyseweigert. An dieser Stelle möchte ich auf die Ironie hinweisen, dass diejenigen „kritischen“ Antifas, die KommunistInnen in der Tradition Lenins vorwerfen, ein elitistisches Modell zu vertreten, gegen alle Beweise behaupten, durchschnittliche ArbeiterInnen sind dank einer weiter nicht erläuterten Verdinglichung unfähig, ihre Lage zu verstehen.

## Das Konzept der Avantgarde:

Weil unter den Bedingungen der Lohnsklaverei nicht alle ArbeiterInnen gleichzeitig klassenbewusst werden können, bildet sich notwendigerweise eine Schicht der am weitesten fortschrittlichen ArbeiterInnen. Diese bleibt vor einer revolutionären Situation immer eine Minderheit, während die überwiegende Mehrheit ideologisch der Bourgeoisie folgt. Das liegt zum einen daran, dass die Bourgeoisie viel größere Mittel besitzt, um ihre Ideologie zu verbreiten. Zum anderen liegt es daran, dass ein Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft nur mit genügend empirischem und philosophischem Wissen möglich ist. Für die fortschrittlichsten Teile der Klasse hat sich historisch der aus dem militärischen stammende Begriff Avantgarde durchgesetzt, der dort die Vorhut einer Armee bezeichnete.

Der besonders von den „Ostdeutschen Antifas“ gegen das Konzept der Avantgarde erhobene Vorwurf des Elitismus ist absurd, denn er verkennt, dass es das oberste Ziel der Avantgarde ist, sich selbst als Vorhut der Klasse überflüssig zu machen. So erkennt die Theorie der Avantgarde an, dass es nationalistische, rassistische, sexistische und andere reaktionäre Einflüsse innerhalb der Klasse gibt und stellt fest, dass diese ArbeiterInnen hinter revolutionären ArbeiterInnen zurückbleiben. Es geht den KommunistInnen jedoch darum, diese Einflüsse zurückzudrängen und allen ProletarierInnen zu einem revolutionären Bewusstsein zu verhelfen. Niemals wurde von MarxistInnen gefordert, diese Trennung in reaktionäre und progressive ProletarierInnen aufrecht zu erhalten oder gar zu verstärken. Eine „Kritik“, wie etwa die der „Ostdeutschen Antifas“, läuft in letzter Konsequenz auf einen Relativismus hinaus, der z.B. antirassistische mit rassistische ArbeiterInnen auf eine Stufe stellt.

Um nun nicht in der Vereinzelung unterzugehen, Erfahrungen zu kollektivieren und handlungsfähig zu sein, ist es notwendig, dass sich Teile der Avantgarde organisatorisch zusammenschließen. Für diese organisatorische Einheit, die gewissen Anforderungen gerecht werden muss, hat sich der Begriff Partei, bzw. Partei neuen Typs durchgesetzt. Dabei ist das starre Beharren auf Namen sinnlos, wenn die Begriffe dieselben sind. Darauf hat nicht zuletzt Lenin hingewiesen, als er in einer Rede vor der kommu-

---

nistischen Internationale sagte:

*„Wenn Genosse Tanner [britischer Kommunist] sagt, er sei ein Feind der Partei, aber gleichzeitig dafür, dass eine Minderheit der am besten organisierten und revolutionärsten Arbeiter dem ganzen Proletariat den Weg weise, so sage ich, dass zwischen uns in Wirklichkeit keine Differenz besteht“ (Rede vom 23.7.1920)*

Wie sich die Partei neuen Typs von bürgerlichen Parteien unterscheidet wird im Anschluss geklärt. Hier ist nur wichtig hervorzuheben, dass die Partei nicht die Revolution für die Klasse macht. Die Partei kann die Klasse in einer revolutionären Situation anführen, nicht sie selber durchführen. Sie kann den Weg aufzeigen, bei der Selbstorganisation der Klasse helfen und praktisches Wissen vermitteln, nicht jedoch die Revolution herbeibefehlen. Dazu schreibt Lenin, dass

*„dutzende von Millionen Menschen nicht auf Bestellung Revolution machen, sondern nur dann, wenn das Volk [was in entwickelten kapitalistischen Staaten wesentlich bedeutet: das Proletariat] in eine unmögliche Lage geraten ist, wenn der allgemeine Drang, die Entschlossenheit dutzender Millionen von Menschen alle örtlichen Schranken durchbricht und wirklich imstande ist, ein neues Leben hervorzubringen“ (Der linke Radikalismus, Kapitel IX)*

Die tatsächlichen Bedingungen, dass die Revolution Wirklichkeit wird, sind vielmehr

*„erstens, dass die Mehrheit der Arbeiter [...] die Notwendigkeit des Umsturzes völlig begreift [...]; zweitens, dass die herrschenden Klassen eine Regierungskrise durchmachen, die sogar die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht [...], die Regierung kraftlos macht und es den Revolutionären ermöglicht, diese Regierung schnell zu stürzen“ (Der linke Radikalismus, Kapitel IX)*

Eine kommunistische Partei muss diesen Umstand begreifen und ihm in der Wirklichkeit gerecht werden, ohne dabei jedoch die eigene Rolle in der Entwicklung der Stimmung der Massen zu vergessen und in eine apathische Anbetung der „Spontaneität der Massen“ zu verfallen.

## Wie die Verdinglichung überwunden werden kann:

Im letzten Abschnitt vor der abschließenden Anmerkung soll es darum gehen, was kommunistische Parteien ihrem Wesen nach von bürgerlichen Parteien unterscheidet und warum nur eine kommunistische Partei in der Lage ist, als Klassenbewusst Handelnde aktiv in die Geschichte einzugreifen. Zentral ist dabei die Frage, wie verhindert wird, dass verdinglichte Verhältnisse in der Partei auftreten, die sonst ihre Klassenbewusstseins verhindern würden. Am verständlichsten wird das, wenn kommunistische Parteien mit bürgerlichen Parteien verglichen werden, die dazu nicht in der Lage sind. In seiner Analyse dieses Problems stellt Lukács über bürgerliche Parteien fest:

*„Für den alten Typus der Parteiorganisation [...] kann der Einzelne nur als »Masse«, nur als Gefolge, nur als Nummer vorkommen. [...] Die Partei gliedert sich in einen aktiven und einen passiven Teil, wobei der letztere nur gelegentlich und stets auf Kommando des ersteren in Bewegung gebracht werden soll.“ (Methodisches zur Organisationsfrage, 3. Abschnitt)*

Damit besitzen die Einzelnen wesentlich die Rolle von Objekten. Gegen das Argument, bürgerliche Parteien könnten das durch ihre innere formale Demokratie ausgleichen, wendet Lukács ein:

*„Diese Objektrolle wird durch die formale Demokratie, durch die »Freiheit«, die in diesen Organisationen herrschen mag, nicht aufgehoben, sondern im Gegenteil fixiert und verewigt.“ (MzO, 3. A.)*

Welche konkrete Führung in bürgerlichen Parteien auch zu wählen ist, immer wird mit der Führung auch die eigene Unmündigkeit gewählt. Die formale Freiheit ist damit nichts anderes als die Verdammung in die ZuschauerInnenrolle. Lukács argumentiert weiter, dass eine solche Trennung in objekthafte „Basis“ und „Führung“ bereits die Verdinglichung in sich trägt. Die Mitglieder hängen

*„nur durch abstrakt erfasste Teile ihrer Existenz mit der Organisation zusammen und diese abstrakten Zusammenhänge objektivieren sich als getrennte Rechte und Pflichten.“ (MzO, 3. A.)*



Eine weitere Besonderheit bürgerlicher Parteien ist Lukács zufolge, dass

*„die Gesamtpersönlichkeit der Mitglieder [...] von solchen Organisationen niemals erfasst werden [kann], ja sie können ein solches Erfassen nicht einmal erstreben.“ (Mz0, 3. A.)*

Eine so strukturierte Partei kann unmöglich zwischen dem Handeln jedes einzelnen Mitgliedes und der Aktivität der ganzen Klasse vermitteln. Die Aktivität der isolierten Funktionärebene führt dazu, dass die Masse der Mitglieder den Handlungen der Partei rein zuschauend gegenüberstehen kann. Gegenüber dem Alltagsleben der Partei entsteht so notwendig eine aus blindem Vertrauen und Apathie gemischte Gleichgültigkeit. Eine solche Partei isoliert sich durch diese Struktur von der Klasse und kann niemals zu einer aktiven Klassenpartei werden. Lukács schlussfolgert daraus:

*„Da diese [...] Parteien im objektiven geschichtlichen Sinne nicht aktiv sind, da ihre scheinbare Aktivität nur ein Reflex ihres fatalistischen Getragenseins von unbegriffenen geschichtlichen Mächten sein kann, müssen in ihnen sämtliche Erscheinungen, die aus [...] der Struktur des verdinglichten Bewusstseins folgen, zutage treten. D.h., als Gesamtkomplexe stehen sie dem Lauf der Entwicklung bloß anschauend [...] gegenüber“ (Mz0, 3. A.)*

Aus dieser Unzulänglichkeit der bürgerlichen Parteien ergibt sich, wie eine kommunistische Partei das verdinglichte Bewusstsein hinter sich lassen und aktiv in die Geschichte eingreifen kann. Dazu Lukács:

*„Erst wenn das Handeln in einer Gemeinschaft zur zentralen persönlichen Angelegenheit eines jeden einzelnen Beteiligten wird, kann [...] die organisatorische Erscheinungsform der Abtrennung des Menschen von seiner eigenen Vergesellschaftung, seiner Zerstückelung durch die gesellschaftlichen Mächte, die ihn beherrschen, aufgehoben werden.“ (Mz0, 3. A.)*

Und:

*„Jede menschliche Beziehung also, die [...] mit der Abstraktion von der Gesamtpersönlichkeit des Menschen, mit seiner Subsumierung [=Unterordnung]*

*unter einem abstrakten Gesichtspunkt bricht, ist ein Schritt in der Richtung des Durchbrechens dieser Verdinglichung des menschlichen Bewusstseins. So ein Schritt jedoch setzt den tätigen Einsatz der Gesamtpersönlichkeit voraus.“ (Mz0, 3. A.)*

Die Zuschauerrolle des bürgerlichen Menschen kann nur dann wirklich überwunden werden, wenn die Partei zu einer „Welt der Tätigkeit“ für jedes einzelne Mitglied wird. Das entscheidende organisatorische Kampfmittel besteht somit darin, dass die Partei im Alltagsleben aller Parteimitglieder steht und dieses Alltagsleben die Partei ausmacht. Weiter schreibt Lukács:

*„Nur wenn die Funktion in der Partei kein Amt ist, [...] sondern die Aktivität aller Mitglieder sich auf alle nur möglichen Arten der Parteilarbeit bezieht, [...] kommen die Mitglieder der Partei mit ihrer Gesamtpersönlichkeit in eine lebendige Beziehung zu der Totalität des Parteilebens und der Revolution, hören sie auf, bloße Spezialisten zu sein, die notwendig der Gefahr der inneren Erstarrung unterworfen sind“ (Mz0, 5. A.)*

Eine solche aktive Einbindung aller Mitglieder wirkt sich auch auf die Fähigkeiten der Partei als Ganzes aus. Dass alle Funktionen von den Parteimitgliedern in ihrem Alltagsleben erfüllt werden, hat zwei bedeutsame Konsequenzen. Die erste ist, dass die Führungsebene nicht isoliert beliebige Entscheidungen treffen kann. Für die praktische Umsetzung der Entschlüsse ist es nicht nur notwendig, dass die einzelnen Mitglieder überzeugt werden, sie müssen diese Entschlüsse auch in ihrem ganzen Kontext verstehen, um sie tatsächlich umsetzen zu können. Ein Auseinanderklaffen von informierter Führung und unwissender Basis ist somit durch die Praxis unmöglich. Die zweite Konsequenz ist, dass Debatten über Entschlüsse immer im Vorhinein und während deren Umsetzung stattfinden müssen. Während bürgerliche Parteien ihre Handlungen erst im Nachhinein umfassender Kritik unterziehen könnten (vorausgesetzt, es gäbe dort einen Prozess, der es allen Mitgliedern ermöglicht, gleichberechtigt ihre Kritik vorzubringen), ist Kritik auf allen Ebenen die praktische Voraussetzung einer kommunistischen Partei. Auf diese Weise ist die Verwirklichung der Kritik in der Partei angelegt und hört auf, ein

---

rein nachträgliche beurteilender Akt zu sein.

Zum Schluss ist noch zu betonen, dass diese organisatorischen Verhältnisse zwischen den KommunistInnen lediglich die Möglichkeit schaffen, dass die Partei als klassenbewusste Akteurin in die Geschichte eingreifen kann. Sie sind kein Garant dafür, dass die einzelnen KommunistInnen und auch die Partei als Ganzes nicht wieder dem verdinglichten Bewusstsein verfallen. Im Kapitalismus ist die Partei immer der Gefahr der Erstarrung unterworfen, das Neue an der Partei ist aber, dass sie dank ihrem Aufbau bewusst dagegen ankämpfen kann. Und tatsächlich ist das innere Leben der Partei ein ständiges Ankämpfen gegen das kapitalistische Erbe. Anders als die „Ostdeutschen Antifas“ und alea behaupten, gibt es keine revolutionäre Partei, die ewig gültige Theorien behauptet. Hat die Partei aufgehört, Wahrheit als Resultat eines dialektischen Prozesses anzusehen, verliert sie ihr Bewusstsein und ihr revolutionäres Potential.

### **Abschließende Bemerkung zum Begriff „Propaganda“:**

Was weder die „Ostdeutschen Antifas“, noch alea zu verstehen scheinen, ist, dass der Begriff Propaganda im marxistischen Sinne nichts damit zu tun hat, die Leute hinters Licht zu führen, im Gegenteil. Erst in den 1920er Jahren kam die Bedeutung auf, die Propaganda heute umgangssprachlich besitzt. Zu dieser Zeit wurde der Begriff schon lange von MarxistInnen so benutzt, wie er ursprünglich in der französischen Revolution bei den Jakobinern vorkam: Als Verbreitung politischer Ideen. In Was tun? schreibt Lenin über Agitation und Propaganda:

*„dass der Propagandist zum Beispiel bei der Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit die kapitalistische Natur der Krisen erklären, die Ursache ihrer Unvermeidlichkeit in der modernen Gesellschaft aufzeigen, die Not-*

*wendigkeit der Umwandlung dieser Gesellschaft in eine sozialistische darlegen muss usw. Mit einem Wort, er muss ‚viele Ideen‘ vermitteln, so viele, dass sich nur (verhältnismäßig) wenige Personen alle diese Ideen in ihrer Gesamtheit sofort zu eigen machen werden. Der Agitator hingegen, der über die gleiche Frage spricht, wird das allen seinen Hörern bekannteste und krasseste Beispiel herausgreifen – beispielsweise den Hungertod einer arbeitslosen Familie, die Zunahme der Bettelei usw. – und wird alle seine Bemühungen darauf richten, auf Grund dieser allen bekannten Tatsache der ‚Masse‘ eine Idee zu vermitteln: die Idee von der Sinnlosigkeit des Widerspruchs zwischen der Zunahme des Reichtums und der Zunahme des Elends, er wird bemüht sein, in der Masse Unzufriedenheit und Empörung über diese schreiende Ungerechtigkeit zu wecken, während er die restlose Erklärung des Ursprungs dieses Widerspruchs dem Propagandisten überlassen wird.“*

Wer behauptet, MarxistInnen in der Tradition Lenins wollen das Proletariat „mit Propaganda“ täuschen, ist entweder unaufrichtig oder schlicht unfähig, „Agitprop“ zu googeln und Wikipedia zu öffnen. Welche der beiden Optionen bei den „Ostdeutschen Antifas“ und alea zutrifft, dürfen sie selber entscheiden, wahrscheinlich scheint eine Mischung von beidem.



## Wieder eine Antwort auf Josephine Babeuf

Kürzlich veröffentlichte Joséphine Babeuf einen Text, der eine Antwort auf unseren Text (und einen Text von der Gruppe alea) sein soll. Aber weil das, was wir in unserem Text schrieben, „weder Kritik, noch Arbeit am Begriff“ war, nur ein „Herumwerfen mit Vorstellungen und Gefühlen“, war es nicht möglich, direkt zu antworten. Stattdessen musste die arme Joséphine Babeuf erst einmal mit einem Fehler, den wir gemacht hatten, auseinandersetzen:

„Es wurde nicht erklärt, was MarxistInnen mit „Partei“, „Avantgarde“ etc. meinen und warum diese Konzepte falsch sein sollen.“ Daher musste eine Auseinandersetzung damit, wie sich diese „Fehler in [unseren] Analysen konkret äußern“, auf die Zukunft und einen verheißungsvoll angekündigten zweiten Teil verschoben werden.

Wir warten natürlich gern, bis Joséphine Babeuf „konkret“ wird und aufzeigt, was an unseren Analysen falsch ist, aber so gern dann doch auch wieder nicht. Daher versüßen wir uns die Wartezeit einfach ein bisschen mit dem Brei, den wir zuletzt serviert bekommen haben, und matschen etwas damit herum, bis es den nächsten Gang gibt. Allerdings ist, bei allem erkennbaren Wunsch nach Klarheit, ohnehin schon alles einigermaßen durcheinander bei dem, was Joséphine Babeuf geschrieben hat, weswegen auch das schon einiges an Mühe bedeutet. Fangen wir mal an.

### 1. Antifa-Debatte

Es ging uns, als wir unseren ersten Text geschrieben haben, nicht um eine Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus, sondern es ging darum, dass Antifa-Gruppen aus dem Westen mit großem Getöse ankündigten, nun endlich etwas gegen den Rechtsruck im Osten zu machen. Dieses Getöse war sowohl vom Inhalt als auch vom Gestus geprägt von Unkenntnis über die Verhältnisse im Osten und von der eigenen politischen Verwirrung der Akteure, die einen wilden Wust an unreflektierten Theoriefragmenten um sich warfen, mit denen sie dann die „Zeit zu handeln“ einläuten wollten.

Demgegenüber war es geboten, klarzumachen, dass freundlich gesagt, eine solche Initiative nicht die Hilfe darstellt, die zu bieten sie behauptet, und dass solches Auftreten nicht geeignet ist, um gegen die anhaltende faschis-

tische Entwicklung vorzugehen, sondern dass dies sowohl vom Ziel als auch vom Inhalt nicht mehr ist als eine Fantasie über das, was gerade passiert.

Hieraus hätte sich eine interessante Debatte entwickeln können, aber das tat sie nicht. Die Beteiligung blieb leider gering; stattdessen haben wir nun eine Debatte nicht mehr über die faschistischen Entwicklungen und was Antifa heute bedeutet, sondern um den Marxismus-Leninismus, weil Joséphine Babeuf, beleidigt von der Kritik am Aufruf „Zeit zu handeln“, schnell ein wenig Schützenhilfe für die Initiative liefern wollte und den Verfasser:innen des Aufrufs allerlei gut durchdachten Marxismus-Leninismus unterschob und uns zum anderen vorwarf, gegenüber diesen nachträglich gelieferten Argumenten mit unserer Kritik fehlzugehen.

Das war schon von Anfang an ziemlich hilflos, aber für uns ein wenig interessant, weil eine Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus nottut, vor allem, weil deren Anhänger:innen ja gerade ihr Heil darin finden, die marxistisch-leninistischen Theorien zu verbreiten und mit ihrer stümperhaften Praxis gerade da einem das Leben schwer machen, wo es wichtig wäre, sich antifaschistisch zu reorganisieren.

Dazu aber tragen die Verfechter:innen des Marxismus-Leninismus nichts bei und dazu trägt auch Joséphine Babeuf nichts bei und das klarzustellen ist und bleibt ein Anliegen, weswegen wir uns um diese Auseinandersetzung nicht drücken.

## 2. Zur Ablehnung der marxistischen Analyse

Unser Vorwurf aber, dass diese Strukturen bei aller Organisationsfixierung nur um sich selbst und ihre Träume von der proletarischen Revolution kreisen, wird durch den neuen Text von Joséphine Babeuf nur bestätigt, gerade da, wo sie sich genötigt fühlt, Begriffe des Marxismus-Leninismus zu erläutern, von denen sie uns vorwirft, dass wir sie nicht ordentlich eingeführt haben.

Es mag für Joséphine Babeuf vielleicht schwer verständlich sein, aber der Grund, warum wir diese Begriffe nicht einführen, wie es dem Marxismus-Leninismus nach richtig wäre, der besteht ja darin, dass wir keine Anhänger des Marxismus-Leninismus sind. Daher nutzen wir auch die Begriffe nicht in dessen Sinne, sondern in ihrer allgemeinen Bedeutung. Joséphine Babeuf geht ja davon aus, dass, wenn man etwa von Avantgar-

de, von Propaganda, usf. spricht, dieses nur dann legitim ist, wenn man dies auf die Weise tut, wie es die Anhänger:innen des Marxismus-Leninismus tun. Es ist im Übrigen nicht in Ordnung, wenn JB hier schon in der Einleitung zu ihrem Text schreibt:

Wir würden diese „Begriffe als zentralen Grund für [unsere] Ablehnung der marxistischen Analyse“ nennen. Wir für unseren Teil wenden uns nicht gegen „die marxistische Analyse“, sondern wenn, dann wenden wir uns gegen den Marxismus-Leninismus, der in vielen Punkten ja selbst eine Abkehr von der marxistischen Analyse darstellt, von Marxisten-Leninist:innen gerne als „Erweiterung“ oder „Fortführung“ von Marx interpretiert.

Dies aber einfach, wie das JB tut, als marxistische Analyse verkaufen zu wollen, ist ein ziemlich lahmer Versuch, die Kritik am Marxismus-Leninismus zu einer Kritik am Marxismus unzuendeuten, und dem sei hier einfach mal in aller Deutlichkeit widersprochen. Insbesondere die Betonung der Rolle der Avantgarde ist eine „Erweiterung“ die explizit auf Lenin zurückzuführen ist und die sich so bei Marx nicht findet, ebenso die Betonung der Rolle der Partei, ebenso die Vorstellung, dass die Revolution in einem Land erfolgreich sein könne und ebenso auch die „Erweiterung“ der marxistischen Analyse hin zum Imperialismus.

Wenn wir uns also gegen die Vorstellung der Avantgarde usf. wenden, dann wenden wir uns damit nicht gegen Marx, vielmehr nehmen wir seine Analyse gegen ihre „Fortführer“ in Schutz.

## 3. Arbeit am Begriff

JB wirft in den Raum, dass wir keine Arbeit am Begriff leisten, sondern mit Gefühlen und Vorstellungen herumwerfen, und möchte dann gleich fleißig zeigen, dass sie aber genau weiß, was es mit der Arbeit am Begriff auf sich hat. Dazu müssen wir sagen, dass wir jetzt mit unseren Gefühlen und Vorstellungen nicht „herumwerfen“, aber es stimmt natürlich, wir haben sowohl Gefühle als auch Vorstellungen, und wir tun auch nicht so, als hätten wir keine, auch nicht, wenn wir Texte schreiben, weil das, worum es geht, das ist nicht etwas, was mit uns nichts zu tun hat, es betrifft uns, wir sind involviert.

Wenn das als störend angesehen wird, so entschuldigen wir uns. Wir können und wollen nicht anders. Wir lassen uns auch gerne einmal vorwerfen, dass wir unsere

„Arbeit am Begriff“ nicht ausreichend geleistet haben. Schließlich ist diese Arbeit am Begriff keine Nebensächlichkeit, sondern eine zentrale Sache, so dass es kaum möglich ist, sie die ganze Zeit und für jeden Begriff jederzeit durchzuführen.

Nun, das wurde uns ja auch nicht vorgeworfen, sondern es wurde uns vorgeworfen, dass wir die „Arbeit am Begriff“ nicht geleistet hätten, bezüglich der Begriffe „Partei“, „Avantgarde“, „etc.“ Aber – dem Bezug auf die Dialektik von Herr und Knecht und einer Kurzdarstellung von dem, was Hegel unter der Arbeit am Begriff versteht, zum Trotz – JB wechselt nun ganz ungünstigerweise diese von ihr selbst stark gemachte Arbeit am Begriff mit einer handelsüblichen Definition eines Begriffs.

So sagt sie etwa in Bezug auf den Begriff Propaganda: „Was weder die „Ostdeutsche Antifas“ noch alea zu verstehen scheinen, ist, dass der Begriff Propaganda im marxistischen Sinne nichts damit zu tun hat, die Leute hinters Licht zu führen, im Gegenteil. Erst in den 1920er Jahren kam die Bedeutung auf, die Propaganda heute umgangssprachlich besitzt. Zu dieser Zeit wurde der Begriff schon lange von Marxistinnen benutzt, wie er ursprünglich in der französischen Revolution bei den Jakobinern vorkam: Als Verbreitung politischer Ideen.“

Und das, liebe JB, das ist das Gegenteil von der „Arbeit am Begriff“, um nur ein Beispiel zu nennen. Denn hier wird ja gerade nicht versucht, den Begriff in seinem gesamten Umfang zu sehen, ihn daher auch in seiner sich wandelnden Bedeutung zu erfassen oder gar in seiner Eigenbewegung zu betrachten. Stattdessen wird gesagt:

Der Begriff Propaganda, der bedeutet einfach das, was die MarxistInnen dazu gesagt hat, und die Jakobiner haben es auch schon gesagt. Und wesentlich weißt du nur dazu, was Lenin zu diesem Begriff gesagt hat, und weil du davon ausgehst, dass der Lenin schon ein ordentlicher Dialektiker gewesen ist, da glaubst du eben, dass wenn du nimmst, was er sagt, dass du dann den Begriff in seiner Eigenbewegung schon erfasst haben wirst. Aber das ist leider nicht so einfach. Wenn du jetzt schon von der Arbeit am Begriff redest, dann musst du diese Arbeit schon selber leisten und dann musst du ja auch und gerade und insbesondere die Bedeutungen mit hinzunehmen, die dir nicht in den Kram passen und die aber nun mal auch zum Begriff dazugehören.

Vielmehr wäre ja zu untersuchen, wenn

du das mit der Arbeit am Begriff wirklich ernst gemeint hast, wieso es denn zu dieser Bedeutungsverschiebung gekommen ist und zwar, wenn du bei Hegel bleiben willst, aus der Selbstbewegung des Begriffs heraus, was wir jetzt mal ein wenig vereinfachen und sagen: es geht darum, zu schauen, wie quasi diese dir ganz und gar nicht passende Bedeutung schon im ursprünglichen Begriff von Propaganda angelegt gewesen ist, auch schon bei den Jakobinern und auch schon bei den Marxist:innen und ganz besonders auch bei Lenin.

Was du aber stattdessen gemacht hast, dass ist die Verwendung des Begriffes Propaganda in einen „alltäglichen“ Gebrauch und in einen „marxistischen“ Gebrauch aufzuteilen und so zu tun, als seien es zwei verschiedene Begriffe. Damit betrachtest du ihn aber nicht mehr dialektisch, und wenn wir darüber übereinkommen können, dass die Dialektik schon ziemlich gut geeignet ist, die Welt um sich herum zu verstehen, dann hast du einen Fehler in deiner eigenen Sache gemacht.

#### 4. Dialektik

Wo wir gerade beim Thema sind: Die Dialektik. Da sagst du brav: „Dabei ist Dialektik, vereinfacht gesagt, die Eigenbewegung der Begriffe aus ihrer eigenen Logik heraus.“ Ja, „vereinfacht gesagt“, ist das irgendwie „ok“, aber das ist jetzt doch nicht das, was jetzt eine gute Zusammenfassung der Dialektik ist und auch schon nicht für Hegel, aber doch insbesondere nicht für Marx, weil Marx ja gar nicht so gerne dabei stehenbleiben wollte, die Eigenbewegung der Begriffe zu betrachten.

Du hast doch sicher schon mal diese Marxschen Powersätze gehört, dass es Marx darum geht, die „Philosophie vom Kopf auf die Füße zu stellen“ oder vielleicht auch den hier: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt drauf an, sie zu verändern.“ (aus seinen Thesen über Feuerbach, liebe JB). Und da müssen wir anscheinend ja noch erklären, dass es dem Marx nicht so sehr wie dem Hegel um die Selbstbewegung der Begriffe ging, sondern ja gerade auch um die Widersprüche innerhalb der wirklichen Welt, und allen beiden ging es unter anderem auch um den Widerspruch zwischen Begriff und Welt.

Und da ist das dann auch insbesondere so, dass – um nochmal kurz auf das mit den Begriffen zurückzugehen – hier nicht

die Wirklichkeit dem Begriff genügen muss, sondern der Begriff der Wirklichkeit. Und wenn er das nicht tut, wenn er also sich in einem Widerspruch zu dem befindet, was mit ihm erfasst werden soll, dann kommt alles in Bewegung, und dann haben wir es ein bisschen mit der Dialektik zu tun. Eine Dialektik aber, mit der man versucht, irgendwie im Recht zu bleiben, auch und insbesondere gegenüber einer sich wandelnden Welt und Wirklichkeit. Die hört dann leider auf, eine solche zu sein, und das, JB, ist auch ein bisschen das Problem mit deiner Liebe zum Marxismus-Leninismus.

Denn wie sich an der von dir wehmütig vermissten Sowjetunion erkennen ließ und zwar schon sehr, sehr früh, das ist eben genau das, dass hier die Dialektik zu einem Herrschaftsinstrument geworden ist. Und da kann man eben nicht einfach dran vorbeigehen und sagen: Ja, das ist dann die falsche Dialektik, wir müssen einfach nur richtig Dialektik betreiben, dann läuft es schon, nein: Das ist in der Dialektik eben auch angelegt und wer es mit der Sache ernst meint, der muss sich das vergegenwärtigen und reflektieren, anstatt zu sagen: ist nicht so, weil passt mir nicht.

## 5. Herr und Knecht

Jetzt wurde ja im Kapitel „Dialektik von Herr und Knecht bzw. Bourgeoisie und Proletariat“ ganz schön etwas zur Dialektik von Herr und Knecht gesagt. Und das – wir verstehen es – ja auch nur in aller Kürze, aber in dieser Kürze liegt ja dann auch ein Problem, weswegen man sich das nach unserer Auffassung immer zweimal überlegen sollte, ob man eine Sache einfach mal so schnell abhandeln will, aber es hat ja auch was Ehrenwertes, es zu versuchen.

Leider geht es ja schon in der Überschrift los mit einer falschen Vermengung dieser Dialektik von Herr und Knecht, wenn gesagt wird: „Herr und Knecht bzw. Bourgeoisie und Proletariat“, ganz so, als handle es sich bloß um zwei unterschiedliche Ausdrücke für das Gleiche. Ja, bei Hegel geht es um Herr und Knecht und Hegel entfaltet das auch mehr aus den Begriffen heraus, wie das zuvor mit der „Selbstbewegung der Begriffe“ schon erwähnt wurde. Aber ganz so einfach geht das nicht.

Denn Hegel spricht mit „Herr und Knecht“ von einem Selbstbewusstsein, welches auf ein anderes Selbstbewusstsein trifft, und welche dann, um sich als Selbstbewusstsein zu behaupten, in

einen Kampf auf Leben und Tod eintreten. Wem das jetzt nichts sagt, der kann sich beruhigen. Ohne den Rest der „Phänomenologie des Geistes“, welche sich um die Entfaltung des Bewusstseins hin zum Geist dreht oder um „das werdende Wissen“, wie es bei Hegel heißt, ist das auch gar nicht so einfach zu verstehen. Aber eines ist sicher: in keinem Fall geht es bei Hegel um „Bourgeoisie und Proletariat“.

Es stimmt: Bei Hegel ist das Verhältnis zwischen dem Herrn und dem Knecht widersprüchlich: Im Kampf der beiden Selbstbewusstseine sieht das eine ein, dass der Kampf sinnlos ist, das andere Bewusstsein siegt und wird zum Herrn, das andere zum Knecht. Der Herr hat zwar gesiegt, doch er tritt in einen entwicklungslosen Zustand ein, in welchem er vom Knecht abhängig ist, während der Knecht zwar verloren hat, aber durch seine Tätigkeit lebendig und beweglich bleibt und sich die Welt durch seine Arbeit aneignet. Diesen Zustand können sie nur durch wechselseitige Anerkennung aufheben, dh indem sie sich ihrer Selbst in diesem Verhältnis wechselseitig bewusst werden. Und bei Hegel geht es hier nicht um einen echten Knecht oder einen echten Herren, sondern es geht um ein abstraktes Verhältnis, und hier kann es also auch um die Selbstbewegung des Begriffs gehen.

Es ist jetzt aber nicht so, dass Marx jetzt Hegel nimmt und sagt: Aha, ist ja wie bei Proletariat und Bourgeoisie. Und Marx guckt sich gerade kein abstraktes Verhältnis an, sondern die realen Verhältnisse. Und sicher bezieht er sich dabei auf Hegel, aber nicht in dem Sinne, dass er denkt, dies sei die Theorie zur proletarischen und bourgeoisen Wirklichkeit, als handle es sich bei Hegel um eine Art abstrakten Beweises dafür, dass am Ende das Proletariat die Bourgeoisie stürzt und alles ist gut. Genau dies aber behauptet JB. Es ist aber falsch: Die Dialektik von Herr und Knecht bietet keine Handlungsanweisung für das Proletariat.

Wenn man es allerdings so begreift, wie JB es vorlegt, dann wird das von Hegel beschriebene Verhältnis von Herr und Knecht zum theoretischen Beweis, dessen Überzeugungskraft aus einer in den Begriffen selbst liegenden Wahrheit kommt. Und diese Wahrheit liegt deswegen in der Sache, weil es dem Begriff nach in der Sache liegt.

## 6. Zum Ökonomismus

Im weiteren Verlauf nimmt aber JB diesen „Beweis“, um die weitere Argumentation aufzubauen. Was also hat es mit der Dialektik von Herr und Knecht in Bezug auf das Proletariat nach JB auf sich? Erst einmal ist es so: „Es gibt keinen Automatismus, den Willen der Bourgeoisie, also des Wertgesetzes, abzulehnen.“ Die „Wahrheit“ des Hegelschen „Beweises“ ist nach JB also zwar gegeben, aber sie verwirklicht sich nicht von alleine.

Damit diese Wahrheit vom Begrifflichen ins Konkrete überwechselt, muss noch etwas getan werden, also die realen Knechte, das Proletariat, die müssen für sich das leisten, was der Hegel theoretisch gefasst hat. Sie müssen also – analog zum Knecht bei Hegel – ihr Selbstbewusstsein entfalten, und das ist dann eben das Klassenbewusstsein.

Von alleine geht nichts, das sahen dann auch Lukács und Lenin so: Es ist kein im Kapitalismus liegender Widerspruch, der den Zusammenbruch von alleine herbeiführt. Es muss jemand dazu beitragen, dass der Kapitalismus zusammenbricht. Sofern kein Mensch opponiert, wird der Kapitalismus Probleme, die in ihm auftreten, ökonomisch lösen, oder wie es bei JB heißt: „Für den Kapitalismus gibt es keine rein ökonomisch ausweglose Situation.“ Diese kommt eben erst durch das sich bewusst werdende Proletariat.

Schauen wir uns das mal genauer an, wie so eine ökonomische Lösung aussieht, wenn wir annehmen, das Proletariat hat kein Klassenbewusstsein, sondern setzt sich ohne ein solches Bewusstsein für seine Interessen ein: Das Proletariat ist unzufrieden, weil es nicht genug von irgendwas hat, und so demonstrieren die Arbeiter. Sie entfalten Druck und die Kapitalisten lösen es mit Geld, also sie geben den Arbeitern eine Summe x, sagen wir 100,- €. Und die Arbeiter gehen wieder auf die Straße und die Kapitalisten merken: Diesmal müssen wir ihnen noch mehr Geld geben, diesmal 200,- €. Und beim nächsten Mal 400,- € usf. Und dann ist der Kapitalist irgendwann pleite, weil er hat den Proletariern ALLES Geld geben müssen, weil die haben sich nicht kleinkriegen lassen. Der Kapitalist ist nun besitzlos und muss seine Arbeitskraft verkaufen, und an wen?

An die neuen Kapitalisten, die ja nun alles besitzen, diejenigen, die vorher das Proletariat bildeten. Der Kapitalismus hat sich gar nicht verändert, nur wer an welchem Posten ist, hat sich geän-

dert. Und dieser Gedanke ist ganz plausibel, vor allem, weil in der Realität die Arbeiter schon viel früher aufhören, mehr Geld zu fordern, also schon mit ein paar hundert Euro zufrieden sind. Es ist hieran aber auch zu erkennen: Wenn wir so an die Sache herangehen, dann sind Probleme im Kapitalismus für das Proletariat auch immer nur ökonomische Probleme.

Wenn aber die Unzufriedenheit der Arbeiter aus ihrer ökonomischen Lage besteht und der Kapitalismus seine Probleme, insbesondere die ökonomischen, eben mit Geld lösen kann – was bewegt dann das Proletariat dazu, etwas anderes zu tun, als für mehr Geld zu kämpfen, also etwa die Klassengesellschaft abzuschaffen?

Nach JB, wie wir sie bisher verstanden haben, wäre das ja die Einsicht in die Dialektik von Herr und Knecht. Das Proletariat kommt durch Reflexion zu der Einsicht, wie unsinnig der ganze Zauber ist, und entscheidet sich, ihn abzuschaffen, nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse des Herrn. Es schafft also die Klassengesellschaft ab, aus der sich der Herr aufgrund seiner Untätig- und Regungslosigkeit nicht befreien kann.

Es stellt sich im Anschluss daran eine weitere Frage: Wie kommt denn nun das Proletariat darauf, auf die Dialektik von Herr und Knecht zu reflektieren, zu erkennen, wie unsinnig und irrational das alles ist.

Darauf gibt JB die folgende Antwort: Es kommt dazu, „wenn sich das Proletariat weigert, massive Verschlimmerungen der Lebenslage, egal ob unmittelbar ökonomische oder politische, hinzunehmen“. Dann „kommt und dieser Wille weder durch die Bourgeoisie, noch den Staat gebrochen werden kann.“

Ja, verflixt noch mal, es ist also doch die „unmittelbare Verschlimmerung der ökonomischen Lage“, die das Proletariat zum Widerstand bringen kann, also genau das, was wenige Sätze zuvor bestritten wurde, weil Unzufriedenheit mit der ökonomischen Lage vom Kapitalismus ja gerade einfach befriedigt werden kann. Es wurde ja zuvor gerade erst erläutert, dass es eben und genau nicht die ökonomische Lage ist. Wie kann denn das sein, dass JB diese dann doch wieder als Grund anführt, obwohl sie diesem Grund zuvor – mit Bezug auf Lenin und Lukács – explizit widersprochen hat?

Aber wir wollen nicht unfair sein, denn es wird ja gesagt, dass es die Verschlechterung der ökonomischen oder

politischen Lage ist. Nehmen wir also die ökonomische Lage weg, dann bleibt als Auslöser übrig, dass die politische Lage sich verschlechtert.

Aber was soll um alles in der Welt das Proletariat eine Verschlechterung der politischen Lage interessieren, wenn sich diese nicht ökonomisch ausdrückt? Gegen welches politische Verhältnis soll denn das Proletariat abseits einer ökonomischen Lage protestieren, weil diese politische Verschlechterung eine Bedrohung jenseits des Ökonomischen darstellt?

Das Einzige, was hier einsichtig ist, wären a) unzumutbare, weil gesundheits- und lebensgefährdende Arbeitsbedingungen oder b) Krieg. Beides wäre aber auch ohne eine Aufhebung der Klassenlage zu ändern, denn das Problem der schlechten Arbeitsbedingungen löst sich, wenn wir es runterbrechen, ja erneut in ein ökonomisches Problem auf. Der Bourgeoisie will kein Geld für den Arbeitsschutz ausgeben. Wenn das Proletariat aber dagegen aufbegehrt, gibt er das Geld für den Arbeitsschutz aus und die Sache ist erledigt. Und der Krieg?

Der Krieg bedroht das Leben aller und insbesondere das des Proletariats. Es ist ganz einsichtig, dass das Proletariat gegen ihn opponiert, aber das Ende des Krieges würde ja die Gründe für eine solche Opposition beenden. Im Krieg liegt für sich genommen gar kein Grund, aufgrund der eigenen Klassenlage nun über die Dialektik von Herr und Knecht zu reflektieren.

Dieser Grund muss also immer noch aus etwas anderem kommen, damit eine revolutionäre Lage eintritt. JB sagt: „Eine solche Lage entsteht nur, wenn sich das Proletariat bewusst zum Widerstand entscheidet und dieser Wille weder durch die Bourgeoisie, noch durch den Staat gebrochen werden kann“, denn nur „das klassenbewusste Proletariat versperrt dem Kapitalismus den Ausweg aus der Krise“.

Holterdiepolter kommt nun von JB ein neuer Begriff hinzu, der Begriff der „Krise“. Und da dürfen wir doch einmal ganz verwundert sein, denn wurde uns nicht nachdrücklich vorgeworfen, Begriffe zu benutzen, die wir nicht eingeführt haben? Uns macht das nichts, aber JB fand das ziemlich anstößig. Da wundert es doch schon, dass nun der Begriff der Krise einfach mal so eingeworfen wird, ohne ihn, wie JB es ja dem eigenen Maßstab nach tun müsste, ordentlich einzuführen? Aber vielleicht kommt ja noch was im nächsten Text dazu. Freundlich

wie wir sind, gehen wir natürlich davon aus, dass JB schon eine ordentliche Definition der Krise parat hat.

Es muss also eine Krise her, damit das Proletariat irgendetwas zu versperren hat. Was aber ist denn eine Krise im Kapitalismus, wenn keine ökonomische Krise? Wir sind jetzt nicht so Leninversiert wie JB, aber wir meinen doch, uns grob daran zu erinnern, dass es etwas zu tun hat mit einer wirtschaftlichen Stagnation, die dann zu einer Überproduktion von Waren führt, die dann aber von den Proleten nicht mehr gekauft werden können, weil die Steigerung der Löhne mit der Steigerung der Produktion nicht mithalten kann. In der Folge kommt es dann zu sozialen Unruhen, in welchen sich die Möglichkeit bietet, dass eine Revolution stattfinden kann. Und weil das kein Automatismus ist, braucht es eben noch eine weitere Zutat, damit es endlich richtig knallt, die Arbeiter also nicht nur nach höheren Gehältern rufen, sondern Revolution machen: Die Kommunistische Partei und deren engagierte Agitation und Propaganda, aber dazu kommen wir erst später, weil ja JB erst einmal den Eindruck hat, die Sache nun ganz ordentlich und stichhaltig dargestellt zu haben, und uns in der Defensive wähnt: wir müssten nun zeigen, wo der Fehler ist.

Und weil JB denkt, das es keinen Fehler gibt, vor allem nicht in dieser Darstellung, wie es mit dem Herrn und dem Knecht usw. zugeht, da denkt JB, dass wir ein anderes Argument bräuchten, nämlich das Verdinglichungsargument, mit dem wir dann sagen könnten: Das mit dem Herrn und dem Knecht stimmt zwar, aber das Proletariat kann es trotzdem nicht, weil es durch die Verdinglichung davon abgehalten wird.

## 7. Verdinglichung und revolutionäres Proletariat

JB wendet sich also dem „Verdinglichungsargument“ zu und erläutert in Bezug auf Lukács' Aufsatz zur Verdinglichung, dass der Proletarier zwar durch die Verdinglichung verstümmelt wird, aber nicht seines menschlich-seelischen Wesens beraubt wird. Weil er dieses menschlich-seelische Wesen behält – es kann ihm auch beim Kauf seiner Arbeitskraft nicht abgekauft werden – ist er fähig, seine eigene Verdinglichung zu begreifen. Zwar nicht automatisch, aber eben potentiell, und dadurch sind die Voraussetzungen für das Proletariat er-



füllt, zum Klassenbewusstsein zu kommen.

JB kommt nun darauf hinaus, dass es nun gerade nicht so ist, dass die Verdinglichung das Proletariat davon abhält, zum Bewusstsein seiner Klasse zu kommen, und dass man zu dieser letzten Haltung nur kommen kann, wenn man sich „einer ernsthaften Analyse“ verweigert und nutzt die Gelegenheit, auf „die Ironie hin[zu]weisen, dass diejenigen „kritischen“ Antifas, die KommunistInnen in der Tradition Lenins vorwerfen, ein elitistisches Modell zu vertreten, gegen alle Beweise behaupten, durchschnittliche ArbeiterInnen sind dank einer weiter nicht erläuterten Verdinglichung unfähig, ihre Lage zu verstehen“. Ach je, wo soll man da anfangen?

Erst einmal, liebe JB, ist das, was Du da ablieferst, kein „Beweis“. Du referierst sehr knapp und sehr oberflächlich über den Aufsatz von Lukács und weiter nichts. Es wirkt ja nicht einmal so, als ob du ihn ganz gelesen, geschweige denn verstanden hättest. Wo du Lukács auf jeden Fall arg unrecht tust, ist auf jeden Fall, ihn auf diese völlig undialektische Position, die du dann vertrittst, herunterzubrechen.

Lukács geht mitnichten davon aus, dass die Verdinglichung der Arbeiter einfach nur die Voraussetzung ist dafür, dass das Klassenbewusstsein sich entfalten kann. Er beschreibt es ja zugleich als das Hemmnis davon. Das hast du ja auch selber fast erkannt, wenn du ihn da zitierst, wo er eben sagt, dass die Seele verkümmert, oder wo du selber sagst, dass das mit dem Klassenbewusstsein kein Automatismus ist. Lukács befasst sich, um es hier auch nur kurz anzureißen, eben doch nicht auf so eine holzschnittartige Weise mit seinem Gegenstand, sondern er ist ja durch und durch Dialektiker und beschreibt den Verdinglichungsprozess doch seinem Umfang nach und nicht in der von Dir vorgenommenen Beschränkung. Und er war sich, wie Du ja hoffentlich auch, doch der Realität bewusst.

Daher kam ja auch die Auseinandersetzung mit dem Thema der Verdinglichung, dass es gar nicht zu dieser Bewusstseinsbildung des Proletariats kam, und da hat er eben nach Gründen dafür gesucht. Und dieser Grund ist die Verdinglichung. Das kann doch nicht wahr sein, dass Du diesen Aufsatz liest und das nicht bemerkt hast. Schließlich hat sich ja auch Lenin schon mit der Frage befasst, wieso das Proletariat in anderen Ländern gar nicht dazu neigt, eben eine richtige Revolution zu machen, sondern sich damit zufrieden gibt, was eben

die Sozialdemokratie in der Lage ist zu erstreiten, und dabei hat er sich ja schon auf die Entfremdung bezogen, die ja schon bei Marx eine sehr wichtige Rolle spielte. Und Lukács hat diesen Gedanken aufgegriffen, die Verdinglichung ins Feld geführt und gesagt, dass es gerade der Umstand ist, dass die Arbeiter selbst zur Ware werden, und dass ihre sozialen Beziehungen und ihr Denken und auch ihr Selbsterleben eben von dieser Verdinglichung betroffen und sie sich deswegen ganz und gar fremd sind, sowohl sich selbst, als auch den anderen Arbeitern.

Wenn dies nicht so wäre, dann bräuchte es ja den ganzen Firlefanz mit der Avantgarde gar nicht, dann würde das Proletariat, wie das ja Marx noch angenommen hat, aus eigener, innerer Kraft heraus zum Bewusstsein seiner Klasse kommen, eben dadurch, dass die Arbeiter ihre Lage kollektiv begreifen.

Dass Du das alles nicht verstehst, das haben wir ja schon gesehen, als du die Herr und Knecht-Dialektik von Hegel als theoretischen Beweis für die Fähigkeit des Proletariats zu seiner Befreiung und damit zur Befreiung der Gesellschaft ansiehst. Damit erscheint diese Fähigkeit des Proletariats eben zeitlos, d. h. zu jeder Zeit möglich, weil das ja im Verhältnis drinliegt. Aber wenn du genau hinschauen würdest – sowohl in die Welt, die dich umgibt, als auch in die Theorien, die du gut findest – dann hättest du ja erkennen müssen, dass da gerade nicht angenommen wird, dass es so etwas wie ewige Werte oder gleichbleibende allgemeine Bedingungen gibt, sondern dass da erkannt wurde, dass Theorie immer einen Zeitkern hat.

Das hat übrigens auch schon Hegel so gesehen, da wo er sagt: „Die Philosophie ist ihre Zeit in Gedanken gefasst“, womit gemeint ist, dass sich das Denken immer auf die konkrete, gegenwärtige Zeit beziehen muss. Und das haben eben sowohl Lenin als auch Lukács gemacht: Sie haben über ihre Zeit reflektiert und versucht, einen theoretischen Begriff davon zu machen. Und da haben sie, wie gerade schon erwähnt, eben feststellen können, dass sich die Theorie von Marx in Bezug auf das Zustandekommen des Klassenbewusstseins überholt hat, also nicht mehr aktuell ist und sie haben versucht, was Du in deinem ersten Text gefordert hast, die Theorie auf die Höhe ihrer Zeit zu heben. Du hebst jetzt aber nicht die Theorie auf die Höhe deiner Zeit, sondern versuchst, die Gegenwart in die Betrachtung von 1923 zurückzubie-

gen, und ignorierst dabei alles, was in der Zwischenzeit passiert ist.

Du glaubst ja anscheinend, dass, wenn Du Dich mit ein paar griffigen Zitaten bewaffnest, Du quasi schon die Waffe der Kritik in der Hand hältst und damit jetzt anfangen kannst, das zu machen, was Du als Agitation verstehst. Aber, liebe JB, auf diesem Niveau spielst Du nur Agitation und Du willst, dass andere in das Spiel mit einsteigen.

Ein weiterer Punkt, den Du ganz offensichtlich nicht verstehst, ist, dass es für Lukács gar nicht ergebnisoffen war, womit er sich da befasst hat, weil da auf jeden Fall herauskommen musste, dass das Proletariat noch diese Fähigkeit zur Revolution haben muss, und das tat er nicht aus tatsächlichen Gründen, sondern aus strategischen und politischen Gründen. Der Lukács wollte doch, dass das Proletariat zum Klassenbewusstsein kommt, und da hat er seine Theorie an diesem Wunsch und an dieser Hoffnung ausgerichtet, und das kann man ihm aus gutem Grund auch einfach nachsehen.

Der Aufsatz ist aus vielerlei Gründen lesenswert. Worum es schon Lenin ging, und worum es dann in der Folge auch allen seinen Anhängern ging, und auch Dir geht, ist ja, dass es für die Revolution, so wie sich das vorgestellt wird, eine Masse gebraucht wird, die bereit ist, für die Revolution das Leben aufs Spiel zu setzen und bereit ist, in den Tod zu gehen, wenn es sein muss. Und eine solche Masse, die ist halt sehr schwer zu kriegen, und das Proletariat, wenn man es sich anschaut, das wirkt eben recht überzeugend dafür, dass es diese Masse abgeben könnte: Es sind viele und dadurch, dass sie arbeiten, sind sie auch in der Lage, praktisch Hand anzulegen, wenn es sein muss.

Was aber das Problem ist: Sie haben eben offenkundig kein Interesse daran, ihr Leben aufs Spiel zu setzen und im Zweifel für die Revolution in den Tod zu gehen, sondern sie möchten in der Regel ihr Leben, so bescheiden es auch im Vergleich des Lebens der Superreichen ökonomisch ausgestattet sein mag, behalten und es eben so gut führen, wie es geht. Und der Lebensstandard der Arbeiter:innen hat sich eben drastisch verändert in sehr vielen Teilen der Welt. Wie Adorno einmal sagte: „Die Proletarier haben mehr zu verlieren als ihre Ketten“, weil es eben doch so ist, dass der ganze weltweite Wohlstand nach unten durchgeschlagen hat.

Das Proletariat muss also nicht mehr aus persönlicher Notwendigkeit eine Re-

volution machen, wie das noch zu Marx Zeiten gewesen sein mag. Und wenn Du dann am Ende des Abschnittes sagst, dass Du da gerne auf die „Ironie hinweisen“ möchtest, die darin besteht, dass „diejenigen `kritischen' Antifas, die Leninisten ein „elitistisches Modell“ vorwerfen, ja gerade diejenigen sind, die „gegen alle Beweise behaupten, durchschnittliche ArbeiterInnen sind dank einer weiter nicht erläuterten Verdinglichung unfähig, ihre Lage zu verstehen“, dann muss man dieses Kompliment einfach mal zurückgeben; Die Arbeiter:innen verstehen ihre Lage wohl schon ganz gut, sie ist nämlich so weit in Ordnung, dass es keinen Sinn macht, das eigene Leben dem Kampf für eine bessere Ordnung zu widmen.

Wer diese Lage nicht versteht, das bist Du selber und überhaupt alle, die die ganze Zeit über das Proletariat schwadronieren, als sei das so eine Art revolutionärer Verfügungsmasse, der man nur mal ordentlich die tatsächliche Lage, in der sie sich befindet, klarmachen müsste, und dann würde sie schon heroisch zu den Waffen greifen. Wenn, dann müsste man ja schon so ehrlich sein und sagen: „Deine Lage, Prolet, die mag ja ganz in Ordnung sein, aber dir kommt nun mal die welthistorische Aufgabe zu, die Welt zu verbessern, also drück dich nicht darum, lass Haus und Hof hinter dir und schreite voran zur Revolution.“

Und da sieht man eben, dass hier die Wirklichkeit den modernen Heldenfilmen nachgebogen wird, wo dann der arme Herr Frodo das primitive Auenland verlassen muss, um dann den Ring in die Schicksalskluft zu werfen.

## 8. Das Konzept der Avantgarde

Wieso macht der Frodo das eigentlich? Weil andere ihm sagen, er muss es tun. Und so lautet das bei JB: „Weil unter den Bedingungen der Lohnklaverei nicht alle ArbeiterInnen gleichzeitig klassenbewusst werden können, bildet sich notwendigerweise eine Schicht der am weitesten fortschrittlichen ArbeiterInnen“, zu der man praktischer und überraschenderweise selbst gehört.

„Diese bleibt vor einer revolutionären Situation immer eine Minderheit, während die überwiegende Mehrheit ideologisch der Bourgeoisie folgt.“ Das liegt unter anderem daran, „dass ein Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft nur mit genügend empirischem und philosophischem Wissen möglich ist“, und „[u]m nun nicht in der Vereinzelung unter-

zugehen, Erfahrungen zu kollektivieren und handlungsfähig zu sein, ist es notwendig, dass sich Teile der Avantgarde organisatorisch zusammenschließen. Für diese organisatorische Einheit, die gewissen Anforderungen gerecht werden muss, hat sich der Begriff Partei, bzw. Partei neuen Typs durchgesetzt.“

Wir finden hier eine knappe Zusammenfassung der Position, die so schon 1902 von Lenin in seinem Aufsatz „Was tun?“ formuliert wurde: Die Bedingungen machten es notwendig, dass es eine zentralisierte, straff und nicht demokratisch organisierte Partei geben sollte, die dann die Leitlinien für die Berufsrevolutionäre herausgibt, die diese dann befolgen. Lenin spricht sich explizit gegen spontane Bewegungen aus, gegen ungeplante Aktionen usw., weil diese nicht die Durchschlagskraft entfalten würden, die sie aber bräuchten, um die Revolution herbeizuführen.

Hierfür hat Lenin sehr gute Gründe: er kommt nicht einfach darauf, weil er einen Hang zur Autorität hat oder Ähnliches, sondern weil er die konkreten Bedingungen in Russland sowie die Erfahrungen vor Augen hat, dass isolierte Aktionen tatsächlich keine wesentliche Durchschlagskraft entfalten konnten. Eine Avantgarde ist für ihn unumgänglich, weil es aber auch die Revolution ist; die Bedingungen der russischen Arbeiter waren kläglich und eine Verbesserung dieser Bedingungen war unumgänglich. Sie befanden sich vielmehr noch als das Proletariat in den westlichen Nationen in der Situation, wie Marx sie vorfand und analysierte. Demgegenüber hatten sich in den westlichen Ländern bereits Verbesserungen durchgesetzt, wie etwa in der Dauer des Arbeitstags, der Krankenversorgung, des Arbeitsschutzes usw. Die „westliche“ Sozialdemokratie rückte dementsprechend immer weiter ab von revolutionären Forderungen, und das Problem in Russland war, dass ein Teil der russischen Sozialdemokratie begann, sich an den westlichen Entwicklungen zu orientieren, also darauf zu hoffen, dass Verbesserungen sich im Rahmen des in der Gesellschaft liegenden Veränderungspotenzials klären ließen.

Lenin sah hier die ja völlig gerechtfertigte Gefahr, dass dadurch das revolutionäre Potential eingeschränkt werden könnte, aber eine Revolution und die Überwindung des Kapitalismus blieben in seinen Augen unumgänglich, um endlich einen menschenwürdigen Zustand herbeizuführen. Die Idee einer zentralistisch organisierten Avantgarde, die den Ge-

danken der Revolution festhielt, mit all den damit zusammenhängenden Notwendigkeiten zur Konspiration usw., entstand in einem politisch feindlichen Klima, wo es darum ging, sich nicht mit Krümeln abspeisen zu lassen und einer Entwicklung Vorschub zu leisten, in welcher sich die Klassenherrschaft der Bourgeoisie immer weiter festigen würde.

Was demgegenüber Lenin zum Vorwurf gemacht werden muss, ist, dass er sich die Probleme, die mit einer solchen Organisation zusammenhängen, nicht ausreichend vor Augen geführt hat. Seine Dialektik reichte nur so weit, die Widersprüche in dem zu erkennen, was er bekämpfen wollte, aber nicht so weit, dass er sich den in der eigenen Theorie liegenden Widersprüchen gestellt hat, bzw. diese – ähnlich wie das JB tut – einfach damit beiseite wischte, dass ja das Ziel dieser Zentralisierung gerade die Abschaffung der Zentralisierung sei, dass ja die Arbeiter ohne eine solche Zentralisierung sowieso ebenfalls von einer Zentralisierung der Macht betroffen seien, eben durch die Zentralisierung der Macht in den Händen der Bourgeoisie. Dies ist aber nicht ausreichend.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung darf sich gerade nicht blind machen vor den in der Sache liegenden gefährlichen Tendenzen, bzw. diese einfach als Nebensache abtun. Es ist demgegenüber gewissermaßen sogar die Hauptsache. Was daraus geworden ist, das kann sich ja jeder anschauen. Um es auch hier nochmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Kein Proletarier hat ein Interesse daran, sein Leben zu verlieren. Wenn er unter Bedingungen lebt, unter denen er oder jemand wie er aber anhaltend mit dem Tode bedroht ist, da muss er sich dagegen wehren und Bedingungen herbeiführen, die sein Leben bewahren können.

Es ist daher verständlich, dass im zaristischen Russland, wo die Arbeitsbedingungen kaum dafür reichten, zu überleben, eine Revolution unabdingbar war, sich dann durch den 1. Weltkrieg jene revolutionäre Situation ergab, wo das Proletariat in unglaublicher Anzahl immer weiter an die Front transportiert wurde, um sich da totschießen zu lassen. Und dass sie diesen Kampf, gegen den Zaren, den Adel und überhaupt die ganze Bourgeoisie bis auf Messer führen mussten, weil ihr Tod sowieso drohte, und zwar in einer ganz und gar sinnlosen Weise; In der Revolution konnten sie sich aber für etwas einsetzen, was ganz und gar in ihrem Sinne war.

Was aber dann kam, das hörte ja schon

in kürzester Zeit auf, in Ihrem Sinne zu sein. Weil was kam, war ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem sich die für die Revolution notwendige zentralisierte Organisation begann, sich nicht aufzuheben, sondern sich zu verfestigen zu einer gesellschaftlichen Ordnung, die erneut das Leben der Proletarier bedrohte. Millionen von Proletariern sind in dieser Gesellschaftsordnung durch diese Ordnung umgebracht worden – das Versprechen nach einem erträglichen Leben hat sich für Millionen von Menschen nicht umgesetzt.

Zugleich verfestigte sich auch in zahlreichen Gebieten das soziale Elend und es reichte weiter nicht zu mehr als zur Reproduktion der Arbeitskraft. Dies ist aber keine einfach nur schlecht gelaufene Entwicklung, oder etwas, was im Grunde nur eine vom bourgeoisen Feind herbeigeführte Not war, sondern man muss auch erkennen, dass und wie es aus den Bedingungen heraus resultierte, die für die russische Revolution ihre Notwendigkeit gehabt haben mögen. Wer das alles aber abtut, der muss ja dann eingestehen, dass ihm das Leben des einzelnen Proleten ganz und gar gleichgültig ist; Wer dies aber eingesteht, der sollte damit dann auch ehrlich sein und nicht behaupten, bei dieser Idee von der Kommunistischen Partei usw. würde es noch um das Wohl des Einzelnen gehen.

Im Übrigen noch eines dazu: Wenn man eine Theorie nicht mehr nach ihren Widersprüchen hin untersucht, dann hört sie auf kritisch zu sein, dann wird sie zur Ideologie. Und genau das ist es, was der Leninismus ist, eine Ideologie, die sich gegen ihre eigenen Widersprüche versperrt und abdichtet, und diejenigen, die diese ansprechen, immer einfach als Klassenfeinde oder -verräter verunglimpft. Da hilft es auch nicht, wenn man einfach feststellt:

„Ein Auseinanderklaffen von informierter Führung und unwissender Basis ist somit durch die Praxis unmöglich“ oder „auf diese Weise ist die Verwirklichung der Kritik in der Partei angelegt und hört auf, ein rein nachträglicher Akt zu sein“.

Der Satz „Hat die Partei aufgehört, Wahrheit als Resultat eines dialektischen Prozesses anzusehen, verliert sie ihr Bewusstsein und ihr revolutionäres Potential“, ist der Zustand, der eben eingetreten ist und der aber aufgrund der eigenen ideologischen Verblendung nicht gesehen werden kann. Diese Verblendung äußert sich dann insbesondere darin, dass der Unterschied zwischen der

Situation 1902, als Lenin seine Schrift „Was tun?“ verfasste, und der Situation heute eklatant ist, aber von JB gar nicht antizipiert werden kann. Deswegen wehrt sie sich auch ständig gegen den Vorwurf des Ökonomismus, gegen den sich Lenin in seiner Schrift in Stellung bringt – eine Auseinandersetzung, die heute ja kaum mehr eine Rolle spielt. Aber Aktuelles wird eben nicht mehr erkannt.

Es wird alles so ausgedeutet, dass die Schrift von Lenin zu einer aktuell bedeutenden Schrift wird. Es wird sich mit Lenin und seiner Gefolgschaft identifiziert, anstatt sich mit sich selbst zu identifizieren. Eine Identifikation mit Lenin aber ist quasi der absolute Beweis dafür, dass es kein entfaltetes Klassenbewusstsein oder ein Bewusstsein von irgendwas, überhaupt bei einem selbst gibt, und drückt auch die krasse Wirklichkeitsferne aus, die den Marxisten-Leninisten immer auf dem Fuße folgt. Dies zeigt sich insbesondere daran, dass zwar gefordert wird, den Leninismus auf die Höhe der Zeit zu heben, aber dies ja gar nicht erfolgt. Es wird ja eben geradezu vollkommen ignoriert, wie sehr sich der Lebensstandard verbessert hat.

Stattdessen wird immer versucht, so zu tun, als würde sich der Lebensstandard ständig verschlechtern. Marxisten-Leninisten gieren geradezu nach Elendsentwicklungen. Dabei ist der Lebensstandard eines Proletariers in den Industrienationen in der Regel sogar zu hoch, als dass er als Vorbild für alle Menschen auf der Welt taugen würde, wenn wir mal den Blick auf das Heute lenken. Nahezu alle Menschen in den Industrienationen werden ihren aktuellen Lebensstandard senken müssen, wenn es allen Menschen auf der Welt gleich gut gehen und zugleich der Planet nicht verödet werden soll.

Gerade diese Beschränkung, die auf alle zukommt (viel weniger Fleisch, viel weniger Autos, viel weniger technischen Firlefanz, usw.), ist es ja, was die Menschen scharenweise in die Hände von Menschen wie Trump und AfD laufen lässt, weil dieser gerade verspricht, dass dieser Standard erhalten bleibt, weil man die Hungerbäuche schön dahält, wo sie verhungern.

## 9. Abschließende Bemerkungen unsererseits

Wir haben gar kein Interesse an einer Art Generalabrechnung mit dem Marxismus-Leninismus, weswegen wir auch darauf hier nicht in aller Tiefe einge-

---

gangen sind. Der Marxismus-Leninismus ist zwar eine besondere Form moderner Verwirrung, aber eben doch nicht so besonders, dass er allzu sehr aufs Gemüt schlägt; In seiner gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit lässt er sich in der Regel einfach ignorieren. Aber dann eben doch wieder nicht, weil es gerade diese Bedeutungslosigkeit ist, die die Marxisten-Leninisten neuen Typs dazu treibt, sich an die zu wenden, die genauso bedeutungslos geworden sind wie sie selbst: die radikale Linke.

Hier zumindest werden sie hin und wieder ernst genommen und gerade in schwierigen Zeiten sind auch hier die Menschen anfällig für Ideologien, die ihnen dann Orientierung versprechen, ohne dieses Versprechen dann freilich einlösen zu können. Und dieser Bezug auf die radikale Linke und das sich hier wichtig machen wollen, ist dabei, im Osten eine regelrechte Plage zu werden. Die Auseinandersetzungen aktuell insbesondere in Leipzig machen dies deutlich; In ohnehin schon schweren Zeiten wird einem von Marxisten-Leninisten noch eine zusätzliche Auseinandersetzung aufgedrängt.

Ihr Auftreten ähnelt dabei dem Auftreten aller politischen Plagegeister: ständig das Maul aufreißen, die Erfolge und Leistungen anderer für sich reklamieren, die Geschichte verdrehen, die Auseinandersetzung brutalisieren, Grenzen überschreiten und sich dann als Opfer inszenieren. Dies muss auch so ge-

macht werden, weil man sonst ignoriert wird, soll heißen: Um im Konkurrenzkampf um die politische Deutungshoheit einen Stich zu machen, muss man sich, gerade da, wo die feindliche Struktur stark ist, aggressiv und rücksichtslos behaupten.

Gerade in dieser Auseinandersetzung kommt das Gefühl von Bedeutung und Lebendigkeit. Der Widerstand derer, die da angegriffen und verdrängt werden sollen, stachelt einen nur noch mehr an, weil es sich umso bedeutsamer anfühlt, je mehr Widerstand einem entgegensteht. Leider ist das Ignorieren auch keine Option, weil auch das Schwinden des Widerstandes als Erfolg gedeutet wird. Zur Ideologie gehört auch immer ein gewisser Wahn dazu, und dieser findet seine Nahrung wesentlich darin, dass alles, was passiert, mit einer auf einen selbst bezogenen Bedeutung aufgeladen wird.

Diese Bedeutung kommt zwar aus dem eigenen Selbst, wird aber auf die umgebende Welt projiziert und wirkt so wie etwas Äußerliches und dient immer der Bestätigung der eigenen Ideologie. Alles scheint diese nur zu bestätigen. Demgegenüber sollte vor allem die eigene Beschäftigung mit der Welt vorangetrieben werden, um der begriffslosen Verzauerung der Welt, die allerorten stattfindet, eine kritische Theorie und Praxis entgegensetzen zu können.

---

Download der Broschüre unter: **[alea-le.org](http://alea-le.org)**  
Dort findet ihr ebenfalls druckbare Versionen, um die  
Broschüre selbstständig nachzuproduzieren. Wir freuen uns  
über Verbreitung und weitere Beiträge.



alea.  
antifa aus  
Leipzig

alea



Zusammengetragen und  
gedruckt durch:  
**alea • Leipzig**  
[alea-le.org](http://alea-le.org)

